Schengen in Gefahr S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

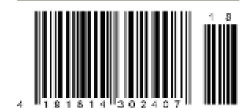
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 18 – 7. Mai 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Grund zur Freude, aber nicht zum Aufatmen: Amerikaner feiern auf dem Times Square in New York den Tod Osama bin Ladens

Bild: Photoshot

Fakt oder Kampagne?

66 Jahre nach Kriegsende: Wehrmachtsoldaten erneut mit Vorwürfen konfrontiert

In diesen Tagen vor 66 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Die Ostdeutschen haben nicht vergessen, wem sie ihr Überleben verdanken.

Soldaten der Wehrmacht haben in den letzten Monaten des Krieges an der Ostfront trotz der greifbaren Niederlage heldenmütig gekämpft, um die Menschen aus Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien und dem Sudetenland vor der Rache der Sieger zu bewahren. Zehntausende gaben ihr Leben, damit Millionen Deutsche, vorwiegend Frauen und Kinder, Alte und Verwundete in den Westen flüchten konnten. In diesen Tagen der Erinnerung an das blutige Ende jenes Krieges ist es dem Herausgeber und der Redaktion dieser Zeitung ein besonderes Anliegen, mit Respekt und Dankbarkeit ihres selbstlosen Opfers zu gedenken. Wer dem Leidensweg der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg gerecht werden will, kommt um eine Gesamtbetrachtung nicht herum. Dabei leugnet niemand nachgewiesene Schandtaten Einzelner. Auf die Gesamtheit bezogen sind es aber wenige. Schon gar nicht „die Wehrmacht“.

Nun werden die Deutschen erneut mit heftigen Anwürfen aus dem Ausland gegen die deutschen Wehrmachtsoldaten konfrontiert. Man habe – so wird berichtet – in Großbritannien und laut ZDF auch in den USA kriegsgefangene deutsche Soldaten geheim abgehört. Dabei sei herausgekommen, dass sich zahlreiche Gefangene ihrer Mord- und Schandtaten gegen die Zivilbevölkerung und gegen gefangene gegnerische Soldaten während ihres Einsatzes an der Front gebrüstet hätten.

Aufgezeichnete Verhör- und Abhörprotokolle deutscher Kriegsgefangener in England erschienen bereits vor einigen Jahren als wissenschaftliche Publikation. Jetzt ist dazu ein Buch vorgelegt worden, das in den Medien diskutiert wird. Warum nun 66 Jahre nach Kriegsende erneut eine Rufmordkampagne gegen die Wehrmachtsoldaten? Soll vor dem Hintergrund der Kriege, die unsere Freunde führen, der Schuldkomplex der Deutschen weiter vertieft werden? Will man durch Hinweise auf angebliche Schandtaten der Wehrmacht vom eigenem Fehlverhalten ablenken? Jedenfalls ist es seit dem amerikanischen Bürgerkrieg in den USA Tradition, den Feind zu kriminalisieren. Wem fällt da nicht das Wort des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann ein, der 1946 äußerte: „Erst wenn unsere Kriegspropaganda Eingang in ihre Schulbücher gefunden hat, ist die Umerziehung geglückt.“

Deshalb ist es ein Glücksfall, dass es amerikanische Quellen gibt, die das Wesen der Wehrmacht korrekt skizzieren. „Vor den deutschen Soldaten ziehe ich den Hut. Ich habe bei Anzio und in der Normandie gegen euch gekämpft und kann nur sagen: Eure Soldaten waren erstklassig! Was ihr Deutschen braucht, ist mehr Selbstachtung und Patriotismus. Ihr habt das Recht dazu. Ihr seid ein großes Volk, das der Welt unermessliche Kulturschätze geschenkt hat. Ihr habt in der Wehrmacht eine Armee gehabt, die in der ganzen Welt bewundert wurde.“ (Vernon Walters, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland)

Wilhelm v. Gottberg

WILHELM V. GOTTBERG:

Der Selige

Der verstorbene Papst Johannes Paul II. ist in einer beeindruckenden Zeremonie auf dem Petersplatz in Rom von seinem Nachfolger Papst Benedikt XVI. seliggesprochen worden. Dies ist außergewöhnlich; ein verstorbener Papst wurde bisher frühestens zehn Jahre nach seinem Tod seliggesprochen. Johannes Paul, der frühere polnische Kardinal Karol Wojtyla, starb 2005.

Zehntausende Gläubige, das polnische Episkopat, der deutsche Papst und die römische Kurie wollten es. Wir haben das nicht zu kommentieren. Unbestritten sind die Verdienste des nun seliggesprochenen Papstes bei der Überwindung des kommunistischen Regimes in Polen. Unbestritten auch seine charismatische Größe, mit der es ihm gelang, bei Millionen Menschen den Glauben zu stärken.

1999 reiste der polnische Papst letztmalig in seine Heimat. Der Besuch begann in Danzig und Westpreußen und galt der Seelsorge seiner Landsleute. Dabei erinnerte Karol Wojtyla an die polnischen Geistlichen, die unter dem NS-Regime während des Krieges getötet wurden. Er unterließ es aber, der Ermordung der gesamten evangelischen Pfarrerschaft beim Bromberger Blutsonntag zu gedenken. Die Mitwirkung der polnischen katholischen Kirche bei der Vertreibung der Deutschen blieb ebenso unerwähnt. „Eine vertane Chance“ schrieben wir damals in der *PAZ*. Johannes Paul II. war in erster Linie ein polnischer Papst. Schlesien sei schon immer polnisch gewesen, äußerte er bei seiner ersten Heimatreise als Papst im Jahre 1979. Die deutsch-polnische Normalisierung war ihm kein wichtiges Anliegen.

Phyrrussieg für die USA

Der Tod Osama bin Ladens verringert nicht die weltweite Terrorgefahr

Die Botschaft ist eindeutig: Wer uns angreift oder demütigt, wird dafür bezahlen. Die USA feiern ihren Sieg über Osama bin Laden. Ihr Präsident Barack Obama rühmt den „Sieg der Gerechtigkeit“. Er hat das von seinem Vorgänger George W. Bush gegebene Versprechen, den 11. September zu rächen, eingelöst. Das US-Militär ist stolz auf seinen Erfolg. Eine Nation im Freudentaumel. Auch die Verbündeten frohlocken. Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht einen entscheidenden Schlag gegen das Terrornetzwerk Al-Kaida und die EU gar glaubt jetzt an eine sichere Welt.

Doch so weit ist es noch lange nicht. Zwar wurde Osama bin Laden von Mekka bis Marrakesch geradezu mythisch verehrt, doch seine Terrororganisation ist auch ohne ihre Leitfigur noch hoch gefährlich. Ihm kam in den vergangenen Jahren nur noch die Rolle des Inspirators und Koordinators zu. Die Planung von Anschlägen haben schon längst andere übernommen. Nichts deutet darauf hin, dass die regionalen Organisationen seines Netzwerkes und einzelne Terrorzellen ihren Kampf aufgeben werden. Zudem besteht die Gefahr, dass seine Anhänger bin Laden rächen werden.

Auch für die Mission des Westens in Afghanistan oder Pakistan ist durch den Tod des Terroristenchefs bislang nichts gewonnen. Beide Länder bleiben Schlupfwinkel und Operationsbasen, von denen aus der internationale Terrorismus weiterhin die Welt bedrohen wird. Es wird für die Streitkräfte des Westens nicht leichter werden, sie in ihren Verstecken am Hindukusch aufzustöbern und sie zu vernichten. Für ein Aufatmen oder gar eine Lockerung der Antiterrorgesetze gibt es derzeit noch keinen Grund.

Terrorchef wurde vom Freund zum Feind

Bei all der Euphorie wird vergessen, dass Osama bin Laden noch vor einigen Jahren von den USA hofiert und unterstützt wurde. Westlich sozialisiert, galt der saudische Millionärssohn, der sich im Kampf der Mudjaheddin gegen die sowjetischen Invasoren Afghanistans engagierte, den USA als idealer Verbündeter, dem man gern unter die Arme griff – bis der sich nach dem Zweiten Golfkrieg gegen seine Förderer wandte. Gleiches erlebten die USA mit Saddam Hussein. Auch der mutierte vom Freund zum Feind und wurde mit militärischen Mitteln beseitigt. Gewonnen ist der Irakkrieg damit aber ebenso wenig, wie der „Krieg gegen den Terrorismus“ durch den Tod Osama bin Ladens schon zu Ende ist.

Jan Heitmann

Ein Hoffnungsträger

Bundesbank hat einen neuen Präsidenten

Ein neuer Mann steht an der Spitze der Bundesbank. Jens Weidmann, Jahrgang 1968, bisher im Bundeskanzleramt Leiter der Abteilung IV (Wirtschafts- und Finanzpolitik), hat die Nachfolge des ausgeschiedenen Bundesbankpräsidenten Axel Weber angetreten. Weber ist auf eigenen Wunsch vorzeitig aus dem Amt geschieden. Insider vermuten, dass er im nächsten Jahr in den Dienst der Deutschen Bank treten wird.

Weidmann kehrt nun an seine frühere Wirkungsstätte zurück. Bevor ihn Frau Merkel 2006 in das Kanzleramt holte, war er bereits Abteilungsleiter für Geldpolitik und monetäre Analyse bei der Bundesbank. Nach dem Volkswirtschaftsstudium konnte der neue Bankpräsident berufliche Erfahrung beim internationalen Währungsfonds sammeln.

Ist der neue Mann an der Spitze der Bundesbank ein Gefolgsmann der Kanzlerin? Nicht wenige vermuten dies. Doch bei seiner Amtseinführung demonstrierte Weidmann erfreuliche Unabhängigkeit. Mit nachstehenden Worten sprach er den anwesenden Finanzminister direkt an: „Ich werde, lieber Herr Schäuble, in Berlin bei der Bewertung des Haushaltsentwurfs ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass die sehr günstige Konjunktur - und Haushaltsentwicklung für eine zügige Defizitrückführung genutzt wird.“

Leo Schellong

MELDUNGEN

»Bin dann mal weg, ... aber nur kurz«

Liebe *PAZ*-Leser, die nächsten Wochen und Monate werden für mich, Rebecca Bellano, ganz schön hart, denn seit nun fast zehn Jahren habe ich meinen Arbeitsplatz bei der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* höchstens mal für ein oder zwei Wochen verlassen, nun werden es gleich mehrere Monate. Gleichzeitig werden die nächsten Wochen und Monate wohl auch die spannendsten in meinem bisherigen Leben, denn Mitte Juni soll mein erstes Kind kommen. Der werdende Vater und ich sind natürlich gespannt auf den neuen Erdenbürger. Da ich aber überzeugt bin, dass ich es nicht lange ohne die *PAZ* aushalte, ist mit dem Arbeitgeber bereits besprochen, dass ich schon bald wieder arbeite, zum Teil im Büro und teils von daheim.
Schon als Schülerin faszinierte mich die Aussage: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht begreifen und die Zukunft nicht gestalten.“ Dieses Motto greift diese Zeitung immer wieder auf, und deswegen finde ich meine Arbeit hier so wichtig und schön und möchte auch so viel wie möglich hiervon meinem Nachwuchs mit auf den Weg geben. Ich liebe diese Zeitung, ihren Hintergrund, ihre Vielfalt und ich finde es wichtig, wenn man seinen Kindern vorlebt, dass man für das, an was man glaubt, einsteht. Daher: „Ich bin dann mal weg, ... aber nur kurz.“

Rebecca Bellano, Chefin vom Dienst

Die Redaktion dankt Rebecca Bellano für ihren unermüdlichen Einsatz beim Zustandekommen jeder Ausgabe unserer *PAZ*. Sie wird uns fehlen. Wir wünschen ihr einen guten Restverlauf der Schwangerschaft und eine komplikationslose Niederkunft. Wir legen ihr ans Herz, sich Zeit zu nehmen, aber sie soll auch wissen, dass wir uns freuen, wenn sie wieder beim Redaktionsteam ist.

Wilhelm v. Gottberg

Viel Lärm ums Atom

In der Ethik-Kommission geht es nicht um Pro oder Contra, sondern um früher oder später

Mit einer öffentlichen Expertenanhörung bereitete die Ethikkommission ihre Ende Mai fälligen Empfehlungen zur Zukunft der Kernenergie in Deutschland vor. Bis zu 1,3 Millionen TV-Zuschauer verfolgten das Spektakel, waren am Ende aber auch nicht viel klüger als zuvor.

Der Name des Gremiums ist Programm: Ethikkommission – da geht es nicht nur um Fakten, Daten, Zahlen, da geht es um Gut oder Böse. Die Bundesregierung will sich ihren in der Sache nur schwer nachvollziehbaren Kurs in der Energiepolitik moralisch abfedern lassen. So verwundert es nicht, dass in der von Angela Merkel installierten 17-köpfigen Kommission und unter den 30 zur Anhörung geladenen Experten neben ein paar Ingenieuren, Physikern und Wirtschaftsfachleuten auch Theologen, Philosophen, Sozialwissenschaftler und sonstige „kritische Geister“ ausgiebig zu Wort kamen. Die wenig überraschende Tendenz: Wer für den möglichst raschen Ausstieg aus der Kernkraftnutzung ist, steht auf der guten, der moralisch richtigen Seite, wer trotz Tschernobyl und Fukushima Strom aus der Spaltung von Atomkernen gewinnen will, hat sich mit dem Bösen eingelassen.

So wird seit vielen Jahren die Energiediskussion in Deutschland geführt. Welche Art der Stromerzeugung die Umwelt am wenigsten belastet und die Geldbeutel der privaten und gewerblichen Verbraucher am effektivsten schont, ob die möglichen Gefahren des einen mehr zählen als die tatsächlichen Schäden durch die anderen Energieträger – all diese Aspekte treten zurück. Im Vordergrund steht die Frage: Ist die Nutzung der Kernspaltung, also sozusagen der Eingriff des Menschen in das, was laut Goethe „die Welt im Innersten zusammenhält“, ethisch und ideologisch vertretbar?

Dieses Thema hat wie kein anderes dazu beigetragen, aus der grünen Bewegung eine Partei mit klaren politischen Machtperspektiven auf Länder- und Bundesebene zu machen. Darüber hinaus hat, wie die Sitzung der Ethikkommission jetzt wieder bestätigte, die Atomdebatte eine Auflösung traditioneller parteigebundener Grundpositionen bewirkt.

Erst war es die SPD: Unter Helmut Schmidts Führung hatte sie in den 1970er Jahren die Segnungen des nuklearen Fortschritts in fast schon peinlicher Übertreibung bejubelt, um sich spätestens unter Gerhard Schröder als Anti-Atom-Partei bei den Grünen anzubiedern.

Heute sind es die sogenannten bürgerlichen, vormals konservativen Parteien, die mit atemberaubendem Tempo ins Lager der AKW-Aussteiger wechseln. Am wenigsten hätte man diese geradezu fluchtartige Wende von der CSU erwartet. Freilich bleibt noch abzuwarten, ob Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Umweltminister Markus Söder den neuen Kurs – Totalausstieg bis spätestens 2020 – durchhalten können. Von der CSU-Landesgruppe im Berliner Reichstag bis zur Landtagsfraktion in München regt sich heftiger innerparteilicher Widerstand, zumindest gegen das vorgegebene Tempo.

> Die öffentliche Diskussion verlief ohne Polemik

Die Argumente, mit denen Union und FDP ihre neue Ausstiegsstrategie begründen, sind nicht neu. Neu ist nur, dass sie nun nicht mehr nur aus dem rot-grünen Lager zu hören sind.

So brachte denn auch die öffentliche Anhörung der Ethikkommission in der Sache nichts Neues. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles lag mit dem Etikett „Alibiveranstaltung“ nicht völlig daneben. Ihr Parteifreund Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, präzisierte: Angela Merkel habe die Kommission eingesetzt, um „nicht selbst ihre 180-Grad-Wende in der Atompolitik begründen zu müssen“.

Voll des Selbstlobes hingegen wertete Klaus Töpfer (CDU) die Arbeit der von ihm geleiteten Kommission. Der einstige Umweltminister unter Helmut Kohl begrüßte vor allem die „ganz große Chance, das Thema in aller Breite und in aller Öffentlichkeit zu diskutieren“.

Positiv anzumerken bleibt, dass die öffentliche Diskussion weitestgehend frei von Polemik verlief. Auch diejenigen, die für eine weitere Nutzung der Kernenergie plädieren, hatten hinreichend Gelegenheit, ihre Argumente in aller Ruhe und Sachlichkeit vorzutragen. Richtig emotional wurde es nur, als der Betriebsratsvorsitzende des AKW-Betreibers RWE, Reinhold Gispert, das Wort ergriff: „Als Mitarbeiter eines Kernkraftwerks kommt man sich im eigenen Land derzeit vor wie auf der Anklagebank. Was erwarten die Kolleginnen und Kollegen von Ihnen, den Mitgliedern der Ethikkommission? Helfen Sie dabei, solchen Auswüchsen, der Panikmache und Diskreditierung einer ganzen Branche, ihrer Mitarbeiter und ihrer Familien Einhalt zu gebieten!“

Der Gewerkschafter erinnerte daran, dass auch für die 30000 Mitarbeiter in deutschen Kernkraftwerken „Sicherheit unser wichtigstes Ziel“ sei. Die Anlagen hätten ein hohes technisches Niveau, die Beschäftigten verfügten über exzellentes Fachwissen. Er hoffe, dass die Kommission „vorurteilsfrei und ergebnisoffen prüft“. Die Kernkraftnutzung „war und ist demokratisch legitimiert. Sie wurde und sie wird permanent kontrolliert. Wir haben keinen Anlass geboten, dass wir heute diffamiert und moralisch angegangen werden, dass wir uns auch im privaten Bereich gegen manchmal massive Beleidigungen zur Wehr setzen müssen.“

Wie der Betriebsratsvorsitzende, so verwiesen auch die Vertreter der Energiewirtschaft darauf, dass Deutschland bei einem schnellen Ausstieg aus der Kernenergie den Strombedarf nicht aus eigenen fossilen oder regenerativen Quellen decken könne und daher Strom – auch Atomstrom! – importieren müsse. Gewarnt wurde auch vor einem deutschen „Sonderweg“, den kein anderes Land mitzugehen bereit sei. Und selbst Sprecher von Umweltorganisationen, die ja seit langem besonders lautstark den Atomausstieg propagieren, räumten ein, dass mit erheblichen Widerständen aus der betroffenen Bevölkerung zu rechnen ist, wenn man daran gehe, landschaftsprägende Baulichkeiten wie Überlandleitungen, Stromspeicher, Wind- und Solarparks zu errichten. An welcher Stelle – frei nach Brecht – dann erst „die Moral kommt“, ließ die Ethikkommission leider offen.

Hans-Jürgen Mahlitz



Ausstieg steht fest: Atomkraftgegner beklebten in Berlin Ampeln mit dem Warnzeichen für Radioaktivität Bild: imago

Die Schulden-Uhr: Lauter neue Minister

Alle reden vom Sparen, und bis auf die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen gelobten alle neu- oder wiedergewählten Landesregierungen, dass sie vor allem die Kasse in Ordnung halten wollten. Der erste Blick auf die Realität lehrt etwas anderes: Sowohl in Hamburg als auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo zuletzt gewählt wurde, wurden zusätzliche Kabinettsposten geschaffen: An der Alster wuchs die Zahl der Senatoren von neun auf zehn, in Stuttgart regieren künftig elf statt zehn Minister und in Mainz wurden sogar zwei neue Ministerposten geschaffen, es sind nun neun statt sieben. Für jeden einzelnen neuen Minister entsteht auch eine neue Verwaltung – und dies alles nur fünf Jahre vor Inkrafttreten der „Schuldenbremse“ 2016. *H.H.*

1.950.140.401.136 €

Vorwoche: 1.948.736.921.028 €
Verschuldung pro Kopf: 23870 €
Vorwoche: 23852 €

(Dienstag, 3. Mai 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Euro-Angst überdeckt alles

Österreich: Trotz guter Wirtschaftsdaten dominieren Sorgen – Schwächste Koalition seit 1945

Der Kontrast könnte kaum größer sein: Die Wirtschaftsdaten Österreichs sind durchaus zufriedenstellend, jedenfalls im Europavergleich, doch Politikverdrossenheit und Zukunftssorgen sind ärger denn je – offenbar wegen jahrelang aufgestauter politischer Fehler und gebrochener Versprechen. Die EU und der Euro stehen laut Umfragen in der Negativ-Rangliste ganz vorne. Erst dann folgen Kriminalität, Bürokratie und Geldverschwendung. Selbst der einfache Bürger kriegt eben die Bevormundung durch Brüssel und die Einschränkung persönlicher Freiheiten laufend zu spüren.

Dazu kommen die „Rettungspakete“ und „Rettungsschirme“ – erst für Banken, dann für ganze Länder. Die Regierung betont zwar immer wieder, dass das ja „nur Garantien“ und keine Zahlungen seien, doch das bezweifeln nach den Finanzproblemen von Irland, Griechenland und Portugal immer mehr Österreicher. Erfahrungsgemäß entsprechen die Belastungen für Österreich „maßstabgetreu“ jeweils etwa einem Zehntel derer für die Bundesrepublik.

Etliche „Garantien“, die man den Österreichern beim EU-Beitritt und später beim Euro gab, wurden durch die Hintertür „entsorgt“, der „Reformvertrag“ wurde am Bürger vorbeigeschwindelt, und die Währungsunion ist nun doch zu der stets geleugneten Transferunion geworden. Panik um einen Euro-Kollaps herrscht zwar noch keine, aber das Dilemma des Bürgers ist offenkundig: Soll man sparen, wenn man nur Zinsen weit unter der steigenden Teuerungsrate kriegt und das Geld wertlos werden könnte? So ist die Sparquote 2010 unter zehn Prozent gesunken – was im Nebeneffekt das Steueraufkommen erhöht.

> Glaube an Politiker jeglicher Couleur verloren

Die Nahost-Krise hat auch das Thema Freizügigkeit wieder in den Vordergrund gerückt. Die Tunesier – auch in österreichischen Medien meist als „Flüchtlinge“ bezeichnet – zieht es zwar primär nach Frankreich. Doch niemand weiß, was noch von anderswo an Emigranten und echten Flüchtlingen ins Haus steht. Und wenn Brüssel dann Aufnahmequoten verhängt, wird auch Österreich etwas abbekommen. Was die Regierung wohl wieder einmal hinnehmen wird, obwohl das Land seit Jahrzehnten die weitaus höchste Zahl an Asylwerbern pro Einwohner hat.

Über die Ostöffnung des Arbeitsmarktes per 1. Mai gehen die Prognosen weit auseinander. Der Österreicher sieht sie jedenfalls noch skeptischer als sein nördlicher Nachbar. Denn Maßnahmen gegen Lohndumping lassen sich meist irgendwie umgehen, und die Wirtschaftslage könnte sich früher oder später verschlechtern. Und dann?

Das Herunterbeten schöner Phrasen kann kaum mehr vertuschen, dass die Regierung die schwächste seit 1945 ist. Was zum größeren Teil an der ÖVP liegt, die zuletzt nur mehr bei 21 Prozent steht. (SPÖ 27, FPÖ 26, Grüne 16 und BZÖ sechs Prozent.) Die bündische Struktur der ÖVP und die Macht der „Landesfürsten“ zwingen einen ÖVP-Chef bereits intern oft zu faulen Kompromissen, und die Harmoniesucht des zurückgetretenen Josef Pröll ließ die ÖVP in der Koalition noch schwächer erscheinen. Was verschleierte, dass auch die SPÖ nur mittelmäßige Leute hat.

Wie sich Außenminister Michael Spindelegger als ÖVP-Chef und Vizekanzler verhalten wird, ist offen. Doch manches gibt zu denken. So hat er statt des der ÖVP im Wirtschaftsministerium zustehenden Familien-Staatssekretariats eines für Integration im Innenministerium geschaffen – was einer uralten linken Forderung entspricht. Und noch ein weiteres Signal an die Stammwählerschaft, dass man konservative und christliche Werte längst über Bord geworfen hat: Staatssekretär wurde ein 24-jähriger Student, der im Wiener Wahlkampf 2010 mit „Schwarz ist geil“ in einem „Geilomobil“ durch die Gegend zog.

Die Bestechungsaffäre um den ÖVP-Fraktionsführer im EU-Parlament und etliche andere in den letzten Jahren aufgeflogene Affären von Ex-Politikern haben das Vertrauen aber generell schwer erschüttert. Laut einer Umfrage meinen 41 der befragten Österreicher, alle Politiker seien korrupt, und nur ein Prozent billigt ihnen zu, nicht käuflich zu sein.

R. G. Kerschhofer

Lukaschenko verliert Nerven

Minsk – Der Gedenkfeier zum 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe blieb Alexander Lukaschenko nicht nur fern, er ließ sich auch noch zu Beschimpfungen gegenüber seinem ukrainischen Amtskollegen Viktor Janukowitsch und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hinreißen. Hintergrund ist, dass Barroso nur unter der Bedingung zugesagt hatte, dass Lukaschenko der Trauerfeier fern bliebe. Janukowitsch, der zwar beide Politiker eingeladen hatte, entschied sich dann aber doch lieber für den Vertreter aus Brüssel. Der weißrussische Präsident ließ daraufhin seinem Ärger freien Lauf: „Fragt den ukrainischen Präsidenten, warum das weißrussische Staatsoberhaupt nicht an der Gedenkfeier teilnimmt. Leider ist die ukrainische Obrigkeit von Läusen befallen“ und „Was solche Ziegenböcke wie Barroso betrifft, wer ist überhaupt Barroso?“ wütete er. In Wirklichkeit sei Lukaschenko aber über Russland erbost, mutmaßt der russische Politologe Kyrill Koktysch, weil es die Auszahlung eines zugesagten Kredits über eine Milliarde US-Dollar hinauszögert. Er habe es lediglich nicht gewagt, Präsident Medwedew aufs Neue zu beschimpfen. Weißrussland steht derweil das Wasser bis zum Hals. *MRK*

Endlich einer aus dem Bürgertum?

Von THEO MAASS

Fast wöchentlich kommt es in der Berliner U-Bahn zu gewalttätigen Überfällen. Auffällig häufig handelt es sich bei den Tätern um jugendliche Ausländer oder eingebürgerte Immigranten. Die meisten Presseorgane verschweigen ihren Lesern die Nationalität des Täters jedoch. Man wolle der Ausländerfeindlichkeit keine neue Nahrung geben, heißt es aus den Redaktionsstuben. Die Berliner wissen trotzdem Bescheid.

Nur wenn es sich gar nicht vermeiden lässt, dann werden die Namen von der Presse abgedruckt, aus denen die Herkunft meist hervorgeht. Eine mächtige Lobby kritisiert selbst das, erinnert die Presse an ihre „Verantwortung“ und fordert, künftig alle Angaben zu unterlassen, die auf eine fremde Nationalität hinweisen könnten. Glaubt man ernsthaft, der Bevölkerung so ein anderes als das reale Bild zeichnen zu können? Der Bestseller „Das Ende der Geduld“ von der Jugendrichterin Kirsten Heisig bestätigt das Empfinden der Menschen.

Am Ostersonnabend kam es erneut zu einer Attacke von zwei Jugendlichen auf einem Berliner U-Bahnhof. Bald stellte sich aber heraus, dass der Täter ein Deutscher war. Ein Junge „aus gutem Hause“ zumal. Sabine Renefanz von der „Berliner Zeitung“ kommentierte das so: „Der jüngste Fall zeigt, dass Brutalität aus purer Aggression keine Spezialität von Migranten aus Problemkiezen ist, wie kürzlich Berlins CDU-Chef Frank Henkel meinte, sondern durchaus auch bei Gymnasiasten aus bürgerlichem Hause vorkommt.“ In dem gleichen Blatt lamentierte schon am 18. Februar Thomas Rogalla darüber, dass CDU-Chef Henkel die „Brutalität bestimmter Migrantengruppen“ thematisiere.

Nähere Recherchen über den Schläger mit Namen Torben zeichneten ein differenziertes Bild. Gute Familie? Ja. Torben selbst ein guter Schüler? Ja. Doch nur bis zum Wechsel von der Grundschule auf das Sport Internat. Doch danach kam Torben mit seinen Mitschülern nicht klar und rutschte immer weiter ab. Exfreunde berichten von Marihuanakonsum. Endstation Gesamtschule. Dort traf Torben auf neue Freunde aus der Punkerszene: Seine nun bevorzuge Musik war der Rapper „Taktlos“: „Ich schlag euch alle kaputt, bin ich mit euch fertig, seid ihr nur noch Asche und Schutt.“ Die staatlichen Kontrollinstanzen, die sonst schnell bei der Hand sind, wenn es um Indizierung oder Verbot mutmaßlich gewaltverherrlichender Texte geht, übten hier erstaunliche Toleranz. Wie dem auch sei: Torben eignet sich bei näherer Betrachtung kaum als Beweis dafür, dass Gewalt ebenso in „bürgerlichen“ deutschen Haushalten heranwächst wie in den bekannten Problemmilieus, auch wenn diese Erkenntnis manchen Sozialromantiker schmerzen sollte.

Der verweigerte Warnschuss

Jugendgewalt: Rot-Rot will auch nach jüngsten Exzessen weder mehr Streifen noch Kameras



Ein kurzer Arrest soll Jugendliche frühzeitig über die Konsequenzen von Straftaten belehren, damit sie nicht erst auf die schiefe Bahn geraten: Justizvollzugsbeamtin in der Jugendstrafanstalt Berlin-Ploetzensee

Bild: M. Gottschalk/dapd

Im Februar traten Jugendliche einen Maler in der U-Bahn ins Koma, im März prügelten andere einen 17-Jährigen krankenhausreif, als dieser einen Streit schlichtete. Vor Tagen traten zwei 18-Jährige auf einen 29-Jährigen ein, auch als der schon am Boden lag. Wieder wurde Berlins U-Bahn Kulisse für versuchten Totschlag. Die Häufung extremer Übergriffe facht die bisher ergebnisarme politische Diskussion wieder an.

Der Täter Torben P. stammt zwar aus gutbürgerlichem Hause, war jedoch in der Schule zurückgefallen und in die Punkerszene abgetaucht. Er und ein Komplize traten dem Opfer mehrfach bis zur Bewusstlosigkeit gegen den Kopf. Der 29-Jährige hätte sterben können. Eine Anklage wegen versuchten Mordes hat Torben nicht zu fürchten, denn: Die dafür ausschlaggebenden „niederen Motive“ wollen die Strafverfolger nicht erkennen. Indes: Der Haupttäter steht fest und ist geständig. Videobilder haben ihn überführt. Nur dank dieser Beweise plant der Staatsanwalt eine tatzeitnahe Anklage. Die Bilder zeigen, wie anlasslos und brutal die Tat war. Die Veröffentlichung der Aufnahmen hat Druck auf den Täter ausgeübt, sich zu stellen. Trotz der Schwere des Delikts erhielt er Haftverschonung. Das löst öffentliche Empörung aus. Die trifft auch den Senat.

Joachim Lenders, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), hat wenig Verständnis für den schonenden Umgang mit den Gewalttätern: „Es kann nicht sein, dass nach einer solchen Prügelattacke die beiden 18-Jährigen auf freien Fuß gesetzt werden.“ Er und andere Polizisten sehen den im rot-roten Berlin auf Vorbehalte stoßenden Warnschussarrest als wirksame Maßnahme gegen junge Täter. Helmut Rüster, Sprecher der Opferschutzorganisation Weißer Ring, fordert hingegen „konsequentere Sanktionen“ für Intensivtäter. Für ihn zählt vor allem die tatzeitnahe Verurteilung: „Die Strafe muss wie eine schallende Ohrfeige auf dem Fuße folgen, sonst verstehen sie nicht, was sie verbrochen haben.“

Die Bundesregierung will den Warnschussarrest nun bundesweit ermöglichen. Ein entsprechendes Papier bereitet die bekennende linksliberale Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) vor. Der Arrest soll demnach in Ergänzung zu einer Bewährungsstrafe junge Kriminelle abschrecken. Die Strafe könne dem Täter „seine Verantwortlichkeit für das begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten“ verdeutlichen. Es gehe darum, den Jugendlichen aus dem Milieu mit „schädlichen Einflüssen herauszunehmen“, sagt die Ministerin.

Bei führenden SPD-Politikern stößt sie damit weiterhin auf Widerstand: „Ich denke, dass wir ein völlig ausreichendes Sanktions-Instrumentarium haben“, meint der Innenexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz. Das Jugendstrafrecht sei stark pädagogisch, „und das ist auch gut so“, ergänzt er ganz im Tenor von Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Der hatte im Februar bereits vom Kriminologen Christian Pfeiffer harte Kritik für seinen Umgang mit Jugendgewalt erhalten. Berlin „verwalte“ das Problem bloß, so Pfeiffer. Zur Jugendgewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln sagte Wowereit im April, dass mehr Sicherheit nur „durch deutlich höhere Ticketpreise finanziert“ werden könne. Also bleibt alles, wie es ist.

> Wowereit droht: Mehr Sicherheit heißt höhere Fahrpreise

Dabei ist das Problem seit Jahren bekannt. Seit Wowereit sich gegen die Grünen als Regierungspartner entschied, versucht selbst deren Berliner Spitze, einen härteren Kurs in Sachen Jugendgewalt zu finden und der SPD Wähler abzuwerben. So verkündete Grünen-Fraktionschef Volker Ratzmann 2008: „Wir stehen in Berlin an einer Schwelle, an der man handeln muss.“ Er wirft dem Senat vor, zu gewalttätigen Jugendlichen „keine Meinung“ zu haben. Allerdings trifft Ratzmann auch in der eigenen Partei auf heftigen Widerstand: Berliner Grüne wie Hans-Christian Ströbele können härteren Strafen wenig abgewinnen. Ströbele will stattdessen mehr Personal an den S- und U-Bahnhöfen in der Nacht. Der Senat hält dagegen, die geringe Wirkung von mehr Streifendienst sei erprobt. Schon 2003 reduzierten BVG und Polizei die Personalpräsenz vor Ort.

Nach den jüngsten Taten sicherte Polizeipräsident Dieter Glietsch allerdings zu, Streifen an Haltestellen mit hoher Kriminalität wieder einzuführen. Der Senat sieht darin wegen hoher Kosten und geringer Fahndungserfolge aber kein wirksames Mittel. Die Videoüberwachung, deren Ausweitung der Senat lange blockierte, erscheine geeigneter. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) befürwortet nun jedoch deren Ausweitung auf Bahnhofsvorplätze und öffentliche Gebäude: „Der eine oder andere Datenschutzfreak“ wehre sich noch, sonst keiner, so Körting lakonisch.

Nicht belehren lassen wollen sich die Grünen auch in Sachen Videoüberwachung. Sie beharren auf ihrer grundlegenden Ablehnung. Dass Berlins Ermittler vor allem dank Überwachungsvideos Erfolge erzielen, spräche eigentlich für Erhalt und Ausbau des Kamerasystems. Dennoch setzen die Grünen als einzige weiter fast völlig allein auf „Vorbeugung“. In der grünen „Werkstatt Innenpolitik“ im Dezember wurde über „gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen“ gesprochen und „welche Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel (§ 5 JGG) überhaupt wirksam sowie welche Alternativen zu Arrest und Jugendstrafe möglich sind“. Von „vermeintlich steigender Brutalität“ ist dort die Rede, als wäre dies keine Tatsache – die grüne Ankündigung, „Kuschelpädagogik“ zu beenden, erscheint da manchen als Phrase. *SV*

Journalistin wird bedroht

Linksextremisten sauer über Recherchen von »BZ«-Redakteurin

Im linksextremen Internetforum „Indymedia“ wird der Journalistin Caroline Rosales verklausuliert gedroht: „Das gar nicht geheime Netzwerk der Caroline R.“ lautet der Titel, dem der vielsagende Satz folgt: „Das Krasse an der Sache ist doch, wie die BZ hier eine 29-jährige Nachwuchs-Journalistin aus Kreuzberg vorschiebt und verheizt, deren komplettes Leben mit den stumpfesten google- und MetaGer-Abfragen samt Fotos und Videos einzusehen ist, und die offenbar viele locations ihrer Freizeitgestaltung mit ihrem ‚Beobachtungsobjekt‘ teilt.“ Mit anderen Worten: Wir wissen, wo du wohnst, was du machst, und dein Arbeitgeber, der Springer-Verlag, ist Schuld an allem, was dir infolgedessen widerfahren könnte.

Rosales nimmt die Grauzone zwischen gewaltbereiter linksextremer Szene, linker Politik und anderen gesellschaftlichen Nahtstellen unter die Lupe. Als Beispiel nennt sie den Fall des Autobrandstifters Thomas K., der am 10. September 2010 verhaftet wurde. „Antifa-Thomas“, wie ihn seine Kumpels nannten, kommt nun vor Gericht.

Das linke Netzwerk mobilisierte: Rechtsanwälte, Vereine, Internetplattformen, linke Buchläden wurden auf Trapp gebracht, Spenden gesammelt und Demonstrationen organisiert. Rosales lässt keinen Zweifel: Hinter dem scheinbar zufälligen Zusammenspiel stehe ein Netzwerk. Geld komme von der „Roten Hilfe“, einer Organisation, die linksextremen Gewalttätern zur Seite steht und die über viel Geld verfügt. Robbin Juhnke, CDU-Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, vermutet: „Viele Juristen fühlen sich ideologisch berufen, bei der Roten Hilfe mitzumachen.“ Schließlich folgte am 8. März ein Handel: Thomas K. bekommt im Gegenzug für sein Geständnis drei Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung.

> Linkes Netzwerk aufgedeckt – die Szene schäumt

Auch das Vorzeigeobjekt „linksalternativer Wohnkultur“, die Köpenicker Straße 137, bekam Besuch von Rosales. Von dort aus nehmen heute viele linksextreme Aktionen ihren Anfang. Allein die in der „BZ“ abgedruckten schockierenden Bilder aus dem „Köpi“ könnten den steuerzahlenden Otto Normalbürger abschrecken. Die niedrigen Gefälligkeitsmieten werden durch ihn subventioniert. Entsprechend aufgeschreckt empört sich die „taz“: „Bis zur traditionellen 1.-Mai-Randale entlarvt die Lokalzeitung der Springerstiefelpresse derzeit täglich auf einer Doppelseite die fiese Unmoral der Linken.“ *Hans Lody*

Erste Schritte

Brandenburg entdeckt die SED-Opfer

Die neuerlich forcierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Brandenburg trägt erste Früchte. Die von der Opposition (CDU, FDP, Grüne) im Landtag 2010 durchgesetzte Enquete-Kommission beschreibt jetzt den Nachholbedarf in der lange als „kleine DDR“ gescholtenen Mark.

Nach gut einem Jahr liegen vier von 16 Gutachten der Kommission vor. Demnach gibt es in Brandenburg Versäumnisse im Umgang mit den Opfern: Die Anerkennungsquote für SED-Opfer fällt vergleichsweise gering aus. Von Brandenburg wird an Entschädigung bisher nur ein gesetzliches Minimum erfüllt.

Bei so viel Nachholbedarf im Vergleich zu den anderen neuen Ländern begrüßte die Vorsitzende der Kommission, Susanne Melior (SPD), kürzlich besonders die von der Landesregierung bereitgestellten 950 000 Euro für Investitionen in Gedenkstätten. „Es ist nur gerecht, dass das SED-Vermögen für die Aufarbeitung und für das Gedenken an die Opfer der Diktatur verwendet wird.“ In der jüngsten Sitzung der Kommission hätten Opfer klar gesagt, wo noch Bedarf in den Gedenkstätten gesehen werde.

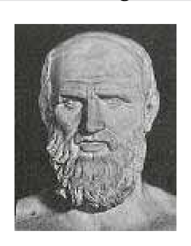
> An Entschädigung nur das Mindeste

Viele Opfer des SED-Regimes sehen die seit 1990 vorwiegend von der SPD gelenkte staatliche Aufarbeitung kritisch. Die Diktaturbeauftragte des Landes, Ulrike Poppe, fordert angesichts der ersten Ergebnisse mehr Beratungsangebote, denn viele SED-Opfer litten weiter: „Dass diejenigen, die das SED-Regime unterstützt haben, heute wieder das Sagen haben, was manche durch die Rot-Rote Koalition symbolisiert sehen, führt bei ehemals Verfolgten mitunter zu Resignation und Bitterkeit.“ *SV*

Mit der Tram über die Oder

Wieder auf der Tagesordnung steht das Vorhaben einer Straßenbahnverbindung über die Frankfurter Oderbrücke. Geht es nach den Plänen von Martin Wilke, dem Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), soll es in Zukunft wieder einen Öffentlichen Personennahverkehr mit dem östlich der Oder gelegenen Dammvorstadt, polnisch Slubice, geben. Zunächst ist an eine Linienbusverbindung gedacht, das Projekt einer Straßenbahnlinie über den Grenzfluss soll langfristig weiterverfolgt werden. Zweimal ist das Vorhaben allerdings schon gescheitert – im Jahr 2006 am Willen der Bürger, im Jahr 2009 an der Finanzierung. Von 1898 bis zum 19. April 1945, als es zur Sprengung der Oderbrücke kam, war der westliche Teil Frankfurts mit dem östlichen per Tramlinie verbunden. Von einer Verbindung beider Stadthälften würde insbesondere die polnische Dammvorstadt profitieren, die über keinen eigenen Schienennahverkehr mehr verfügt. *N.H.*

Zeitzeugen



Hippokrates – Auf den griechischen Arzt (460–370 v. Chr.) berufen Ärzte in aller Welt bis heute ihr Berufsverständnis. Der altgriechische Text des Hippokrates-Eides wird erstmals im ersten nachchristlichen Jahrhundert zitiert. In der Übersetzung heißt es unter anderem: „Ich werde ärztliche Verordnungen treffen zum Nutzen der Kranken nach meiner Fähigkeit und meinem Urteil, hüten aber werde ich mich davor, sie zum Schaden und in unrechter Weise anzuwenden. Auch werde ich niemandem ein tödliches Gift geben, auch nicht wenn ich darum gebeten werde."



Hildegard von Bingen – Die Benediktiner-Äbtissin (1098–1179) wurde erst in der Neuzeit als Autorin bedeutender medizinischer, insbesondere naturheilkundlicher Schriften wiederentdeckt. Darüber hinaus ist sie auch als Autorin theologischer und philosophischer Schriften bekannt. Um 1147 gründete sie in Bingen an der Nahemündung das Kloster Rupertsberg, in der Hoffnung, hier ungestört von fremden, auch kirchenamtlichen Einflüssen ihre theologischen und wissenschaftlichen Vorstellungen umsetzen zu können. Erstmals dokumentierte sie, welche Pflanzen für welche Krankheiten als Heilmittel eingesetzt werden können.

Otto von Bismarck – Der Eiserne Kanzler (1815–1898) schuf – neben vielen anderen fortschrittlichen Reformwerken – das weltweit erste allgemeine Krankenversicherungssystem. 1889 schloss er seine Sozialgesetzgebung mit der Rentenversicherung ab.



Rudolf Virchow – Der preußische Arzt (1821–1902) gilt als Begründer der modernen Pathologie und einer der bedeutendsten Vertreter der Medizingeschichte. Wesentlich hat er zum internationalen Ruf der Berliner Charité beigetragen. Als erster entwickelte er eine Methode zur Behandlung von Thrombose und erkannte die Bedeutung der Hygiene.

Richtigstellung – In der *PAZ* Nr. 17 ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Paul von Hindenburg ist zwar in Neudeck gestorben, er wurde dort aber nicht begraben. Er wurde zunächst im Gruftturm des Tannenberg-Denkmals bestattet und 1945 in die Nordturmkapelle der Elisabethkirche in Marburg überführt, wo er seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Gesundheit – ein teurer Luxus?

Immer mehr Kranke – auch das System ist krank

Wer soll das bezahlen? Was einst, zu Zeiten der Währungsreform von 1948, noch als lustiger Karnevalsspaß galt, wird bald bitterer Ernst. Das deutsche Gesundheitswesen, heute schon tief in den roten Zahlen, wird in wenigen Jahren unfinanzierbar. Die Zuwachsraten der sogenannten Volkskrankheiten wie Diabetes, Krebs oder Herz-/Kreislauferkrankungen liegen im zweistelligen Bereich; zugleich steigen die Behandlungskosten pro Patient. Gesundheit wird zum kaum noch bezahlbaren Luxusgut.

Die Zahlen und Fakten sind beängstigend. Ein Beispiel: Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts wird man allein für die medizinische Versorgung der Diabetiker mehr Geld brauchen als heute für das gesamte Gesundheitswesen.

Im vergangenen Jahr lagen die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen in Deutschland bei über 253 Milliarden Euro. Das sind rund 10,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Im Schnitt lässt sich jeder Deutsche, vom Säugling bis zum Greis, seine Gesundheit jährlich fast 3200 Euro kosten; darin sind allein 500 Euro für Medikamente enthalten. Die Zuwachsrate liegt derzeit bei drei Prozent, dürfte aber aufgrund des demografischen Wandels deutlich ansteigen.

Die statistische Lebenserwartung steigt weiter, in Deutschland leben immer mehr betagte Menschen. Das hat dramatische Auswirkungen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes belasten Kinder bis 14 Jahre das Gesundheitssystem mit durchschnittlich 1260 Euro, die Altersgruppe 15 bis 29 sogar nur mit 1190 Euro. Der 44-Jährige kostet bereits 2870 Euro. Ab 65 wird es richtig teuer: 6090 Euro für die Senioren bis 84 Jahre, ab 85 klettern die Kosten auf 14 370 Euro. Inzwischen entfallen 47 Prozent der Kosten auf den Bevölkerungsanteil über 65. Am teuersten ist die Behandlung von Herz-Kreislauferkrankungen (über 35 Milliarden Euro). Mit 42 Prozent liegen sie auch in der Statistik der Todesursachen auf dem ersten Platz, gefolgt von Krebs (25 Prozent).

Schon heute liegen die Kosten bei über 253 Milliarden

Viele dieser teuren und oft tödlichen Erkrankungen werden verursacht durch Diabetes, eine Volkskrankheit mit dramatischen Zuwachsraten. Die Dunkelziffer eingerechnet, dürften heute in Deutschland über zehn Millionen Zuckerkranke leben. Experten rechnen mit einer Verdoppelung alle zehn Jahre. Die durchschnittlichen Behandlungskosten liegen oberhalb 2500 Euro pro Jahr, Tendenz steigend. Eine dramatische Entwicklung beobachten die Medizin-Statistiker auch bei den psychischen Erkrankungen. In den letzten sechs Jahren hat sich die Zahl der Krankheitstage nahezu verzehnfacht. Für 2010 errechnete die AOK bundesweit 1,8 Millionen Fehltage – krankgeschrieben wegen „Burnout".

Neben der zunehmenden Überalterung unserer Gesellschaft sind die sogenannten Zivilisationskrankheiten verantwortlich für die stetige Verteuerung unseres Gesundheitswesens. Ob Herzinfarkt, Lungenkrebs oder diabetesbedingtes Nierenversagen – neben Nikotin und Alkohol spielt die Kombination von falscher Ernährung und Bewegungsmangel immer eine verhängnisvolle Rolle.

Besorgniserregend ist ferner, dass die Gesundheitskosten deutlich schneller steigen als die Wirtschaftsleistung. Laut OECD kletterten die Ausgaben im Zeitraum 1990 bis 2005 um 80 Prozent, das BIP jedoch nur um 37 Prozent. Und in den letzten 40 Jahren hat sich der Anteil der Krankheitskosten am volkswirtschaftlich Erwirtschafteten mehr als verdoppelt – es wird nicht mehr lange dauern, bis wir uns Gesundheit nicht mehr leisten können.

Hans-Jürgen Mahlitz



Bild: V. Hartmann/dapd

Teure Krankheit: Nimmt die Zahl der Diabetiker weiter zu, ist ihre Versorgung auf dem heutigen Niveau nicht mehr zu halten.

Eine Frage der Ethik, aber auch des Geldes

Einst hatte Deutschland das weltweit modernste Krankenversicherungssystem. Zu danken war es Otto von Bismarck. Leider haben spätere Generationen es versäumt, das System den sich ändernden Lebensbedingungen und medizinischen Fortschritten anzupassen.

Seit Einführung der allgemeinen Krankenversicherung 1883 ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland pro Jahr um drei Monate gestiegen; heute sind wir bei über 81 Jahren angekommen. Aber die Menschen werden nicht nur älter, sondern auch kränker.

Als vor einigen Jahren ein CDU-Jungpolitiker überspitzt fragte, ab welchem Alter sich eine Hüftoperation nicht mehr rentiere, war die Empörung groß. Heute müssen wir uns ernsthaft fragen, ab welchem Punkt lebensverlängernder medizinischer Fortschritt vom Segen zum Fluch wird. Wir müssen abwägen, ob das technisch Mögliche selbstbestimmtes Weiterleben bewirkt oder nur Sterben in Würde verhindert.

Dem System droht die Pleite

Hier sind ethische Antworten überfällig, denen wir bisher lieber ausweichen. Darüber dürfen wir aber die eher volkswirtschaftliche Komponente auch nicht völlig außer Acht lassen. Denn was moralisch richtig ist – bestmögliche medizinische Versorgung für jeden –, muss am Ende auch finanziert werden können. Wenn wir unser einst so vorbildliches Gesundheitswesen aus Reformunfähigkeit oder -unwilligkeit in der Pleite enden lassen, nützen uns auch die höchsten ethischen Ansprüche nichts mehr. Um unser krankes Gesundheitssystem wieder gesunden zu lassen, sind alle in der Pflicht: Politiker, Ärzte, Apotheker, Pharmaindustrie und Kostenträger – aber auch jeder einzelne Bürger. *H.J.M.*

Von der Sensation zur Routine

Was Ärzte heute alles können – und was der Fortschritt kostet

Es ist gerade einmal 44 Jahre her, seit Christiaan Barnard in Kapstadt die erste Herztransplantation wagte. Inzwischen ist die komplizierte Operation fast schon Routine. Die Zahl der Menschen, in deren Brust ein fremdes Herz zum Schlagen gebracht wurde, nähert sich der 100 000.

Ebenfalls 1967 wurde in Cleveland/USA das Bypass-Verfahren zur Korrektur lebensbedrohender Verengungen der Herzkranzgefäße entwickelt. Heute werden nach einer Statistik des Deutschen Herzzentrums München allein in Deutschland jährlich über 60 000 solcher Operationen durchgeführt. Deutsche Kliniken haben sich auf diesem Gebiet weltweit einen hervorragenden Ruf erworben. Beispielsweise fällt im Klinikum Vogtareuth im oberbayerischen Chiemgau die hohe Zahl arabischer Patienten auf – diese offensichtlich gutbetuchte Klientel ermöglicht eine personelle und technische Ausstattung auf höchstem Niveau.

Für den „Normalverbraucher" liegen die Kosten einer solchen Operation bei durchschnittlich etwa 12 000 Euro. Rechnet man Vorbehandlungen und Untersuchungen (Herzkatheder) sowie Nachbehandlung und Reha hinzu, dürfte der Bypass-Patient das Gesundheitswesen mit durchschnittlich etwa 20 000 Euro belasten.

Nicht nur in der Chirurgie, auch in der Diagnostik hat die ärztliche Kunst enorme Fortschritte gemacht. So kann man heute mit Computertomographen dreidimensional in den Körper des Patienten hineinblicken, millimetergenau Krankheitsherde identifizieren und dabei die Strahlenbelastung auf ein nicht mehr relevantes Minimum reduzieren. Dazu bedarf es einer hochspezialisierten und entsprechend teuren Ausbildung des Arztes, aber auch der Entwicklung zuverlässiger, technisch extrem aufwändiger Apparate.

Bei den Preisen für Medikamente ist Deutschland spitze

Auf diesem Gebiet ist Deutschland weltweit noch in der Spitzengruppe: Medizintechnik made in Germany ist nach wie vor ein Exportschlager. Ähnliches gilt für die Pharmaindustrie. Zwar ist im Zeitalter der Globalisierung und Fusionierung internationaler Großkonzerne Deutschland nicht mehr wie früher die „Apotheke der Welt", aber doch noch in der Spitzengruppe. Leider auch bei den Preisen: Deutsche Medikamente sind nirgendwo so teuer wie in Deutschland, was mit hohen Forschungs- und Entwicklungskosten im Milliardenbereich nur zum Teil zu erklären ist. In Frankreich zum Beispiel ist es üblich, bei neuentwickelten Medikamenten aus Deutschland zunächst die Zulassung beim östlichen Nachbarn abzuwarten und dann für den eigenen Markt die deutschen Preise um rund 20 Prozent zu reduzieren.

Insgesamt hat der medizinische, technische und pharmazeutische Fortschritt bewirkt, dass heute viele Menschen mehr oder weniger beschwerdefrei leben können, die früher keine Chance hatten. Der Preis dafür ist hoch – mehr als eine Viertel Billion Euro im Jahr kostet unser Gesundheitswesen. Die Frage ist, wie viel wir uns noch leisten können – und nicht, was Gesundheit uns wert ist. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Ministerin als Sicherheitsrisiko

Leutheusser-Schnarrenberger verhindert Verlängerung der Antiterrorgesetze

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Sicherheitsrisiko: Während die Welt Racheakte der Al-Kaida befürchtet und Deutschland sich über die rechtzeitige Festnahme von drei Terrorverdächtigen in Düsseldorf freut, verharrt die FDP-Justizministerin in ihrer Hinhaltetaktik gegen die nötige Verlängerung der wirksamen Antiterrorgesetze. Die Union ärgert sich, hält sich bis zum FDP-Parteitag aber zurück.

Es mutet schon grotesk an: Da hat die deutsche Polizei in Düsseldorf eine mutmaßliche dreiköpfige Terrorzelle der Al-Kaida ausgehoben – offensichtlich auch nach Hinweisen ausländischer Geheimdienste. Gut möglich, dass die USA die deutschen Behörden bereits heimlich über die Tötung von Al-Kaida-Chef Osama bin Laden informiert und vor bevorstehenden Racheakten gewarnt hatten. In jedem Fall erhöhte der Al-Kaida-Anschlag von Marrakesch die Bereitschaft zum Zugriff.

Hilfreich bei der Verfolgung der Straftäter und der Vorbereitung der Festnahme waren in jedem Fall die Antiterrorgesetze aus der Feder von Otto Schily und Günther Beckstein, die Rot-Grün 2002 unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September 2001 verabschiedet und die die Große Koalition 2007 verlängert hatte, mit Gültigkeit bis zum 11. Januar 2012. Dazu zählten unter anderem die Einführung von biometrischen Daten im Personalausweis und Reisepass, eine Erweiterung des Vereinsgesetzes, demzufolge die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung wie der Al-Kaida strafbar ist, sowie die Möglichkeit der Online-Durchsuchung.

Im Fall der Düsseldorfer Terrorzelle waren zwei Faktoren ausschlaggebend: Einmal Hilfe ausländischer Geheimdienste, die sich nicht lange um deutsches Recht scheren und offensichtlich Telefon- und Datenleitungen sehr viel großzügiger anzapfen als deutsche Behörden sich das vorstellen können. Sie warnten das BKA rechtzeitig. Aber auch deutsche Ermittler hatten einen Trojaner auf der Festplatte eines der Verdächtigen platziert. Das zeigt, wie nützlich die Online-Durchsuchung in solchen Fällen ist – wie auch der Straftatbestand Mitgliedschaft in einer Terrorvereinigung: Beide erwiesen sich als wichtige Instrumente in der Hand der deutschen Behörden. Denn die mutmaßlichen Terroristen waren ja laut Innenministerium noch in der „Experimentierphase“, sie hatten noch kein Verbrechen begangen. Nach herkömmlichem Recht hätte also der Rechtsstaat nicht gegen sie vorgehen können – das ermöglichten allein die Antiterrorgesetze.

Die Union hält bis zum FDP-Parteitag Burgfrieden

Nun stellt sich heraus: Es war ein Glücksfall, dass 2002 und 2007 keine um ihr Profil ringende FDP mit in der Regierung saß. Denn nun sitzt im Bundesjustizministerium ein wandelndes Sicherheitsrisiko namens Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. So sieht es zumindest die Union. „Es wäre geradezu paradox, wenn wir bei einer anhaltend besorgniserregenden Bedrohung Anti-Terror-Gesetze abschaffen, die sich gerade als notwendig erwiesen haben“, betont Wolfgang Bosbach (CDU), der Chef des Innenausschusses im Bundestag. Zudem müsse die lange diskutierte Visa-Warndatei beschlossen und das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung neu geregelt werden.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), gerade nicht als Scharfmacher, sondern als besonnener Politiker bekannt, erklärte: „Die Gefahr eines Anschlags bleibt groß.“ Es gelte, wachsam zu bleiben und sich „keine Illusionen darüber zu machen, dass der internationale Terrorismus auch Deutschland zum Ziel hat“. Die im Januar 2012 auslaufenden Antiterrorgesetze müssten dringend verlängert werden.

Ähnlich äußerten sich Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) sowie die CSU-Innenexperten Hans-Peter Uhl und Stephan Mayer. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) betonte sogar: „Zum jetzigen Zeitpunkt etwas auszuschließen ist unerträglich, ideologisch begründet und hat mit der Sicherheitslage nichts zu tun. Eine Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze ist das Mindeste.“

Doch bei der FDP, die derzeit krampfhaft nach neuen Profilierungs-Themen sucht, stößt die Union damit auf taube Ohren. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger scheut dabei auch vor Halbwahrheiten nicht zurück. So behauptet sie wider besseren Wissens, die Festnahme der Düsseldorfer Terrorzelle habe nichts mit den Antiterrorgesetzen zu tun gehabt. Ihr Staatssekretär Max Stadler fordert, die Maßnahmen müssten nochmals alle einzeln eingehend auf Notwendigkeit geprüft werden. Doch das wurde bereits zweimal gemacht, und die Gesetze haben sich offensichtlich bewährt, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ analysiert. Zuletzt ist ein unabhängiges Gutachten zum selben Ergebnis gekommen.

Doch die Union scheut derzeit (noch) den ganz großen Koalitionskrach mit der krisengeschüttelten FDP. Eigentlich müssten ja CDU und CSU ein vitales Interesse haben, sich im Kernbereich Innere Sicherheit sichtbarer zu positionieren. Doch das „Sicherheitsrisiko Leutheusser“ massiv in die Schranken zu weisen, ist man noch nicht bereit. Offensichtlich gilt derzeit noch ein Burgfriede zwischen der Union und der derzeit quasi führungslosen FDP. Doch das könnte sich spätestens mit dem FDP-Parteitag am 13./15. Mai in Rostock ändern, wenn die neue FDP-Spitze gewählt ist. Dann dürfte ein anderer Wind wehen. *A. Heinrich*



Bleibt bei ihrer Hinhaltetaktik: Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) Bild: dpa

MELDUNGEN

Angst vor Dumpingpreisen

Düsseldorf – NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) will ein Landesrettungsdienstgesetz gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, nach dem Verträge mit Rettungsdiensten keine öffentlichen Aufträge mit strikten Vergaberichtlinien, sondern normale Dienstleistungen sind, durchsetzen. Die 47000 hauptberuflichen Rettungskräfte in Deutschland fürchten Billigkonkurrenz aus dem Ausland, weil ausländische Anbieter sich leichter um die Vergabe von Notfalleinsätzen und Krankentransporten bewerben können. Eine Qualitätsverschlechterung sei so vorprogrammiert. Steffens will dagegen hohe Ausbildungs- und Hygienestandards an die Konkurrenzdienste stellen. Außerdem sollen diese die Mitwirkung beim Katastrophenschutz gewährleisten. *MRK*

Vorrang der Ehe abschaffen

Stuttgart – Der Vorrang der Ehe vor anderen Partnerschaftsformen soll in Baden-Württemberg abgeschafft werden. Das sieht der 85-seitige Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vor. Das am 27. April der Öffentlichkeit vorgestellte Papier mit dem Titel „Der Wechsel beginnt“ bildet die Grundlage für die künftige grün-rote Landesregierung. Zu den radikalsten Vorstellungen von einem „weltoffenen Baden-Württemberg“ gehört die „Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern“. Dadurch werde das Land „ein neues, tolerantes Gesicht“ erhalten. Wörtlich heißt es: „Mit dem Credo ‚Gleiche Pflichten – gleiche Rechte‘ werden wir im gesamten Landesrecht dafür sorgen, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft im vollen Umfang mit der Ehe gleichgestellt wird.“ *idea*

Garching: Bilderfälscher

Wie AKW-Gegner den Münchner Forschungsreaktor bekämpfen

Das Geschäft mit der Atomangst hat Hochkonjunktur. Da wollen auch Bayerns Grüne nicht abseits stehen. Nachdem ihnen CSU-Umweltminister Markus Söder in Sachen AKW-Ausstieg den Wind aus den Segeln genommen hat, bleibt ihnen als Resthorror-Szenarium der Forschungsreaktor der TU in Garching bei München (FRM II): Er soll seit Jahren kräftig Rost angesetzt haben und darf daher, so die wenig überraschende grüne Forderung, nicht weiter betrieben werden, um Schlimmeres (also den GAU) zu vermeiden.

Zum Beweis legen die Grünen und die ihnen verbundene „Bürgerinitiative“ knallig bunte Fotos vor – etwas zu bunte, wie sich inzwischen herausstellt. Grünen-MdL Ludwig Hartmann will sie einem Gutachten der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung entnommen haben, das bislang „der Öffentlichkeit vorenthalten“, also geheimgehalten worden sei.

Tatsächlich gibt es ein solches Gutachten. Es stammt aus dem Jahre 2006, ist seither durchaus bekannt und von fünf weiteren unabhängigen Gutachtern sowie dem TÜV Süd gründlich überprüft worden. Dabei bestätigten sich seine Aussagen als so undramatisch, dass es niemandem „vorenthalten“ zu werden brauchte, sondern niemanden mehr interessierte.

Die Experten von der Bundesanstalt hatten „farbliche Ablagerungen“ von wenigen millionstel Millimeter Stärke festgestellt, die als „sicherheitstechnisch unbedeutend“ eingestuft, gleichwohl fotografisch dokumentiert wurden. Auch der TÜV kam 2008 zu dem Ergebnis, diese Verfärbungen seien „unbedenklich“ und beeinträchtigten „weder die Dichtigkeit noch die Integrität der Standsicherheit des Beckens oder der Einbauten“.

Offenbar wurden die Fotos nachträglich manipuliert

Damit war der Vorgang abgeschlossen. Außer für die AKW-Gegner. Sie kramten das Uralt-Gutachten wieder hervor, sprachen von einem „Nicht tolerierbaren Zustand“ und beschimpften die Betreiber des Forschungsreaktors, also die Uni München, als „Hasardeure, denen die Sicherheit egal ist“. Dass sie die Fotos, die diese massiven Vorwürfe angeblich belegen, manipuliert und nachträglich „koloriert“ hätten, bestreiten sie zwar. Doch sind die Unterschiede zwischen Originalbildern und jetzt vorgelegten „Beweisstücken“ unübersehbar.

Bei dem Münchner Forschungsreaktor handelt es sich um eine Neutronenquelle, die für Materialforschung sowie Grundlagenforschung in Chemie, Biologie und Medizin eingesetzt wird. Mit einem Kernkraftwerk ist der Reaktor überhaupt nicht vergleichbar. Seine Leistung liegt bei lediglich 20 Megawatt, die Blöcke der japanischen AKW haben jeweils bis zu 1100 Megawatt. Die Betriebstemperatur liegt bei 51 Grad gegenüber 250 Grad bei großen Siedewasserreaktoren. Daher kann hier selbst bei Ausfall aller Kühl- und Notkühlsysteme keine gefährliche Restwärme entstehen. Ferner ist das Reaktorgebäude auf Erdbeben und Flugzeugabstürze (bis hin zum Airbus A 380) ausgelegt.

Der FRM II wird mit hochangereichertem Uran (93 Prozent) betrieben. Daraus haben AKW-Gegner immer wieder den Verdacht abgeleitet, der Reaktor könne zu militärischen Zwecken missbraucht werden. Dies ist absurd, da erstens die maximal verfügbare Uranmenge in den Brennelementen für die kritische Masse einer Atombombe (24 Kilo) bei weitem nicht ausreichen würde und weil zweitens der Betrieb der Anlage einer lückenlosen Kontrolle der Internationalen Organisation in Wien unterliegt. *H.J.M.*

MELDUNGEN

China altert und wächst langsamer

Peking – Die Bevölkerung Chinas wächst langsamer und wird dabei zunehmend älter. Dies ergab die jüngste Volkszählung. Danach ist die Bevölkerungszahl in den vergangenen zehn Jahren nur noch um 0,57 Prozent jährlich auf nunmehr 1,34 Milliarden Menschen angestiegen. Doch waren im Jahre 2000 noch 23 Prozent der Chinesen unter 14 Jahre alt, so sind es nunmehr nur noch 16,6 Prozent. Als einschneidend bezeichneten chinesische Behörden vor allem, dass nun erstmals mehr Chinesen in Städten lebten als auf dem Land. Das belege den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. *H.H.*

Was bringt die Zuwanderung?

Kopenhagen – Dänemark hat durch seine verschärften Zuwanderungsregeln in der vergangenen Jahren 6,7 Milliarden Euro eingespart. Dies geht aus einer Berechnung der Regierung hervor, wonach indes „nicht-westliche Ausländer" das Königreich nach wie vor 2,3 Milliarden Euro jährlich kosten, während „westliche Ausländer" dem Gemeinwesen einen Überschuss von 295 Millionen Euro pro Jahr bescheren. In Dänemark regiert eine liberal-konservative Minderheitsregierung, die von der rechten Volkspartei toleriert wird. Das Land hat eines der strengsten Zuwanderungsregelungen Europas, zuletzt wurden auch die Möglichkeiten des Familiennachzugs noch einmal eingeschränkt. Zuwanderungsminister Søren Pind will das Land trotzdem noch fester verschließen vor Leuten, die Dänemark nur Lasten fielen, so der liberale Politiker zu den neuen Zahlen. Laut Meldungen verlassen Somalier Dänemark bereits in großer Zahl gen England. *H.H.*

Der Wink mit dem Schlagbaum

Illegale Zuwanderung: Berlusconi und Sarkozy setzen die Schengen-Staaten unter Zugzwang

Die Freiheit, ohne Pass durch 25 Länder reisen zu können, gilt als epochale Errungenschaft. Erstmals seit der Einführung durch den Schengener Vertrag von 1985 droht der grenzenlosen Freiheit der Europäer Gefahr, sollten sich die Regierungen beim EU-Gipfel Ende Juni nicht einigen.

Die europäische Integration sei wie ein Fahrrad: Sie müsse immer weiter voranfahren, sonst falle sie um. Wenn dieses Bild, das sich in den Köpfen zahlreicher europäischer Entscheidungsträger festgesetzt hat, zutreffen sollte, dann steht es schlecht um die weitere Vertiefung der Einheit Europas. Erstmals seit den Anfängen scheint die Integration nicht bloß zu stocken. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie in wesentlichen Feldern sogar teilweise rückabgewickelt wird.

Zwei Dinge seien es, an denen die Bürger der EU die Vorzüge der Einheit des Kontinents besonders direkt genießen könnten, heißt es: Am gemeinsamen Geld, das den Umtausch erspare, und am freien Reisen im Raum der Schengen-Staaten. Ausgerechnet in diesen beiden Feldern zeigen sich nun ernste Risse.

Nachdem die Euro-Krise allen Glanz vom „gemeinsamen Geld" hat abblättern lassen, gerät auch noch die Reisefreiheit in die Diskussion. Ausgelöst wurde der Streit durch die italienische Regierung, welche Touristenvisa an nordafrikanische Boots-Immigranten vergeben hatte, damit diese möglichst rasch weiterreisen konnten in andere Schengen-Staaten. Bald tauchten die ersten Personen mit solchen Visa in Paris und beim österreichischen Grenzposten am Brenner-Pass auf. Schließlich fingen französische Beamte einen Zug mit afrikanischen „Touristen" kurz hinter der Grenze zu Italien ab und schickten ihn zurück. Nun brannte zwischen Paris und Rom die Luft, heftige Beschimpfungen schossen zwischen beiden Hauptstädten hin und her.

Beim Gipfeltreffen des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und dem italienischen Premier Silvio Berlusconi in Rom wurden die Wogen zwischen den Ländern geglättet, doch was die beiden vereinbarten, alarmierte seinerseits Brüssel und die Politiker in anderen Schengen-Ländern wie Deutschland: Rom und Paris wollen, dass in „Ausnahmesituationen" Passkontrollen „vorübergehend" wiedereingeführt werden dürften. Dies sieht der Schengen-Vertrag von 1985 ohnehin vor, bislang jedoch nur zur Abweisung gewaltverdächtiger Fußballfans oder zur akuten Terrorabwehr. Nach dem Willen von Rom und Paris soll die Sonderregelung künftig auch für „massive Flüchtlingsströme" gelten.

Nachdem EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso den Vorstoß zunächst schroff ablehnte, signalisierte er tags darauf unerwartet Gesprächsbereitschaft.

> Die Grüne stemmen sich verbissen gegen jede Reform

Außenminister Guido Westerwelle verteidigte, offenbar eng abgestimmt mit der Bundeskanzlerin, Schengen als „großen Wurf", den es nicht preiszugeben gelte. Für „Verbesserungen" sei Berlin aber offen. Die Grünen indes sperren sich vehement gegen jede Veränderungen: „Völlig absurd", so die Grünen-Fraktionschefin im EU-Parlament, die Deutsche Rebecca Harms.

Die EU-Kommission unterzieht derzeit die französisch-italienischen Vorschläge einer ersten Prüfung, bis 10. Juni wird in Brüssel darüber eingehend beraten, so die Kommission. Beim kommenden EU-Gipfel Ende Juni soll dann eine Einigung erzielt werden.

Was bei dabei herauskommen dürfte, ist derzeit nur in Umrissen sichtbar: Zentral ist vor allem die Forderung Italiens nach mehr „Solidarität" der nördlichen Mitgliedsländern mit den Mittelmeer-Anrainern bei der Verteilung illegaler Zuwanderer aus Afrika. Berlusconi sprach angesichts von 26000 Menschen von einem „Tsunami", mit dem Italien alleingelassen würde.

Dies sorgte andernorts allerdings für Kopfschütteln, auch in Deutschland. Als Anfang der 90er Jahre bis zu 450000 Asylbewerber in einem einzigen Jahr in die Bundesrepublik strömten, war von „Solidarität" mit den Deutschen auch in Italien nicht die Rede. Es war allein ein deutsches Problem, das von den deutschen Behörden auch als solches behandelt wurde. Statt die Asylbewerber per Vergabe von Schengen-Visa quasi in andere Länder weiterzureichen, wurde sogar die Bewegungsfreiheit der Bewerber im Lande selbst vergleichsweise streng reglementiert.

Dennoch will Italien nun auf Lastenverteilung drängen, womit ein Kernproblem der europäischen Strukturen auch hier wieder zutage treten wird. Denn während die Kontrollen der Schengen-Außengrenzen weiterhin unter nationale Hoheit fallen, sollen die Folgen der nationalen Grenzpolitik offenbar europäisiert werden. Folgerichtig fordern die Anhänger einer wirksamen europäischen Grenzwache den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur „Frontex", was indes von den Grünen ebenso abgelehnt wird wie alle Änderungen am Schengen-Abkommen. Stattdessen fordert die Partei, mehr Auswanderungswillige aus Tunesien oder Libyen aufzunehmen.

Sollte eine für alle tragfähige Lösung Ende Juni verfehlt werden, könnte dies das Schengen-System tatsächlich in Gefahr bringen. Gelingt keine europäische Lösung, dürften die Staaten ihren Grenzschutz eigenständig wieder verstärken. Schengen würde so Schritt für Schritt zerbröseln. Ein Scheinkompromiss, derer es in der EU so viele gibt, würde von der Realität an den Grenzen und in den Übergangslagern schnell eingeholt werden und den Zerfall von Schengen nur umso wahrscheinlicher machen – ebenso wie die Scheinlösungen zur Eurokrise diese in letzter Konsequenz nur noch weiter verschärft haben. *Hans Heckel*



Berlusconi spricht von einem „Tsunami": Afrikanische Grenzübertreter in Süditalien Bild: imago

Suche fortgesetzt

USA: Atommüllendlagerplan verworfen

Der Sorge um ein tragbares Endlager für atomare Abfälle in den USA nimmt zu. Gegenwärtig, so steht es in einer Studie für den US-Kongress, strahlen mehr als 72000 Tonnen Atommüll von 131 Kraftwerken und Militäreinrichtungen in 30 Staaten der USA vor sich hin. Die Reste einer längst international umstrittenen Energiegewinnung werden in ähnlichen wassergekühlten Becken gelagert wie im japanischen Fukushima oder stehen in stählernen, Castor ähnlichen Behältern oft ungeschützt im Freien, und die Angst der Bevölkerung vor der tickenden Bombe nimmt angesichts des schleichenden Gaus in Japan zu, analog der Druck auf den Gesetzgeber. Dennoch setzt Präsident Barack Obama weiter auf Atomkraft und sieht sich somit wachsenden Endlagerproblemen gegenüber, da Zwischenlagerungen und Transporte mit hohen Risiken versehen sind.

Gegen das von Obama-Vorgänger George W. Bush vorgegebene Endlager in den Yucca-Bergen Nevadas hatte der Gouverneur des Staates, Kenny Gunn, schon 2002 ein Veto eingelegt. Obama gab ihm recht, doch eine Alternative fehlt noch. Immerhin waren von acht ursprünglich ins Auge gefassten Lagerstätten, drei und schließlich nur eine übrig geblieben, eben die Yucca-Mountains.

Das Gebiet, in das 300 Meter tiefe Schächte gegraben werden sollten, ist demnach von Erdbeben bedroht und Kritiker fürchten eine Verseuchung des Grundwassers durch den 10000 Jahre lang aktiven Abfall, wie sie bereits im Umfeld der französischen Aufbereitungsanlage La Hague in der Normandie feststellbar ist. Auch das ähnliche Werk im englischen Sellafield wird längst als schleichendes Tschernobyl eingestuft.

> Yucca-Berge doch nicht geeignet?

Sollte der Yucca-Plan mangels Alternative wieder aufgenommen werden, so dauert es nach Ansicht der Experten rund zehn Jahre, bis mit der Einlagerung begonnen werden kann. Dann ist der Abfallberg längst ungleich größer als die vorhandene Aufnahmekapazität der Schächte und das Problem schreibt sich fort. Der strahlende Müll muss über tausende von Kilometern transportiert werden, was für die Bürger von 43 US-Staaten eine zusätzliche Gefährdung bringt. Inzwischen droht außerdem längst eine Überlastung der bestehenden Zwischenlager. *Joachim Feyerabend*

Operettenkrieg um Unesco-Gelder

Thailands Grenzstreit mit Kambodscha: Das durchsichtige Spiel von Bangkoks Führung

Die Welt schüttelt den Kopf über das Kriegsgeplänkel zwischen Thailand und dem Nachbarstaat Kambodscha. Vordergründig geht es beiden Seiten bloß um die Einnahmen der wenigen Touristen, die den im 9. und 10. Jahrhundert durch das Reich der Khmer im Grenzgebiet zum heutigen Thailand erbauten buddhistischen Tempel („Wat") Preah Vihear besuchen. Wie das international mehr bekannte kambodschanische Angkor Wat gilt er als mittelalterliches Kleinod. Der wahre Hintergrund der andauernden Scharmützel allerdings ist das Ringen um Fördergelder der Unesco, Stimmenfang für die bevorstehenden Wahlen in Bangkok und die Stärkung der Macht des Militärs.

Die historischen Stätten der früheren Königsstadt Ayutthaya in Thailand weckten das Verlangen der Mächtigen in Bangkok überhaupt erst, nachdem Ayutthaya zum Weltkulturerbe erklärt worden war. Denn nun flossen für die Renovierung reichlich Unesco-Gelder in Thailands Hauptstadt. Das soll weitergehen. Allerdings moniert die Uno bereits, dass die Renovierung nur schleppend vorwärtsgehe und Gelder in andere Kanäle geflossen seien.

Jahrelang rottete der Tempel Wat Viehar im umstrittenen Grenzgebiet zwischen den beiden Staaten, von den Thais unbeachtet, vor sich hin. So erhob sich in Bangkok auch kein Protest, als er 1962 bei der Grenzfestsetzung in Den Haag den Kambodschanern zugesprochen wurde. Als die Unesco das Bauwerk vor zwei Jahren jedoch zum Weltkulturerbe erklärte, begann der Streit, der in den vergangenen Wochen zum offenen, bewaffneten Konflikt ausuferte.

Geldflüsse nach Kambodscha, das war Zündstoff in den Ohren der thailändischen Nationalisten, zu denen traditionell das Militär zählt. Sie monierten auf einmal, dass der Grenzverlauf falsch sei. Nun wurden akademische Experten bemüht, die anhand alter Landkarten und Urkunden den Beweis dafür erbringen sollten. Bisher gelang das allerdings nicht. Gleichwohl wird der Anspruch aufrecht erhalten. Denn dieses Jahr soll in Thailand eine neue Regierung gewählt werden. Soll, denn ob es dazu auch kommt, ist noch ungewiss. somit erst recht das Wie und Wann des Urnengangs.

Der amtierende Ministerpräsident Abishit Vejjajiva fürchtet um seine Wiederwahl. Vom Volk ungeliebt, von der Elite und dem Militär als zu schwach empfunden, markiert er plötzlich den starken Mann, kaufte sechs U-Boote in Deutschland und andere Waffen aus den USA auf. Damit will er, so fürchten Beobachter, nur Eindruck als besorgter Verteidiger des Vaterlandes schinden. Die Generäle sind's zufrieden. Ein General ohne Feind sei wie ein Arzt ohne Patienten, heißt es Bangkok.

> 1962 sprach Den Haag das Gebiet Kambodscha zu

Und der Feind liegt auf der Hand: Kambodscha. Die ersten Schüsse fielen. Einer beschuldigt den anderen, die Grenzen verletzt zu haben, wobei anzumerken ist, dass die Grenze zwischen Thailand und Kambodscha kein weißer Kreidestrich oder befestigter Zaun ist, sondern kaum erkennbar durch Gestrüpp, Täler und Anhöhen verläuft, ungenau oder gar nicht vermessen. Da kann es schon mal zu einem ungewollten Grenzübertritt kommen.

Bis vor kurzem störte das niemanden, und viele touristische Besucher der Tempelanlagen kamen sogar aus Thailand über die Grenze, da von dort der Zugang leichter ist als durch die Dschungel Kambodschas. Das hat sich geändert und signalisiert nichts Gutes: Der Sohn von Kambodschas Präsident Hun Sen, der jahrelang in der amerikanischen Armee gedient hat, wurde inzwischen als Oberkommandierender in die umstrittene Region gesandt. Vermittlungsversuche der UN und der Asean-Staaten brachten nichts. Im Gegenteil, Sondhi Limthongkul, Thailands ehemaliger Medienzar, Sohn chinesischer Emigranten, und im inner-thailändischen Politkampf als „Scharfmacher" bekannt, schlug bereits vor, in Kambodscha einzumarschieren und auch Angkor Wat zu besetzen.

Solche Gewaltakte dürften aber die Schwierigkeiten nicht aus dem Weg räumen, mit denen das Königreich konfrontiert ist: Das Land ist weiterhin heftig zersplittert, der Unterschied zwischen der Landbevölkerung und der Zentralregion Bangkok immens, im Einkommen wie auch in der Bildung. Die Preise steigen rapide – die Löhne nicht. Im Süden rebellieren moslemische Separatisten. Seit Jahren bomben sie den Terror in die Bevölkerung. Auch der Norden um Chiang Mai opponiert gegen die Bangkoker Politszene. Doch anstatt diese Probleme anzupacken, beschwören Thailands Mächtige bloß die nationale Einheit und freuen sich über den äußeren Feind Kambodscha. *Joachim Feyerabend*

Irgendeiner zahlt schon

Unsolides Wirtschaften ist in der Politik Gang und Gäbe – Verschiedene Transfersysteme machen es möglich

Langfristig geplante Projekte spontan zurückzunehmen liegt offenbar derzeit im Trend. Nicht nur die Unternehmen leiden darunter, ihnen bleibt immerhin noch der Klageweg, die Zeche am Ende zahlt immer öfter der Steuerzahler der Zukunft.

Bisher war Deutschland im internationalen Vergleich ein solider Wirtschaftsstandort, der Unternehmen langfristiges Planen möglich machte. Doch zahlreiche politische Entscheidungen der letzten Monate dürften in so mancher Konzernzentrale, aber auch in so manchem Handwerksbetrieb und Bauunternehmen entnervte Reaktionen ausgelöst und sogar vorliegende Pläne über den Haufen geworfen haben. Immerhin hat der Protest zahlreicher Kommunen und lokaler Gewerbebetriebe in Rheinland-Pfalz nun mit dafür gesorgt, dass der seit Jahren geplante 330 Millionen Euro teure Hochmoselübergang gebaut wird. Dies war bis vergangenen Montag noch ungewiss, denn aufgrund des Umstandes, dass die SPD-Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsident Kurt Beck bei der Landtagswahl Ende März die Mehrheit verloren hatte, musste sie sich die Grünen als Koalitionspartner mit in die Regierung holen. Die Grünen waren aber gegen das Projekt und hatten im Wahlkampf zahlreiche Bürgerinitiativen, die sich Sorge um ihren ungestörten Moselblick gemacht hatten, unterstützt. Doch nachdem der Bund in Person von Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) verkündet hatte, er wolle sich die von Berlin finanzierten bereits verbauten und verplanten 180 Millionen Euro von der Landesregierung zurückzahlen lassen, wenn das Projekt aufgegeben würde, knickten die Grünen ein.

Doch als Gegenleistung für ihr Entgegenkommen ließen sich die Grünen den Verzicht auf den Bau einer anderen bereits geplanten Brücke von der SPD auf dem Altar der Koalition opfern.

In Nordrhein-Westfallen ist währenddessen die Zukunft des Kohlekraftwerkes Datteln noch immer ungewiss. Zwar regiert Hannelore Kraft (SPD) nun bald schon ein Jahr mit den Grünen zusammen in Düsseldorf, doch bisher hat man eine Entscheidung zu dieser Frage vermieden. Eon baut derzeit mit 900 Arbeitern weiter an den Kraftwerkteilen, für die eine Genehmigung vorliegt. Bei anderen Teilen herrscht derzeit ein Baustopp, doch der Energieversorger setzt darauf, dass es das zwei Milliarden Euro teure Kraftwerk Ende 2012 ans Netz nehmen kann, denn das massiv überschuldete Land Nordrhein-Westfalen, dessen Nachtragshaushaltsgesetz 2010 vom Verfassungsgerichtshof NRW als verfassungswidrig erklärt wurde, müsste mit massiven Schadensersatzklagen von Eon rechnen.

Auch die neue grün-rote Regierung in Baden-Württemberg dürfte, so das umstrittene Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 gekippt wird, mit Schadensersatzansprüchen rechnen, denn außer mit der Bahn gibt es zahlreiche Verträge mit Bauunternehmen, die das seit Jahren geplante Vorhaben umsetzen sollen. Und die schwarzgelbe Bundesregierung sieht sich wegen ihres Atom-Moratoriums einer Schadensersatzklage des Energieerzeugers RWE gegenüber.

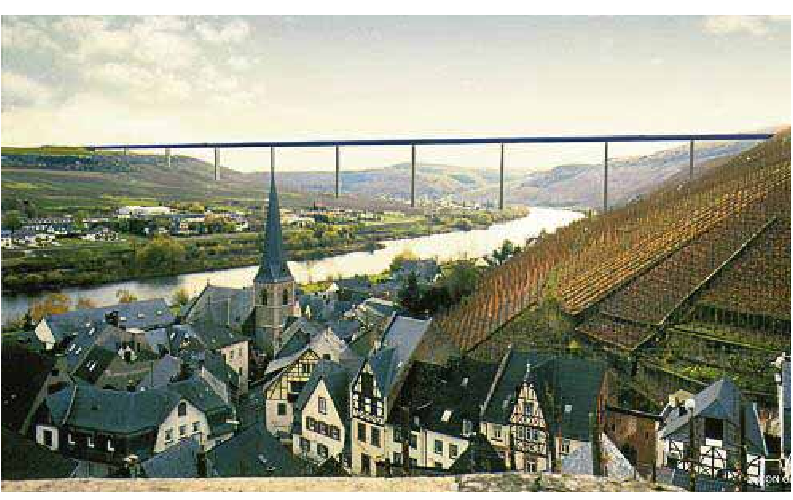
Hessen und Bayern wehren sich

Doch selbst Klagen von verärgerten Unternehmen und sogar untereinander scheinen die politische Klasse bezüglich politischer Kehrtwenden und unsolider Haushaltsführung nur mäßig zu beeindrucken. Irgendwer zahlt auch hier. So ist Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) fest überzeugt, weiter mit rund 2,9 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich rechnen zu können. „An der Frage des solidarischen Ausgleichs darf in einem föderalen Staat niemand rütteln. Dagegen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anzustrengen, ist aus meiner Sicht chancenlos“, so Wowereit, der sich im Herbst bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin wiederwählen lassen will.

Der Länderfinanzausgleich ist nur ein Beispiel dafür, dass es durchaus möglich ist, jemanden zu finden, der unsolide, nicht auf langfristigen Planungen beruhende Regierungsführung finanziert. Nicht von ungefähr regen sich Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, die drei Hauptnettozahler in den 6,9 Milliarden Euro umfassenden Finanzausgleich, darüber auf, dass es in diesem Land rechtens ist, wenn überschuldete Nettoempfänger wie NRW Studiengebühren abschaffen beziehungsweise wie Berlin gar nicht einführen, während man selbst als Nettozahler sich derartiges nicht leisten kann.

Die neue grün-rote Regierung in Stuttgart will nun aber auch die Studiengebühren bei sich im Ländle wieder abschaffen, plant eine teure Energiewende und kann noch nicht sagen, wie teuer Stuttgart 21 (Volksentscheid im Herbst) noch wird, daher möchte auch sie gegen die jetzige Form des Länderfinanzausgleiches vorgehen. Der neue Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) will allerdings erst einmal eine Föderalismuskommission III anstreben, bevor er klagt. Bayern und Hessen dürfte der Weg zu langwierig sein, zumal auch sie ihr Geld selber gut gebrauchen könnten. Bayern wie auch Hessen müssen schon innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen genügend Transferleistungen in strukturschwache Regionen leisten, dass für Solidarität außerhalb der eigenen Landesgrenzen eigentlich kein Geld mehr übrig ist. 23 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsproduktes werden in München und Umgebung erwirtschaftet, andere Regionen hingegen sind derart strukturschwach, dass die jungen Leute flüchten und nur die Alten zurückbleiben. Ein solides Wirtschaften ist den Kommunen hier kaum noch möglich und sie finanzieren immer öfter ihre regulären Ausgaben über Kredite.

Eine schnelle Lösung im Länderfinanzausgleich ist allerdings nicht zu erwarten, wird dieser doch derzeit gerade sozusagen auf EU-Ebene ausgeweitet. Und schließlich wurde der kurz nach der Wende 1991 eingeführte, erst 2019 auslaufende Solidaritätszuschlag trotz falscher Anreize und unfairer Komponenten wie über Kredite finanzierte Soli-Beiträge von selbst überschuldeten Kommunen nicht maßgeblich überarbeitet. Allerdings dürfte der derzeit laufende Zensus 2011, die erste Volkszählung seit 1987, eine Veränderung im Länderfinanzausgleich bewirken. Da die Beträge von der Einwohnerzahl abhängig sind, dürfte so manche Kommune oder Stadt demnächst eine böse Überraschung erleben. Allein für Berlin wird davon ausgegangen, dass hier 200 000 Einwohner weniger leben als bisher angenommen. *Rebecca Bellano*



Computersimulation der Hochmoselbrücke: Der im Bau befindliche Übergang wird weitergebaut. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Rückzug aus Russland: Die britische Großbank HSBC zieht sich zum 30 Juni mit ihrem Privatkundengeschäft vom russischen Markt zurück. Sie folgt mit diesem Schritt anderen westlichen Banken, wie der spanischen Banco Santander, der britischen Barclays Bank oder der schwedischen Svedbank. Erfolgreich behaupten gegen die erstarkenden einheimischen Staatsbanken konnten sich Institute, die bereits frühzeitig auf dem russischen Markt präsent waren. dazu zählen etwa die österreichische Raiffeisen Bank International und die Bank Austria. *N.H.*

Privatkrieg vor Somalia: Der führende britische Versicherer Jardine Lloyd Thompson, der weltweit 15 Prozent aller Handelsschiffe versichert, organisiert zur Zeit eine private Flotte von 18 Kanonenbooten zur direkten Bekämpfung der Piraten vor der somalischen Küste und im Indischen Ozean. Die Boote sollen Frachtschiffe durch den Golf von Aden in den Ozean und die Arabische See begleiten. Die Firma arbeitet dabei mit der Londoner Sicherheitsfirma BTG Global Risk Partners zusammen, deren Gründer Liam Morrissey ein früherer Major der kanadischen Streitkräfte ist. Nach Berechnungen der Versicherungswirtschaft belaufen sich die jährlichen Schäden durch Piraterie allein in dem angepeilten Gebiet, das jährliche etwa 30 000 Schiffpassagen sieht, auf 3,2 Milliarden Dollar und zusätzlich auf 2,9 Milliarden für die Rückführung der Schiffe via Kap der Guten Hoffnung. *J.F.*

Notenbankpräsident ermahnt Bundesbank: Eine Vorbildrolle für die Bundesbank hinsichtlich der Stabilitätspolitik hat der luxemburgische Notenbankpräsident Yves Mersch gefordert. Die Bundebank solle ihre Vorbild- und Führungsrolle in aller Bescheidenheit ohne die Attitüde des Lehrmeisters ausfüllen. Das werde in anderen Euro-Ländern nicht unbedingt Beifall auslösen, aber letztlich doch als Vorbild dienen. *PAZ*

Sinnloses Wassersparen

Deutsche müssen zahlen, obwohl das Problem in Südeuropa liegt

Beinahe im Wochenrhythmus werden von den EU-Kommissaren Vorhaben für die Zukunft präsentiert. Derzeitiges Lieblingsprojekt des slowenischen EU-Umweltkommissars Janez Potocnik ist die Abwendung einer Wasserknappheit, von der bis 2050 zahlreiche Regionen des Kontinents betroffen sein sollen – so die düstere Prognose aus Brüssel. Abhilfe soll eine neue Richtlinie zur Gebäudeeffizienz schaffen, die den Wasserverbrauch um 30 Prozent vermindern soll. Für Deutschland würde dies bedeuten, dass der durchschnittliche Verbrauch von 122 Litern pro Tag und Kopf, nochmals auf zirka 86 Liter abgesenkt wird. Bei über 25 Millionen Eigenheimen und Wohnungen in Deutschland, könnten sich hiesige Hausbesitzer und Vermieter mit geschätzten Investitionskosten von bis zu zehn Milliarden Euro für Wasser sparende Armaturen und WC-Spülungen konfrontiert sehen.

Diese Milliardenkosten sind nur die eine Seite der mit der Richtlinie verbundenen Kostenlawine: Aufgrund des geringen Verbrauchs der Haushalte müssen immer mehr Abwasserleitungen in Deutschland von den Versorgern zusätzlich mit Frischwasser durchspült werden, um einen Durchfluss zu gewährleisten. In der Rangfolge der Verbraucher rangieren die privaten Haushalte ohnehin hinter der Industrie und dem Hauptverbraucher Landwirtschaft.

EU-Spitzenreiter beim Wasserverbrauch ist Spanien. Obwohl dort die Bedeutung der Landwirtschaft seit 1990 stetig abnimmt, steigt der Wasserverbrauch der spanischen Landwirtschaft doppelt so schnell wie der anderer Wirtschaftsbereiche. Neben maroden Leitungsnetzen in denen Wasser einfach versickert, geht ein Großteil des spanischen Wasserverbrauchs auf das Konto von intensiv bewirtschafteten Flächen mit hohem Verbrauch. Die Missstände um den spanischen Wasserverbrauch sind auch in Brüssel seit langem bekannt, schon im Jahr 2003 gab es Schätzungen, dass 45 Prozent der Wassermenge zur Bewässerung ohne jede Kontrolle gefördert werden. Der Anteil illegaler Brunnen ohne Registrierung und Kontrollen wird von der Naturschutzorganisation WWF auf über eine halbe Million geschätzt. Genutzt wird das Wasser obendrein sehr ineffektiv: Das wasserarme Israel braucht pro Tonne erzeugtem Gemüse nur ein Zehntel der Wassermenge, die dafür in Spanien aufgewendet werden. Erleichtert wird den spanischen Landwirten der sorglose Umgang mit der knappen Ressource durch Kommunen, die Wasser fast kostenlos bis an den Feldrand liefern.

Statt europaweiter Reglementierungsmaßnahmen durch Umweltkommissar Potocnik wäre EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia wohl der richtige Mann, um in seinem Heimatland die Subventionierung der spanischen Landwirte durch nicht kostendeckende Wasserpreise zu beenden – der sparsame Umgang mit Wasser wäre dann quasi ein natürlicher Nebeneffekt. *Norman Hanert*



Erdbeerernte in Spanien

Künstliche Krise

Russische Ölfirmen wehren sich mit Benzinverknappung

Lange Autoschlangen vor Zapfsäulen, Wartezeiten bis zu anderthalb Stunden und rationierter Benzinverkauf in 20-Liter-Kanistern - so etwas hatten die Russen zuletzt im Herbst 2000 erlebt. Seit Ende April sind jedoch an vielen Tankstellen des Riesenreichs Diesel und Normalbenzin knapp. Was in der Altai-Region begonnen hat, wirkt sich allmählich auch auf die westlichen Regionen aus: Jede zehnte ist derzeit von Sprit-Mangel betroffen. Bald werden auch die Metropolen St. Petersburg und Moskau betroffen sein. Preissteigerungen für das defizitäre Gut sind die Folge. Die Autobesitzer mussten vielerorts umgerechnet 20 Cent mehr berappen. An einigen Stellen kam es deshalb bereits zu Hamsterkäufen beim Normalbenzin, das umgerechnet 70 Cent pro Liter kostet.

Wie kann es in einem Land, das selbst Öl fördert, zu einem Benzindefizit kommen, mögen sich viele gefragt haben. Der Grund dafür ist in marginalen Fehlern der Putinschen Wirtschaftspolitik zu suchen. Bis heute existiert in Russland - ähnlich wie in Deutschland - kein offener Markt im Bereich der Energiewirtschaft. Wenige Monopolisten haben den Markt seit langem unter sich aufgeteilt. Energieriesen wie „Gazprom“ und „Rosneft“ könnten jederzeit ein künstliches Benzindefizit auslösen, Preise erhöhen oder unliebsame Lieferanten aus dem Verteilernetz herauskegeln.

Genau das scheint im Altai-Gebiet passiert zu sein. Die Tankstellenbetreiber beklagten, dass „Gazpromneft“ und „Rosneft“ die Belieferung von Großhändlern begrenzt hätten. Die Konzerne berufen sich jedoch auf den Preisanstieg auf dem Weltmarkt, führen zudem hohe Steuern und Fehler beim Börsenhandel als Erklärungen an. Gegenüber Igor Artjomow, dem Chef des Antimonopoldientes (FAS) redeten sie sich mit notwendigen Wartungsarbeiten an den erdölverarbeitenden Fabriken in Sibirien heraus.

Vorwahlkampf: Putin forderte niedrigere Benzinpreise

Der Hintergrund für das Benzindefizit liegt jedoch woanders. Die Konzerne nutzen die Rohstoffverknappung im Binnenland als Druckmittel gegen die Regierung, die sich massiv in die Preisgestaltung auf dem Binnenmarkt einmischt. Erst im Februar hatte Wladimir Putin von den Ölkonzernen Preissenkungen für Benzin gefordert, dem diese nachgekommen waren. Rosneft & Co. nutzten ihre Chance dann aber doch lieber auf dem Exportmarkt. Dank der gestiegenen Rohölpreise können sie hier Gewinne einfahren, die an die Anfangszeiten des neuen Reichtums erinnern, die das „schwarze Gold“ den Oligarchen beschert hat. Dass die Benzinpreise in Russland für die Unternehmen unrentabel sind, ist kein Geheimnis. Ein künstlich niedrig gehaltener Benzinpreis dient lediglich der Politik. Für Putin und Medwedew hat der Wahlkampf ums Präsidentenamt, das 2012 neu besetzt wird, längst begonnen. Vor allem für Putin, der sich gerne volksnah gibt und mit vollmundigen Versprechen nicht spart, bedeutet die Benzinkrise eine Schlappe.

Der Regierung scheinen die Mittel gegen die Konzerne auszugehen, denn bis auf weiteres dürfen diese keinen Sprit ins Ausland exportieren. Zuerst soll der Binnenmarkt versorgt wieder werden. . *Manuela Rosenthal-Kappi*

Gaddafi im Visier

Von Wilhelm v. Gottberg

In Libyen nichts Neues. Bürgerkrieg, Elend, Hunger, Zerstörung und massenhaftes Sterben bestimmen den Alltag. Die Nato – ein europäisch-atlantisches Verteidigungsbündnis – gewährt den Aufständischen massive militärische Luftunterstützung im Kampf gegen die Regierungstruppen. Die Hoffnung, dass das Gaddafi-Regime nach einigen harten Schlägen der Nato-Luftwaffe zusammenbrechen werde, hat getrogen. Nun hofft man, durch die Ausschaltung Gaddafis den Widerstand der Regierung zu brechen. Dies soll durch punktgenaue Luftschläge erreicht werden. Dazu setzen die USA ferngesteuerte besatzungslose Flugkörper, „Drohnen“, ein. Zwei Angriffe auf Gaddafi-Residenzen – irreführend militärische Kommandozentralen genannt – führten nicht zum Ziel. Es starben aber unbeteiligte Zivilisten. Diese Attacken sind weder vom Kriegsvölkerrecht noch der UNO-Resolution 1973 gedeckt. Die Nato hat sich im Libyen-Konflikt tiefer und auch länger verstrickt, als ihr lieb sein kann. Schlimmer ist, dass nach einem Waffenstillstand niemand sichtbar ist, der eine stabile Nachkriegsordnung im Wüstenstaat herbeiführen kann. Es droht ein Scherbengericht.

Verrat am Wähler

Von Eberhard Hamer

Zurzeit ist die FDP nach dem größten Höhenflug in ihrer größten Krise. Dies hat personelle, aber auch sachliche Gründe: Wie kommt es, dass ein FDP-Vorsitzender, der den größten Sieg seiner Partei einfahren konnte, also überzeugt hatte, nach nicht einmal zwei Jahren in der Bevölkerung und der eigenen Partei nicht mehr als glaubwürdig gilt?

Guido Westerwelle hatte bei der letzten Wahl eine Entlastung von Bürokratie und Steuern versprochen. Deshalb hatte er vor allem den selbständigen Mittelstand hinter sich bringen und Wähler von der CDU herüberziehen können. Den Entlastungsversprechen sind aber nur schwache Taten (Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer der Hotels) und weitere Steuererhöhungen gefolgt. Westerwelle hat sich in den meisten Steuerentlastungsvorschlägen von Schäuble ausbremsen lassen.

Vor allem aber haben Westerwelle und die FDP in der Verschuldungswelle Deutschlands anlässlich der Euro-Rettung – letztlich für die internationalen Banken – nicht nur keinerlei Widerstand geleistet, sondern auch einen Wohlstandsverlust für Generationen akzeptiert. Die FDP-Führung hat damit den internationalen Finanzmärkten gehorcht, den Wähler aber verraten und dem Bürger mehr geschadet als je zuvor.

Dies zu übersehen war ein geschichtlicher Fehler. Je mehr sich in der Zukunft der Wohlstandsabfluss Deutschlands an die europäischen Pleitestaaten zeigt, desto mehr wird der Bürger dies auch in seinem Portemonnaie fühlen, desto stärker wird das Thema der Verarmung Deutschlands den Schuldigen angelastet werden. Auch die CDU wird das noch spüren.

Pulverfass Syrien

Von Jan Heitmann

Die US-Amerikaner zelebrieren das Ende von Osama bin Laden. Es ist nicht nur die Freude über den Erfolg in der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus, der sie beseelt, sondern sie vergewissern sich ihrer eigenen Stärke. Es wäre aber fatal, wenn der nationale Jubel darüber zu neuen Machbarkeitsfantasien führen würde. Das gab es schon einmal: Unter dem Eindruck des erfolgreichen Feldzuges gegen das Taliban-Regime gelang es den USA 2003, ihre Verbündeten in den Irakkrieg zu ziehen. Zwar wurde dadurch ein grausamer Diktator beseitigt, zugleich aber das Land bis heute destabilisiert. Ähnliches könnte der westlichen Staatengemeinschaft in Libyen blühen, wo sie unter großzügiger Auslegung des UN-Mandats an einem Regimewechsel arbeitet.

Auch in Syrien herrscht ein rücksichtsloser Diktator, der gegen das eigene Volk vorgeht. Doch dort zu intervenieren hieße, die Lunte an ein Pulverfass zu legen. Zunächst ist die syrische Armee deutlich stärker als die Gaddafis und wäre nur mit größtem militärischen Aufwand zu besiegen.

> Eine Intervention wäre ein gefährliches Risiko

Außerdem ist das Assad-Regime in Damaskus der einzige Verbündete des Iran. Wer es von außen angreift oder die Oppositionsbewegung militärisch unterstützt, muss mit heftigen Reaktionen aus Teheran rechnen. Diese können von schwindender Verhandlungsbereitschaft hinsichtlich des Nuklearprogramms bis hin zu der gezielten Destabilisierung von Ländern führen, in denen der Iran Einfluss hat. Zudem würde eine Intervention die äußerst fragile Sicherheit im Nahen Osten ins Wanken bringen. Zwischen Syrien und Israel herrscht offiziell Kriegszustand. Auch wenn ein Machtwechsel im Nachbarland von der israelischen Regierung begrüßt würde, fürchtet sie doch die Reaktionen des Assad-Regimes. So könnte der syrische Diktator mit Provokationen gegen Israel antworten, um innere Geschlossenheit in seinem Land zu erzeugen. Dabei stünde ihm die gut ausgerüstete schiitisch-libanesische Hisbollah-Miliz ebenso zur Seite wie die Hamas-Bewegung, die den Gaza-Streifen beherrscht. Beide könnten auf Wunsch Syriens jederzeit militärisch gegen Israel losschlagen. Schließlich agiert Syrien als Schutzmacht des Libanon, in dem es erheblichen Einfluss hat. Eine Destabilisierung Syriens würde unweigerlich zu einer Destabilisierung des Libanon führen. Und, nicht zu vergessen, im Norden grenzt Syrien an das Nato-Mitglied Türkei, die schon allein wegen ihrer geographischen Lage in den Konflikt hineingezogen würde.

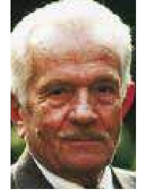
Die Allianz mit dem Iran und die Verwicklung Syriens in den Nahostkonflikt bergen ein enormes Risiko, das selbst Kriege und die Destabilisierung der gesamten Region nicht ausschließt. Auch wenn die USA derzeit vor Selbstbewusstsein strotzen mögen, gilt für sie und ihre Verbündeten im Fall Syrien: Finger weg!



Das Lachen dürfte ihnen schnell vergehen, sollte der Westen in Syrien intervenieren: Die Präsidenten (v. li.) Abdullah Gül (Türkei), Mahmud Ahmadinedschad (Iran) und Baschar al-Assad (Syrien).

Bild: I. Usta/dapd

Moment mal!



Sarrazin: Es geht ihm nicht um Muslime, sondern um Deutsche

Von Klaus Rainer Röhl



Am Gründonnerstag wurde das Parteiausschlussverfahren der SPD gegen ihr Mitglied Thilo Sarrazin eröffnet und nach fünf Stunden auch abgeschlossen. Doch er hat seine innerhalb seiner Partei umstrittenen Thesen zur Integration nicht widerrufen, anders als weiland Galileo Galilei vor der Inquisition. Die Tatsachen stehen wieder auf den Füßen. Auf dem Kopf stehen nach wie vor Sarrazins Gegner in der Partei und alle, die versuchten, sein Buch zu diffamieren oder zu verfälschen.

Am 30. August 2010 erschien, nach Vorabdrucken in der „Bild“ und im „Spiegel“ Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“. Hier beschrieb der SPD-Politiker und Bundesbanker die Folgen, die sich seiner Ansicht nach für Deutschland aus der Kombination von Geburtenrükkgang, wachsender Unterschicht und Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern ergeben würden. Sarrazins Thesen erzeugten, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch kaum einer das Buch gelesen hatte, einen Sturm der Entrüstung und erhebliches Echo in den Medien. Dann kam das mediengemachte Missverständnis mit den „Juden-Genen“. Nun hieß es, Sarrazin müsse nicht nur aus allen Ämtern bei der Bundesbank entfernt, sondern auch aus der SPD ausgeschlossen werden. Unterdessen überstieg die Auflage seines Buches die Millionengrenze. Die SPD-Zentrale wurde mit Sarrazin zustimmenden Briefen und Mails förmlich überschüttet. So änderten die Gegner der Aufklärung bald ihre Taktik. Nach dem unerwarteten Erfolg des Sarrazin-Buches war schon im Herbst auch die gute alte Tante „Zeit“ scheinbar auf den Trend eingeschwenkt und hatte das Wort dem Senior der deutschen Linksintellektuellen, Hans-Ulrich Wehler, erteilt, einem der Hauptgegner Ernst Noltes beim Historikerstreit. Was war geschehen? Linke Einsicht in das Notwendige? Ich würde eher denken, die Katze lässt das Mausen nicht. Dennoch ist erstaunlich, dass Wehler Sarrazin vom Vorwurf des Biologismus und Rassismus freisprach. Ja, aber ... Doch es war offenkundig, dass Wehler im Gegensatz zu den meisten Sarrazin-Kritikern dessen Buch gelesen hatte.

> Buch heißt nicht: »Wie man muslimische Einwanderer besser integriert«, sondern ...

Als der erste Schock über Sarrazins durchschlagenden Erfolg vorbei war, begannen kluge Gegner eine Strategie zu entwickeln. Einer der wichtigsten Bestandteile dieser neuen Linie war: Er hat recht, wir brauchen mehr Integration. Man tat so, als hätte Sarrazin nicht mehr und nichts weniger analysiert, aufgezeigt und gefordert, als die stärkere Integration der „Migranten“. Dieses bewusst falsche, also verfälschende Wort setzt sich seit einiger Zeit immer mehr im Sprachgebrauch durch, bleibt aber falsch. Es gibt Emigranten (Auswanderer) und Immigranten (Einwanderer). „Migranten“ (= Wanderer) soll die Unterschiede zwischen sesshaft gewordenen Gastarbeitern, Scheinasylanten und einfach Illegalen ins Allgemeine verwischen. Wie nach einer einheitlichen Sprachregelung sprach und schrieb man nur noch von „Wanderern“. Hier wird die Vorsilbe von Ein-wanderer oder Aus-wanderer weggelassen, um die Frage der Zulässigkeit von Ein- oder Auswanderung gar nicht erst zur Debatte zu stellen. Sie sind eben „da“, soll das heißen. Millionen Migranten, vorwiegend Muslime, sind einfach da. Friss oder stirb, deutsches Volk.

In dem „Zeit“-Artikel von Hans-Ulrich Wehler können wir die zweite Phase im Kampf gegen Sarrazin ausmachen. Sie bestand darin zu erklären, Sarrazin habe recht! Obwohl Rassist, also je nach Sichtweise des Kommentators wahlweise gefährlich oder lächerlich, habe er doch den Finger auf die richtige Wunde gelegt, weil er das so wichtige Thema der mangelnden Integration der „Migranten“ aufgebracht, also die mangelnden Deutschkenntnisse, auch die oft geradezu strikte Verweigerung der Integration durch einen Teil der Ausländer beim Namen genannt habe. Plötzlich hieß es überall, man müsse über die Versäumnisse der deutschen Politik reden, es müsse dringend etwas für die Eingliederung der „Migranten“ getan werden. Es begann die Phase der scheinbaren Anerkennung des Rebellen, das Einschwenken auf eine schiefe Linie: „Sarrazin hat recht, aber ... “. Aus der Aufklärung über die gefährliche, an die Grenzen des Erträglichen stoßende Belastung der deutschen Gesellschaft mit Millionen mehrheitlich muslimischen Einwanderern und der Aufklärung über ihre Herkunft aus bildungsfernen, teilweise sogar analphabetischen, aber außerordentlich kinderreichen Unterschichten soll plötzlich ein edler Wettstreit um mehr Sprachkurse für türkische Zwangsbräute, mehr Kindergartenplätze und Ganztagsschulen für ihren schnell wachsenden Nachwuchs werden. Als wenn das das Problem wäre. Erinnern wir uns doch daran, welchen Titel Sarrazins Buch hat. Sein Titel lautet nicht „Wie man die muslimischen Einwanderer besser in Deutschland integriert“, sondern es heißt bis heute – immer noch auf der Bestsellerliste des „Spiegel“ nachzulesen: „Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“. Es ist das Buch eines Deutschen, der in großer Sorge ist, dass wir Deutschen uns selbst als Volk abschaffen und langsam aus der Geschichte verschwinden – in einer Weise, wie selbst die schlimmsten Deutschlandhasser Henry Morgenthau jr. oder der amerikanische Rassenforscher Ernest Hooton 1944 es nicht zu hoffen gewagt hatten.

> »Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen«

Sarrazin beschreibt im letzten Kapitel seines Buches einen Albtraum: „Seit Herbst 2017 führte Angela Merkel eine schwarz-grüne Bundesregierung. Das Kapitel zu Migration und Integration in der Koalitionsvereinbarung war besonders lang. Es wurde bekräftigt, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei; der wachsende Einfluss fremder Kulturen sei für das Land eine Bereicherung ... Bereits von 2015 an hatte sich die jährliche Einwanderung deutlich erhöht; etwa die Hälfte der Immigranten kamen im Rahmen des Familiennachzugs, bei der anderen Hälfte handelte es sich überwiegend um Wohlstandsflüchtlinge aus Afrika sowie Nah- und Mittelost. Das Asylrecht und andere Einreisehemmnisse stellten infolge der Duldungsregelung keine großen Hindernisse mehr dar: Wer es nach Deutschland geschafft und sich sechs Monate keiner kriminellen Vergehen schuldig gemacht hatte, erhielt automatisch eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und vollen Anspruch auf Sozialleistungen wie jeder deutsche Staatsangehörige ...

Im Jahre 2100 konnte der kritische Historiker beim Blick in die Vergangenheit zufrieden registrieren, dass Deutschland seine demografischen Probleme vorbildlich und multikulturell korrekt gelöst hatte. Zwar war die Bundesrepublik im Lebensstandard weit hinter China zurückgefallen, auch Indien hatte Deutschland im Pro-Kopf-Einkommen überholt, aber man zeigte der Welt, dass sich die Probleme friedlich lösen ließen.“

Sorgen wir dafür, dass Sarrazins Satire nicht eines Tages Wirklichkeit wird. Diejenigen, die diese Sorge umtreibt, werden täglich mehr. Nicht nur in Finnland. Überall in Europa. Auch in Deutschland. Das Rad der Geschichte dreht sich nach vorwärts und nicht zurück. Und sie, die Erde, bewegt sich doch.

Klaus Rainer Röhl beendet gerade sein Buch „Sarrazin auf die Füße gestellt“. Es erscheint im Spätsommer, Universitas Verlag, München und Wien.

Tierbildhauer mit eigenem Maß

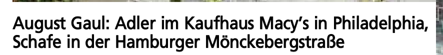
Eine Ausstellung in Schweinfurt geht den Spuren der Werke von August Gaul nach

Er zählt zu den ersten modernen Bildhauern, da er sich von der Tradition löste, nur Auftragsarbeiten auszuführen. Der Bildhauer August Gaul gab dem Tier Würde und Charakter. Eine Ausstellung in Schweinfurt geht den Spuren seiner Werke nach.

Wenn morgens der Metrobus wieder einmal schneller ist als die Chronistin, dann gibt es zehn Minuten zum Atemholen. Zehn Minuten, um Kunst am Wegesrand zu bestaunen. Mitten im Trubel des „Einkaufsparadieses“ Mönckebergstraße in Hamburg sind vor der Fassade eines typischen Backsteinbaus der Hansestadt die Figuren von sechs Schafen zu entdecken. Im Laufe der Zeit von grüner Patina überzogen, stehen sie da und lassen sich von der Hektik des Alltags nicht beeindrucken.

Schafe mitten in der City? fragen von außerhalb Zugereiste. Die Plastiken stammen von dem Tierbildhauer August Gaul (1869–1921), der damit das 1913 von Fritz Höger errichtete ehemalige Klöpperhaus, benannt nach dem Bauherrn und Inhaber des Wollhandelshauses Adolf Klöpper, verzierte. Ursprünglich war auch eine lebensgroße Statue des Gottes Merkur in die Fassade integriert. 1942 wurde der Merkur jedoch wegen seines angeblich jüdischen Aussehens demontiert und gelangte zunächst in eine private Sammlung, 1949 dann als Geschenk in die Hamburger Kunsthalle.

August Gaul, dem lange von der Kunstszene Vergessenen, begegnet man derzeit in einer Ausstellung im Museum Georg Schäfer in Schweinfurt. Dort werden 50 Plastiken und Skulpturen sowie 40 graphische Arbeiten des 1869 in Großauheim, Kreis Hanau, Geborenen gezeigt. Die Ausstellung präsentiert mit Gaul einen der ersten modernen Bildhauer in Deutschland. Indem August Gaul sich in erster Linie der Darstellung von Tieren widmete und nicht – wie seiner Zeit üblich – monumentale Denkmäler schuf, löste er sich von der Tradition, vorrangig Aufträge auszuführen. Bei ihm ist das Tier kein Sinnbild mehr für Macht oder Stärke (Löwe, Bär, Adler), sondern ein Lebewesen mit eigener Würde und eigenem Charakter. Nicht zuletzt deshalb wurden seine Arbeiten bald von der Bevölkerung sehr geschätzt – kaum eine Stadt, die nicht einen „Gaul“ vorweisen konnte. So erinnern sich die Königsberger sicher nicht ohne Schmunzeln an die „Kämpfenden Wisente“, im Volksmund scherzhaft „Staatsanwalt und Verteidiger“ genannt, standen sie doch seit November 1912 vor dem Gerichtsgebäude Hufen-Allee. Ursprünglich waren sie für Münster vorgesehen, wo sie nach den Vorstellungen Gauls vor dem Schloss stehen sollten. Die Stadt wünschte sich Hermann den Cherusker, das aber lehnte Gaul ab und schlug stattdessen einen Brunnen mit Seelöwen vor. Die Stadtväter von Münster lehnten ihrerseits ab. Dann kam Gaul mit den kämpfenden Wisenten. Man war empört und sah eine kaum versteckte Bosheit des Künstlers. Das Ministerium entschied nun kurzerhand, die Plastiken nach Königsberg zu geben. Eine Zeitlang im Tiergarten aufgestellt, stehen sie heute wieder an ihrem alten Platz. In Schweinfurt ist man vor allem der Frage nachgegangen, wie das Schicksal mit den Werken des Bildhauers umgegangen ist. Um auf den Zustand der Plastiken hinzuweisen, hat man sich nicht gescheut, lädierte und zerstörte Kunst in die Ausstellung einzugliedern. Fotografien zeigen den manchmal erbarmungswürdigen Zustand der Objekte. Oft wurden auch die Standorte gewechselt, wie etwa bei dem monumentalen Adler, der immerhin zwei Meter mal drei Meter misst und 30 Zentner wiegt. 1904 hatte Gaul den Adler mit seinen 5000 Federn aus Bronze für die Weltausstellung in St. Louis schmieden lassen. Da der Rücktransport zu aufwändig gewesen wäre, wurde der Vogel zum Verkauf angeboten. Seit 1911 „ziert“ er nun die Halle des Kaufhauses Macy's in Philadelphia und ist zum Treffpunkt der Shoppingmüden geworden. Ein anderer Adler aus dem Atelier des Tierbildhauers hatte einen weitaus aufregenderen Flug hinter sich. Ebenfalls im Jahr 1904 entstanden, gelangte er nach 1908 zu dem Hamburger Reeder Albert Ballin, der ihn für den Eingang seiner Stadtvilla erwarb. Nach dem Tod Ballins 1918 gelangte dieser 1,17 Meter große Adler über die Witwe zum Verein Ring der Flieger nach Hessen. Seit 1923 ziert er das Fliegerdenkmal auf der Wasserkuppe in der Rhön.


August Gaul: Adler im Kaufhaus Macy's in Philadelphia, Schafe in der Hamburger Mönckebergstraße

Bilder: privat, Osman

Putzige Fischotter, stolze Löwen, spielende junge Bären, verdrossen dreinblickende Käuze, Ziegen, Katzen, Esel und Pinguine – ein wahrer Tierpark hat sich im Werk des Bildhauers zusammengefunden. Wenn auch aus Bronze oder Stein geschaffen, sind die Tiere doch so lebendig dargestellt, so typisch in der Haltung, dass man meint, sie müssten gleich aus der Vitrine oder vom Sockel springen.

„Von all den Künstlern, mit denen ich seit 25 Jahren in Verbindung bin, warst nur Du mir lieb wie ein Freund“, schrieb Käthe Kollwitz am 23. Oktober 1921 in ihr Tagebuch. Es war der 53. Geburtstag des Bildhauers August Gaul, zugleich auch der Tag, an dem er in Berlin-Dahlem zur letzten Ruhe getragen wurde. „Reich war dein Leben. Deiner Seele Fülle/ fand Maß, Gesetz und Pfad auf eigner Spur,/ du formtest, in edlen Tieres Hülle,/ die große, ewige, göttliche Natur“, schrieb Gerhart Hauptmann nach dem Tod des Freundes. Vielleicht sind die Werke des Bildhauers August Gaul aus diesem Grund noch so ansprechend wie vor 100 Jahren.

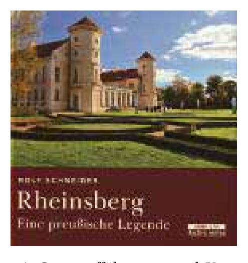
Silke Osman

Die Ausstellung „August Gaul – Kleiner Tierpark. Das Schicksal der Skulptur“ im Museum Georg Schäfer, Brückenstraße 20, Schweinfurt, ist bis zum 26. Juni dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 7 / 6 Euro.

IN KÜRZE

Jubiläum in Rheinsberg

Zum 20-jährigen Jubiläum des Schlossmuseums Rheinsberg veranstaltet die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) am 7. Mai ein buntes Familienprogramm (10 bis 18 Uhr). Wie kaum ein anderes Schloss besticht Rheinsberg durch seine malerische Lage am Grienericksee und seine Geschichte um Kronprinz Friedrich und seinen Bruder Heinrich. Zu seiner Beliebtheit hat nicht zuletzt auch das Festival der jungen Stimmen, die Kammeroper Schloss Rheinsberg, beigetragen, das ab 25. Juni



mit Opernaufführungen und Konzerten Musikfreunde aus nah und fern begeistern wird. Im Rahmen des 20. Rheinsberger Symposiums zur Friderizianischen Zeit unter der Leitung von Dr. Jürgen Ziechmann, den Lesern der *PAZ* durch seine Preußen-Beiträge wohlbekannt, wird im Billardsaal des Schlosses am Sonnabend, 14. Mai, 19.30 Uhr, Kammermusik aus der Zeit Fried-richs des Großen aufgeführt. Zur Einstimmung für einen Besuch des Schlosses Rheinsberg eignet sich ein kleines Buch aus dem be.bra Verlag besonders gut. Hier beschreibt Rolf Schneider auf amüsante Weise die preußische Legende Rheinsberg (80 Seiten, 77 zum Teil farbige Abbildungen, gebunden, 9,95 Euro). *os*

In Erfurt auch mit dabei

Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, über Aktivitäten des Hauses

Am letzten Mai-Wochenende wird die Messe in Erfurt ganz im Zeichen der Elchschaufel stehen. Dann werden sich Tausende Ostpreußen aus nah und fern treffen, um ein Bekenntnis zu ihrer Heimat abzulegen. Neben politischen und kulturellen Veranstaltungen werden auf dem traditionellen Deutschlandtreffen auch zahlreiche Informationsstände auf großes Interesse stoßen. Zu den Ausstellern gehört das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen. *PAZ*-Redakteurin Silke Osman sprach mit dem Direktor des Hauses, Wolfgang Freyberg.

PAZ: *Herr Freyberg, Sie sind mit einem Stand des Kulturzentrums Ostpreußen auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt vertreten. Wie kann man auf einem solchen Treffen die Arbeit einer Kultureinrichtung wie dem Kulturzentrum deutlich machen?*

Wolfgang Freyberg: Es ist unsere Aufgabe, den Gästen des Deutschlandtreffens vor allem als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen für Fragen und Auskünfte aller Art, zum Beispiel über unsere Arbeit und die nächsten Projekte.

PAZ: *Gibt es denn besondere Schwerpunkte?*

Freyberg: Großes Interesse findet stets alles das, was wir in Ostpreußen selbst durchführen. Ferner ist es selbstverständlich, dass man den Besuchern einen attraktiven Stand präsentiert. Wir haben uns schon einiges überlegt. Ich möchte noch nicht zu viel vorweg nehmen, aber man kann schon jetzt sagen, wir bieten etwas zum Anschauen und zum Mitnehmen an und natürlich auch Dinge, die Lust machen sollen auf einen Besuch des Kulturzentrums Ostpreußen im wunderschönen Deutschordensschloss in fränkischen Ellingen.

PAZ: *Seit Jahren kommen viele Landsleute nach Ellingen und bewundern Ihre Sammlung und Ihre Sonderausstellungen. Was können Sie denen Neues präsentieren?*

Freyberg: Die Besucher, die zu uns kommen, sehen jedes Mal etwas Neues. So haben wir ständig wechselnde Ausstellungen, große Sonderausstellungen und auch kleinere Kabinettausstellungen. In diesem Jahr ist kürzlich die Ausstellung „Grenzenloser Himmel über mir ... – Ein transnationales Projekt zum Thema Heimat“ eröffnet worden. Wir zeigen hier etwas völlig Neues mit Videoinstallationen, das heißt mit Wolken, die über Ostpreußen ziehen, die dort im letzten Jahr aufgenommen worden sind, bis zu Fotos zum Thema Heimat, die in den nächsten Wochen und Monaten ständig von elf Autoren ergänzt werden. Der Verlauf der Ausstellung kann parallel im Internet betrachtet werden. Außerdem wollen wir in diesem Jahr noch einen modernisierten Ausstellungsraum zum Thema Bernstein eröffnen.

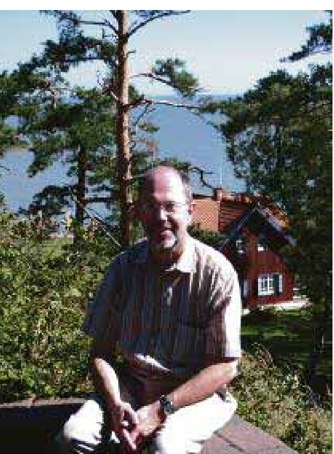

Wolfgang Freyberg in Nidden

Bild: privat

PAZ: *Die Erlebnisgeneration ist mehr als 60 Jahre nach dem Krieg deutlich kleiner geworden. Wie wollen Sie der nachwachsenden Generation Flucht und Vertreibung sowie das Leben in der Heimat der Großeltern anschaulich machen?*

Freyberg: Man muss stets versuchen, über Ausstellungen der nachwachsenden Generation die Heimat ihrer Eltern und Großeltern anschaulich zu machen und Interesse zu wecken. So zeigen wir zurzeit eine Ausstellung mit dem Titel „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“.

PAZ: *Sie beschränken sich aber nicht nur auf Ausstellungen?*

Freyberg: Nein, natürlich nicht. Gerade in einer Informationsgesellschaft verlangen die neuen Entwicklungen eine interessante und zeitgemäße Internetpräsentation. Auf dieser können sich die Nutzer informieren und zum Beispiel Bestellungen abgeben, es lassen sich aber auch Anfragen über E-Mail an das Kulturzentrum richten. So haben wir die Möglichkeit, aktuell und ganz nah an den Menschen zu sein. Gerade die modernen Medien bieten einer Einrichtung wie dem Kulturzentrum Ostpreußen die Chance, quasi im Nebenraum anwesend zu sein, das heißt, Entfernungen schrumpfen zusammen. Wir erwarten natürlich andererseits, dass die Angebote, die unsere Einrichtung macht, auch entsprechend genutzt werden.

Schatzkammer

Klosterneuburg bei Wien zeigt Kostbares

Der Erzherzogshut ist nicht nur die Krönung der Schatzkammer des Stifts Klosterneuburg vor den Toren Wiens. Er ist so etwas wie die „heilige Krone“ der Habsburger und des Erzherzogtums Österreich. Die Krone wird seit 1616 im Stift beim Grab des heiligen Leopold aufbewahrt, so wie es die Stiftungsurkunde von Erzherzog Maximilian III. verlangt. Nur zur „Erbhuldigung“, das heißt der Bestätigung eines Herrschers zum Erzherzog von Österreich, darf sie für maximal 30 Tage das Grab des heiligen Leopold verlassen und nach Wien gebracht werden. Gesehen haben das Prunkstück nur Wenige, denn die Schatzkammer war bis dato für die allgemeine Besichtigung nicht zugänglich. Nun aber wird sie innerhalb des Stifts verlegt, vergrößert und ist ab Mai 2011 für Besucher geöffnet.

> Ab Mai sind die Schätze zu sehen

Nach der Verlegung ihrer Residenz nach Klosterneuburg gründeten im Jahre 1114 der später heilig gesprochene Markgraf Leopold III. und seine Frau Agnes in unmittelbarer Nähe ihrer Burg das Stift als religiöses, soziales und kulturelles Zentrum ihres Landes. 1133 übergaben sie es den Augustiner Chorherren, in deren Besitz es sich bis heute befindet. Die Legende besagt, dass einst am Tage ihrer Hochzeit ein Windstoß Agnes den Brautschleier vom Kopf riss und davontrug. Die Suche blieb ergebnislos, worauf Leopold gelobte, wenn der Schleier jemals gefunden würde, an dieser Stelle ein Kloster zu errichten. Neun Jahre später wurde der Schleier tatsächlich in einem Holunderbaum entdeckt, und Leopold erfüllte sein Versprechen. Obwohl es sich um eine Legende handelt, wird ein Stück des Schleiers tatsächlich in der Schatzkammer des Stifts aufbewahrt. Er befindet sich in einer kostbaren goldenen Monstranz, die in stilisierter Form den Holunderbaum darstellt und in der Mitte hinter einem Fenster aus Bergkristall den Schleier zeigt. Mit der Errichtung des Klosters veranlasste Markgraf Leopold III. 1114 auch die Gründung eines Weingutes. Bereits bei der Einweihung der Basilika 1136 wurde, wie die Chronik vermerkt, ausschließlich Wein aus den stiftseigenen Lagen getrunken. Mit seiner fast 900-jährigen Tradition ist das Weingut Stift Klosterneuburg nicht nur das älteste Weingut Österreichs, sondern mit seinen auf verschiedene Regionen verteilten 108 Hektar Rebfläche auch das größte des Landes. Für die Weinbereitung steht im Stift eine umfangreiche Kellerei aus der Barockzeit zur Verfügung, deren Gewölbe sich über vier Etagen bis in eine Tiefe von 36 Metern unter dem Stiftsplatz erstrecken.

Angelika Fischer

»Nicht eine ganze Generation verdammen«

Der Völkerrechtler, Historiker und Autor Alfred de Zayas über Fragen der deutschen Zeitgeschichte

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Autoren zu den Themenbereichen europäische Vertreibung, Kriegsverbrechen und Völkermord. Im Interview mit der *PAZ* spricht der langjährige Mitarbeiter der UN-Menschenrechtskommission über neueste Forschungserkenntnisse, wissenschaftliche Ethik und den im Verborgenen vollzogenen Völkermord.

PAZ: *Sie haben kürzlich ein Buch veröffentlicht „Völkermord als Staatsgeheimnis" (rezensiert in der PAZ). Was meinen Sie mit diesem Titel?*

De Zayas: Über Völkermord liegen viele Studien vor. Es ist an der Zeit, die Diskussion auf die Frage des Wissens zu lenken und auf die Implikationen der Mechanismen der Geheimhaltung und der Verleugnung. In totalitären Staaten wissen meistens nur wenige, was wirklich geschieht.

PAZ: *Warum interessiert sich ein US-Amerikaner für dieses unbequeme Thema?*

De Zayas: Wenn man die Mechanismen des Völkermords verstehen will, muss man die Fallstudien individuell untersuchen und feststellen, wer Befehlsgewalt ausübte, wer gehorcht hat, wer gewusst hat, wer geschwiegen hat. Jeder Amerikaner weiß heute über den Holocaust Bescheid. Unsere High Schools und Colleges geben Kurse und Seminare zu diesem Thema. Romane, Theaterstücke, Fernseh-Miniserien und bedeutende Hollywood-Filme beschäftigen sich mit der Shoah. Nun, jeder, der den Holocaust studiert, fragt sich, was der Durchschnittsdeutsche seinerzeit über den Holocaust wusste. Wie viel hat er erfahren und wann, was hat er geglaubt, was hat er getan, was hätte er konkret tun können? Diese Fragen ergeben sich ganz automatisch, wenn man die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens erkennt. Bisher aber sind die von Historikern gelieferten Antworten verallgemeinernd, unvollständig und z.T. faktisch falsch, vor allem bezüglich des Wissens bei der deutschen Bevölkerung und den vielen Ausdrucksformen des deutschen Widerstands gegen Hitler.

PAZ: *Wieso falsch?*

De Zayas: Viele Darstellungen leiden an Anachronismen, sie deuten die Hitler-Vergangenheit nach dem Wissensstand unserer Gegenwart, vereinfachen, pauschalisieren, und oft sind sie überspitzt und sogar hämisch.

PAZ: *Was haben sie aus den Archiven erfahren?*

De Zayas: Eins ist mir schnell klar geworden: Geheimhaltung war oberstes Gebot. Das Weitergeben von Informationen und das Nachfragen war praktisch unmöglich oder jedenfalls sehr gefährlich. Hinzu kamen die Verwendung einer Tarnsprache, die Überwachung der Gerüchte durch die Gestapo und offizielle Dementis. Außerdem mussten alle Personen, die direkt etwas mit der Judenvernichtung zu tun hatten, absolutes Schweigen schwören.

PAZ: *Was bringt Ihr Buch eigentlich Neues?*

De Zayas: Neben vielen neuen oder wenig bekannten Dokumenten auf jeden Fall die Perspektive. Keiner hat bisher die Geheimhaltung so systematisch untersucht. Keiner hat bisher so deutlich gezeigt, dass sich keine Regierung der Welt mit der Schande eines Völkermordes besudeln will. So war der Genozid gegen die Armenier geheim, und die Befehle von Talaat Pascha und Enver Pascha waren nicht ohne Grund chiffriert. Katyn und die anderen Stalin-Morde waren nicht publik. Und man hat jahrzehntelang versucht – auch im Nürnberger Prozess – den Mord an den polnischen Offizieren den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

PAZ: *Wie beurteilen Sie die Forschungsergebnisse ihrer Historikerkollegen?*

De Zayas: Hier und da bringen sie wenig bekannte Dokumente zutage. Hier und da formulieren sie interessante Einsichten. Aber, was die Frage des Wissens über den Holocaust, und was ihre penetranten Schuldzuweisungen betrifft, finde ich ihren Ansatz falsch und ihre Methodik merkwürdig unhistorisch. Sie argumentieren anachronistisch, moralisierend, verkennen viele Zusammenhänge, ignorieren zentrale Dokumente über die Geheimhaltung und lassen etliche Nürnberger Akten, die ihre Thesen widerlegen, beiseite. Kurz: sie schreiben voreingenommen und betreiben eine undifferenzierte Geschichtsbetrachtung, eine Schwarz-Weiß-Malerei.

PAZ: *Was haben andere Historiker konkret falsch gemacht?*



Setzt sich für Menschenrecht und Frieden ein: Alfred de Zayas

De Zayas: Viele haben Urteile gefällt, die von den Akten einfach nicht getragen werden. Aus unzureichenden Mosaiksteinen konstruieren sie ein ganzes Bild, das eben eine Extrapolation ist, und nachweislich falsch.

PAZ: *Warum schreiben deutsche Historiker so negativ über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges?*

De Zayas: Als Amerikaner muss ich immer daran denken, dass die Deutschen nicht einen, sondern zwei Kriege verloren haben. Aber es geht nicht nur um die militärischen Niederlagen, sondern vor allem um die Schande der Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden. Ich kann durchaus verstehen, dass einem Deutschen dies weh tut und eine geistige Belastung darstellt. Aber Historiker müssen fähig sein, die Geschichte ohne Komplexe und ohne Ressentiments zu erforschen. Was mich eigentlich irritiert, ist, dass manche deutschen Historiker anscheinend eine Obsession mit den NS-Verbrechen haben, und dies verblendet sie. Da scheint auch eine pseudo-moralische Komponente mit im Spiel zu sein, die ich nicht recht verstehe. Man kann sich auf die eigene Brust schlagen und sich schämen für das, was man getan hat oder eben nicht getan hat. Aber auf die Brust der Eltern bzw. Großeltern zu schlagen, das halte ich für verkehrt, eigentlich für obszön.

PAZ: *Wollen Sie die Kriegsgeneration etwa entlasten?*

De Zayas: Nein, ich will nur wissen, wie es eigentlich war, unter welchem Gestapo-Terror der Durchschnittsbürger lebte, wie er sich gefühlt, was und wann er tatsächlich von der „Endlösung der Judenfrage" gehört, was er getan hat, was er hätte er tun können. Mich stört, eine ganze Generation zu verdammen, nur weil sie diese unglückseligen Jahre durchlebt hat. Zweifelsohne sollten die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, und die Geschichte sollte die Verwerflichkeit der Verbrechen dokumentieren. Aber eine pauschale Verurteilung der ganzen Kriegsgeneration stellt eine vulgäre Ungerechtigkeit gegenüber 95 Prozent der Bevölkerung dar.

PAZ: *Wie erklären Sie sich die Ungeheuerlichkeit des Völkermordes?*

De Zayas: Mitten im Krieg passieren fürchterliche Sachen. Es gab eine ungeheure Radikalisierung. Hinzu kam die Geheimhaltung. Lesen sie einmal die geheime Rede Heinrich Himmlers vom 4. Oktober 1943 in Posen. Da redet er von einem „niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatt" der Geschichte Deutschlands. Verrückt. Aber so ist der Fanatismus. Und der Völkermord blieb 95 Prozent der deutschen Bevölkerung verborgen. Es gab ja kein „Wikileaks".

PAZ: *Sie haben sich bereits mit anderen Fragen der deutschen Zeitgeschichte beschäftigt. Wieso?*

De Zayas: In der Tat. Als ich Geschichte und Jura in Harvard studierte, entdeckte ich die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges – ein Thema, das seinerzeit total tabu war. Die Deutschen als Opfer? Keinesfalls. Nicht möglich – und doch. Es war ein Verbrechen gegen die Menschheit, und ich fragte mich, weshalb sollte dieses Verbrechen verschwiegen werden? Darum schrieb ich mein erstes Buch „Die Nemesis von Potsdam" und dann „Anmerkungen zur Vertreibung".

PAZ: *Wie war die wissenschaftliche Aufnahme ihrer Bücher?*

De Zayas: Eigentlich besser, als ich befürchtet hatte, obwohl es seinerzeit eine sehr tabuisierte Thematik war.

PAZ: *Manche deutschen Historiker haben ihre Bücher negativ rezensiert. Was sagen Sie dazu?*

De Zayas: Eigentlich war es eine kleine Minderheit. 90 Prozent der Rezensionen waren positiv – sowohl in Deutschland als auch in Amerika.

PAZ: *Was monieren die Kritiker?*

De Zayas: Keine Fakten, also keine Fehler meinerseits. Die Kritiker können sich einfach mit meinen Schlussfolgerungen nicht anfreunden. Dann versuchen Sie, meine Methodik anzugreifen. Man wirft mir z.B. vor, die deutschen Verbrechen auszuklammern. Dies tue ich keinesfalls. Ich habe nicht umsonst den Buchtitel „Nemesis" gewählt – Nemesis ist die griechische Göttin der Rache – denn es geht um Strafe für NS-Verbrechen, unschuldige Opfer, an denen die NS-Verbrechen gerächt wurden. In meinem Buch über die Wehrmachtuntersuchungsstelle (WUSt) findet man viele Erwähnungen von NS-Verbrechen, aber meine Forschung galt vor allem der Behördengeschichte der WUSt und deren Ermittlungen zu Verbrechen in Bromberg, Broniki, Feodosia, Grischino, Lemberg und Katyn. Diese Verbrechen geschahen eben und werden nicht durch NS-Verbrechen erledigt oder relativiert.

PAZ: *In Ihrem neuen Buch sprechen Sie über die menschenrechtlichen Aspekte der Geschichtsschreibung, was meinen Sie damit?*

De Zayas: Ich meine, dass Historiker eine besondere Verantwortung haben, keine pauschalen Urteile abzugeben, keine Karikaturen, Stereotype oder Verallgemeinerungen zu schaffen, die dazu führen könnten, z.B. eine ganze Generation von Menschen zu verleumden.

PAZ: *Was würden Sie Ihren Lesern empfehlen?*

De Zayas: 66 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sollten die Deutschen sich von den Dämonen dieses Krieges endlich befreien. Sie sollten versuchen, sich in die Situation der Kriegsgeneration zu versetzen, um zu begreifen, wie es eigentlich gewesen war, was es bedeutete, in einem totalitärem Staat zu leben, ohne Presse- und Meinungsfreiheit, mit der Bedrohung des Nazi-Terrors und des Bombenterrors.

PAZ: *Die Organisation „Canadians for Genocide Education" hat Ihnen Ende März an der Universität von Toronto den „Educators Award 2011" verliehen. Was bedeutet diese Ehrung?*

De Zayas: Es handelt sich um einen Zusammenschluss von 53 Organisationen kanadischer Lehrer- und Bürgervereinigungen, die u.a. Armenier, Bosnier, Ukrainer, Juden, Serben, Deutsche und viele andere Vertriebene vertreten und über ihr Schicksal informieren. Da ich oft über diese „Opfer des Schweigens" berichtet habe, habe ich das Gefühl, dass sich die Arbeit gelohnt hat. Schließlich geht es um die Rechte der Opfer und man muss aller mit Ehrfurcht gedenken.

Ein beliebter, aufgeklärter Fürst

Vor 300 Jahren wurde Markgraf Friedrich III. von Brandenburg-Bayreuth geboren

Er war ein aufgeklärter und beim Volk beliebter Fürst, der jedoch politisch wegen seiner Begeisterung für Preußen umstritten war. In die Geschichte eingegangen ist Friedrich III. von Bayreuth vor allem als Gatte einer aktiven und prominenten Ehefrau.

Friedrich III. von Bayreuth wurde am 10. Mai 1711 geboren. Das kleine Markgrafentum (Brandenburg-)Bayreuth war – wie der Name schon andeutet – eng mit dem Kurfürstentum Brandenburg verbunden, denn beide Fürstenhäuser entstammten dem Hause Hohenzollern. So hätte sich auch ein Herrscher mit einer ausgeprägteren Persönlichkeit, als es Friedrich war, dem Einfluss und den Wünschen des Königs in Preußen, Friedrich Wilhelm I., nicht entziehen können – besonders, wenn auch die eigenen Eltern sich gegenüber den Wünschen des übermächtigen Verwandten in Berlin willfährig zeigten.

Der Wunsch des Preußenkönigs nach einer engen Verbindung mit den verwandten süddeutschen Markgrafentümern Ansbach und Bayreuth entstammte dem machtpolitischen Kalkül, wenigstens durch Verheiratung im fränkischen Raum einen Hauch von Einflussnahme wahrnehmen zu können. Daher kam es, dass die älteste Tochter des Preußenkönigs, Wilhelmine (1709-1758), mit dem Erbprinzen in Bayreuth verheiratet wurde. Schon die Vorgeschichte der Heirat verlief prekär, denn das immer unerfreulicher werdende Klima im preußischen Königshaus verdichtete sich zur Krise, als Wilhelmine ungewollt in Intrigen ihrer Mutter verwickelt wurde. Königin Sophie Dorothea wollte nämlich ihre älteste Tochter mit Friedrich Ludwig von Hannover, Prince of Wales (1707-1751), Sohn von Wilhelmines Onkel, dem König Georg II. von England (1683/1727-1760), verheiraten. Außerdem verdächtigte ihr Vater sie der Mitwisserschaft des Fluchtversuchs ihres Bruders Friedrich, der spätere Friedrich der Große (1712-1786), im August 1730. Daher kam es, dass Friedrich III. und seine Gattin gegen ihren Willen am 20. November 1731 mit einander verheiratet wurden. Friedrich war eine leicht lenkbare, labile Persönlichkeit, aber er teilte die Kunstliebe seiner Frau. Er hatte Wilhelmine gern, und seine Zuneigung wurde erwidert, da seine Ehefrau auch dezent über seinen Sprachfehler (er lispelte) hinwegsah.

> Seine aktive Ehefrau schuf in der kleinen Markgrafschaft eine wahre Perle des Rokoko

Im Jahre 1735 wurde der Erbprinz als Friedrich III. regierender Markgraf. Da er sehr gebildet war, gründete er im Jahre 1742 die Landesuniversität Bayreuth, die im Februar 2011 wegen einer abgeschriebenen Doktorarbeit ins Gerede kam. Nach der Geburt ihrer Tochter Elisabeth Friederike Sophie am 30. August 1732 (bis 1780), die 1748 den Herzog Karl Eugen von Württemberg (1728-1793) heiratete, entfremdete sich das Ehepaar aber, denn der Markgraf begann 1739 ein Verhältnis mit der Hofdame seiner Frau, Wilhelmine Dorothea von der Marwitz. Zwar musste Friedrich aufgrund des Protestes seiner Ehefrau 1744 der Verheiratung der Mätresse nach Österreich zustimmen, aber er hatte weiterhin gelegentliche Liaisons. Friedrich der Große versuchte, seine Schwester zu trösten: „Freue Dich, wenn Dein lieber Schmetterling zu Dir kommt, und gewöhne Dich daran, dass er Dich oft verlässt." Wilhelmine kompensierte ihre privaten Misshelligkeiten durch Entfaltung ihrer künstlerischen Neigungen. Dazu gehörte die Schaffung zahlreicher musikalischer Werke. Außerdem ließ Friedrich – um selbst seine Ruhe zu haben – es zu, dass seine Gattin eine beachtliche Auftragstätigkeit entfaltete. Sie erschuf in der kleinen Markgrafschaft eine Perle des Rokoko. An ihrem 24. Geburtstag hatte Friedrich ihr das Schloss „Eremitage" geschenkt, und sogleich beschäftigte sich Wilhelmine mit Umbauplänen. Finanziell gelangte das Markgrafentum bald an seine Grenzen. Friedrich unternahm – diesmal aber auch aus eigenem Interesse – mit seiner Ehefrau eine Reise vom 10. Oktober 1756 bis zum 9. August 1757 nach Frankreich und Italien, wo sich das Markgrafenpaar mit zahlreichen antiken Skulpturen und Objekten der Kleinkunst eindeckte. Nach dem Tode seiner Frau kamen alle Objekte ihrer Sammlung in den Besitz ihres Bruders Friedrich II. Ihr Witwer heiratete dann Sophie Caroline Marie von Braunschweig-Wolfenbüttel, hatte aber keine Kinder mit ihr, so dass das Markgrafentum nach seinem Tode am 26. Februar 1763 an seinen Onkel Friedrich Christian fiel. Seinen Untertanen ist er als Förderer der Kunst und der Wissenschaften in Erinnerung geblieben.

Jürgen Ziechmann

Ältester Ordensbesitz auf deutschem Boden

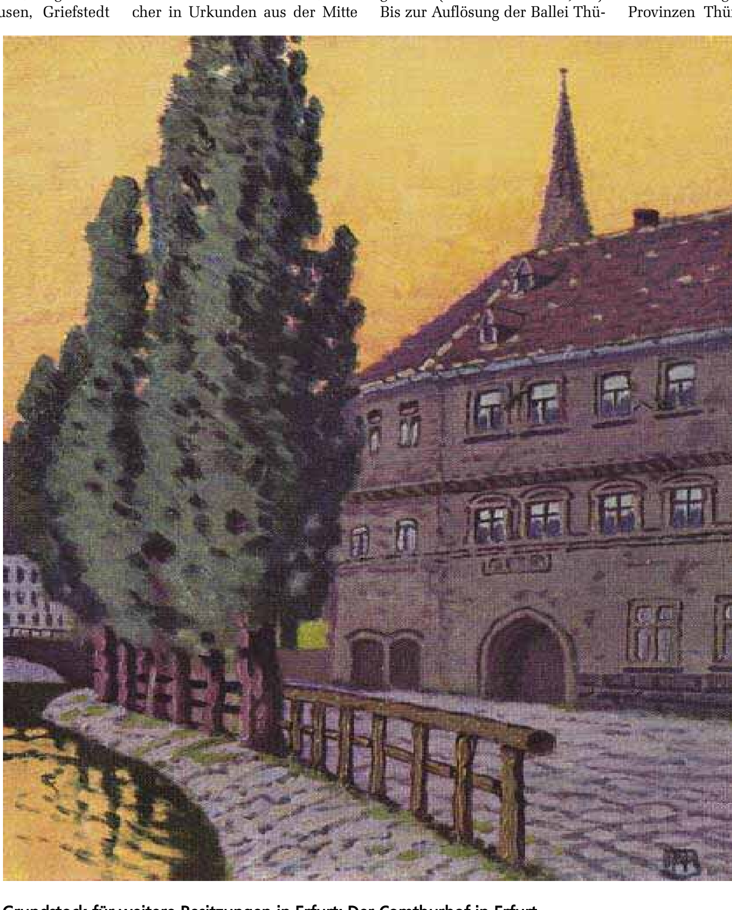
Thüringen gehörte zu den wichtigsten Provinzen des Deutschen Ordens im Reichsgebiet

Der Deutsche Orden war in Verwaltungsbezirke, so genannte Balleien, unterteilt. Eine der wichtigsten war die Ballei Thüringen, die schon in den Anfangsjahren des Ordens eine bedeutende Rolle spielte. Im Laufe ihres Bestehens umfasste sie an die 100 Kommenden (Ordensniederlassungen mit selbstständiger Verwaltung) und Patronatskirchen, die in den heutigen Bundesländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie in der heutigen Tschechischen Republik liegen.

Entscheidend war Thüringen auch am Aufbau des Ordens im Preußenland beteiligt und stellte mehrere hervorragende Hochmeister wie Hermann von Salza (1209-1239), Konrad von Thüringen (1239-1240), Anno von Sangershausen (1256-1273), Hartmann von Heldrungen (1273-1282), Dietrich von Altenburg (1335-1341), Heinrich von Plauen (1410-1413) und Heinrich Reuß von Plauen (1469-1470). Mit der vom Orden initiierten Besiedlung kamen auch thüringische Siedler ins Preußenland, die neben ihrem thüringischen/mitteldeutschen Dialekt auch die Namen ihrer Heimatorte, wie Saalfeld und Mühlhausen, mitbrachten.

Die Geschichte des Deutschen Ordens in dieser Region begann im Jahr 1200 mit der Schenkung eines Grundstückes bei Halle a. S. zur Errichtung eines Spitals. Dieses ist damit der älteste urkundlich belegte Ordensbesitz auf deutschem Boden und bildete den Grundstock der späteren Ballei Thüringen. Daher wird in der ordenseigenen Tradition die Ballei Thüringen als die älteste in Deutschland angesehen. Nach weiteren Schenkungen wurde 1236, wahrscheinlich auf dem Generalkapitel (Versammlung der Amtsträger) in Marburg, die Ballei Thüringen-Sachsen geschaffen. Sie bestand aus den Kommenden Halle, Altenburg mit Nennewitz, Zwätzen, Nägelstedt, Plauen, Mühlhausen, Griefstedt und Bremen. Daneben gab es Besitzungen in Magdeburg, Elmsburg, Langeln, Dommitzsch und Dahnsdorf sowie ein Hospital in Goslar. Die Ballei umfasste somit Besitzungen von der Unterweser bis ins Vogtland. Diese bedeutende Entfaltung des Ordens lag vor allem bei den Thüringer Landesfürsten begründet, die dem Orden besonderen Schutz gewährten. Mitglieder des Landgrafenhauses bekleideten hohe Ordensämter, wie Hochmeister Konrad von Thüringen. Seine Schwägerin, die heilig gesprochene Elisabeth, wurde eine Schutzpatronin des Ordens.

An der Spitze der Ballei stand ein Landkomtur, der im Fall Thüringens dem Deutschmeister (Stellvertreter des Hochmeisters in den Reichsgebieten) unterstellt war. Der erste urkundlich nachweisbare Landkomtur mit vollem Namen war Eckehard von Trebsen, welcher in Urkunden aus der Mitte des 13. Jahrhunderts als „commendator ... in partibus Thuringie et Saxonie" erscheint. Als Sitz wurde die Kommende Zwätzen gewählt (heute Vorort von Jena). Bis zur Auflösung der Ballei Thüringen wurde von hier aus die gesamte Provinz verwaltet. Auf dem Generalkapitel des Ordens im Mai 1287 in Frankfurt a. M. wurde die Teilung der Ballei in die Provinzen Thüringen und Sachsen angeregt und durchgesetzt. Seit diesem Zeitpunkt existierten die Balleien getrennt voneinander. Die Kommenden und Besitzungen in Thüringen und im Vogtland bildeten fortan die Ballei Thüringen, während die Häuser von der mittleren Elbe bis ins welfische Gebiet die Ballei Sachsen ausmachten.



Grundstock für weitere Besitzungen in Erfurt: Der Comthurhof in Erfurt — Bild: Postkarte, Sammlung E. Göllner

Die ordenseigene Tradition und vorerst auch das alte Amtssiegel gingen auf die neu geschaffene Ballei Thüringen über. Die Aufgaben der thüringischen Häuser waren nicht, wie die im Preußenland militärischer Natur, sondern lagen hier in der Mission, Seelsorge, Pflegedienst und im Schulwesen. Für adelige Herren war es deshalb anziehend, hier ihren Lebensabend zu verbringen.

Als dann im beginnenden 16. Jahrhundert in Thüringen und Sachsen die Reformation eingeführt wurde, fand der Deutsche Orden bei seinen Abwehrversuchen lediglich Unterstützung bei den Vögten von Weida, Gera und Plauen und bei der Reichsstadt Mühlhausen. Doch letztlich setzten sich die wettinischen Landesherren mit der Einführung der Reformation durch und säkularisierten geistliche Einrichtungen. Güter der einzelnen Kommenden wurden beschlagnahmt und Brüder mussten zum Luthertum übertreten, jedoch blieb die Ballei bestehen. Der Deutsche Orden verlor dadurch in Thüringen die meisten seiner Häuser und Einrichtungen. Bis zur Aufhebung des Ordens im Jahr 1809 verblieben ihm nur die Häuser Zwätzen, Liebstedt und Nägelstedt.

Der Orden hatte auch Besitzungen in Erfurt, so ein Haus in der Nähe der Lehmannsbrücke, zwischen der Kirche St. Nikolai und dem Augustinerkloster. Dort erhielt der Orden durch Kauf vom Kloster Reinhardsbrunn im Jahr 1251 ein Gelände, auf welchem er den sogenannten Comthurhof errichtete. Er bildete den Grundstock für weitere Besitzungen in Erfurt. Eine selbstständige Kommende muss aber hier nur kurz bestanden haben, da die Erfurter Besitzungen später der Kommende zu Griefstedt unterstellt waren, welche 1284/85 an die Ballei Marburg/Hessen fiel. Zur Hauskirche wurde die Kirche St. Nikolai bestimmt, wovon heute nur noch der Turm erhalten geblieben ist. Bis 1790 besaß der Orden das Patronatsrecht an der Kirche, das dann auf die Kurfürsten von Mainz überging.

Das jetzige Gebäude des Comthurhofes wurde in der Mitte des 16. Jahrhunderts im Renaissance-Stil erbaut und ging 1787 in den Besitz der kurfürstlich-mainzischen Regierung, dann 1855 in Privathand über.

Enrico Göllner

Nicht Verdienst, sondern Selbstverständlichkeit

Die preußischen Tugenden haben auch in heutiger Zeit nichts von ihrer Gültigkeit verloren

Gerade in seinen Tugenden summiert Preußen die tiefsten Prägungen des Abendlandes. Pflicht ist schon in der stoischen Ethik der Begriff für das Tun des „Angemessenen" (kathekon). Cicero widmet den Pflichten ein großes Werk (de officiis). Es ist in der Zeit der Verbannung aus der Politik geschrieben und erinnert die dekadente Republik der Bürgerkriegszeit an die Mos maiorum, die Sittlichkeit der Väter der Republik.

Zwischen Ehre und recht verstandenem Nutzen gibt es keinen Widerspruch: so zeigt Cicero. Ehre ist dabei der höchste Begriff römischer Ethik. Durch Erfüllung der Pflicht erfüllt der Mensch die Ansprüche der Ehre. Nach Preußen durch die (neo-)stoische Philosophie (u. a. Lipsius), aber auch durch den Pietismus, der sie verinnerlicht. Pflichten sind im letzten Gebote Gottes, die der Mensch aber aus eigenem Antrieb und aus Gewissenhaftigkeit tun muss.

Philosophisch wurde im Aufklärungszeitalter, bei Christian Wolff und Thomasius in einer Traditionslinie, die Kant dann übernimmt, die Pflichtenlehre mit der Rechtslehre verbunden. Sehr wichtig ist es dabei, dass zwischen Pflichten gegenüber der eigenen Person und anderen gegenüber unterschieden wird. Zudem wird unterschieden zwischen Pflichten gegenüber uns selbst als Sinnenwesen und als sittlichen Wesen.

Pflichten des Menschen gegen sich selbst als animalisches Wesen betreffen etwa das Verdikt gegen Selbstentleibung, aber auch gegen Selbstbetäubung „durch Unmäßigkeit im Gebrauch der Genieß- und auch Nahrungsmittel". Gegen sich selbst als moralisches Wesen ist der Mensch verpflichtet, Lüge zu vermeiden, ebenso Geiz und Kriecherei. Gegenüber anderen Menschen besteht die Pflicht der Dankbarkeit, der Wohltätigkeit, die gleichermaßen weit entfernt ist von Geiz und Verschwendungssucht, und schließlich der teilnehmenden Empfindung an Freude und Leid anderer. Laster, die damit zu vermeiden sind, wären Hochmut, „Afterreden" (also Verleumdung oder Gerede im Rücken des Anderen) und schließlich Hohn.

Durch Erfüllung der Pflicht erfüllt der Mensch die Ansprüche der Ehre

Der Mensch ist dabei, so Kant, der geborene Richter gegen sich selbst, und das, so Kant wörtlich, „erste Gebot der Pflicht gegenüber sich selbst" besteht darin, Angehöriger der sittlichen Gemeinschaft der Menschen zu sein.

Dabei existiert eine positive Grundpflicht: „Schade niemandem!" (Neminem laede!), die sogar noch weiter zu steigern ist: „Helfe, soweit es an dir ist, dem Anderen". Orientiert ist diese Pflichtenlehre an dem Maßstab, die eigene Vollkommenheit und die fremde Glückseligkeit zu fördern, soweit dies einem endlichen Wesen nur möglich ist. Wir wissen, dass menschliches Handeln allzu oft genau das Gegenteil tut. Im Hintergrund dieser großen Pflichtenlehren stehen der Hallesche Pietismus und die Preußische Realität. Dies ist deshalb wichtig, weil die Goldene Regel in ihren klassischen Ausprägungen nur negativ formuliert ist, populär in der Version: „Was du nicht willst, das man dir tu'/ Das füg' auch keinem andern zu". In der von Preußen ausstrahlenden Tugendlehre ist es aus guten Gründen anders.

Pflichterfüllung verlangt dabei die freie Übernahme von Verantwortung. Wie groß dies in Preußen geschrieben wurde, belegt der Umstand, dass die preußische Armee nicht auf dem Befehls- sondern auf dem Auftragsprinzip beruhte.

Kant hat den Pflichtbegriff von hier her ins Zentrum seiner Ethik gestellt: Autonomie bedeutet, aus Pflicht und nicht aus Neigung zu handeln. Kant hat damit dem Pflichtbegriff den Status eines metaphysischen, immer wahren Prinzips gegeben. Der Kategorische Imperativ, nur nach der Maxime zu handeln, die Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung sein könne, formuliert diese erste und maßgebliche Pflicht. Wesentlich ist auch, dass Pflichterfüllung um ihrer selbst willen erfolgt. Ihr Lohn liegt in ihr selbst. Sie ist nicht Verdienst, sondern Selbstverständlichkeit.

Das höchste philosophische Niveau von der „deutschen Ethik" Christian Wolffs bis zu Kant und der klassischen deutschen Philosophie ist nur deshalb so überzeugend, weil es auf einem ungeschriebenen normativen Ethos fußt, an dem sich die wesentlichen preußischen Instanzen vom König über die Beamtenschaft bis ins Heer hinein zu orientieren haben. Vielfache Anekdoten können dies belegen.

Pünktlichkeit scheint eine bescheidene Realisierung des Pflichtgedankens zu sein. Je mehr die Zeit monochrom, also durch die Messbarkeit, bestimmt wird, umso wichtiger wird sie. In der bürgerlichen Gesellschaft der frühen Neuzeit und im Zusammenhang von Handel und Ökonomie gewinnt sie an Gewicht. Sie ist zugleich ein Zeichen von Achtung und Wertschätzung gegenüber dem anderen, den man nicht warten lässt. Das Epitheton der „Höflichkeit der Könige" drückt dies aus.

Pünktlichkeit ist ein Zeichen von Achtung und Wertschätzung gegenüber dem anderen

Aber sie ist auch eine Pflicht gegenüber sich selbst. Der Pietismus gab strikte Maßstäbe zur Ausnutzung unserer Lebenszeit vor. Unsere Jahre sind begrenzt, sie „auszukaufen" und nicht sinnlos zu vertändeln, ist bereits eine Lektion der Bibel. Pünktlichkeit gibt den Stunden ihr Profil.

Kants Tagesablauf ist auch in dieser Hinsicht legendär: nach dem Spaziergänger auf dem Königsberger Stadtwall konnte man buchstäblich die Uhr stellen. Da hatte er bereits einen Tag absolviert, der Vorlesung, Colloquium, Arbeit am philosophischen Werk und die tägliche Tischgeselligkeit im Freundeskreis umfasste.

„Auf die Minute pünktlich": Dies bedeutet aber keineswegs, nur in der Zeit (und im Ort) unfehlbar genau präsent zu sein. Es bedeutet auch die pflichtgenaue Erfüllung von Dienst- und Berufsgeschäften und von Aufträgen. Sich von der Sache geleitet, nicht gehen zu lassen, nicht nach eigenen Interessen zu verschleppen und zu verschlampen, wenn sich die Beamtenschaft nach diesen Regularien richtet, so ist dies eine wichtige Gewähr dafür, dass Rechtsstaatlichkeit nicht nur proklamiert wird, sondern Realität ist.

Harald Seubert

Nachdruck aus: Preußische Mitteilungen Nr. 201, Mai 2011.

Euro-Rettung: Beteiligt sich mein Abgeordneter am Verfassungsbruch?

Zu: „Endlich aufgewacht“ (Nr. 16)

Für mich stellt sich die Frage: Beteiligt sich mein Abgeordneter am Verfassungsbruch? Wir alle sollten erfahren, wie unsere Abgeordneten mit den Absichten der Merkel-Regierung umgehen, Deutschland in eine Schuldenkatastrophe zu treiben und im Zusammenhang mit dem „Euro-Rettungsschirm“ einen offensichtlichen Verfassungsbruch zu begehen. Mein Gedanke dazu ist, dass man alle Abgeordneten persönlich mit dieser Frage konfrontieren sollte. Der Text, den ich bei Abgeordnetenwatch (https://www.abgeordnetenwatch.de/) eingestellt habe, lautet: „Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages warnt in seinem Gutachten vom Februar dieses Jahres das Parlament, dem von der Regierung geplanten Euro-Rettungsschirm zuzustimmen. So wie er geplant sei, riskiert der Bundestag die Geldwertstabilität und einen Verfassungsbruch. ‚Durch die Übernahme einer Bürgschaft wird ein Verfahren in Gang gesetzt, an dessen Ende die Pflicht zur Zahlung sehr hoher Summen stehen kann, ohne dass das Parlament entscheidenden Einfluss nehmen kann‘, so die Juristen des Dienstes. Die Bundesregierung hat die Absicht, beim Euro-Rettungsschirm für bis zu 168 Milliarden Euro zu bürgen. Dazu kommen 22 Milliarden Euro aus deutschen Steuergeldern hinzu, über die der Bundestag bereits entschieden hat. Das ergibt eine Gesamtbelastung von 190 Milliarden Euro. Das entspricht fast zwei Dritteln der Steuereinnahmen des Bundes! Weiter: ‚Sollten die Bürgschaften greifen, würde einem künftigen Haushaltsgesetzgeber ein Verfassungsbruch quasi aufgezwungen ... Bei der Einlösung der Zahlungspflicht käme der Haushaltsgesetzgeber nicht umhin, gegen die Schuldenbremse zu verstoßen.‘ Auch der Bundesrechnungshof mahnt: ‚Alle Festlegungen zu Art und Höhe der deutschen Beiträge zum Euro-Rettungsschirm unterliegen der parlamentarischen Zustimmungserfordernis.‘ Meine Frage an Sie als mein Stimmkreis-/Bundestagsabgeordneter lautet: Wie werden Sie sich entscheiden? Stimmen Sie einem offensichtlichen Verfassungsbruch zu oder sorgen Sie mit Ihrer Stimme und Ihrem parlamentarischen Einsatz dafür, dass Schaden von unserem Land und unserer verfassten Demokratie abgewendet wird. In Erwartung Ihrer Antwort.“

Dr. Gottfried Ebenhöh, Wächtersbach

Zweierlei Maß?

Zu: „Arbeitspflicht tabu“ (Nr. 16)

Die Arbeitspflicht ist historisch belastet. Aber nicht alles, was zwischen 1933 und 1939 an Regeln eingeführt wurde, muss deshalb schlecht sein. Aber: Wird dann nach Volkszugehörigkeit oder Religion entschieden? Moslemische Migranten mit Hartz IV dürften schwerlich zur gemeinnützigen Tätigkeit für die Ungläubigen zu bewegen sein. So bleibt: Benachteiligung von Leuten mit deutschem Pass.

Jürgen Kunz, Buchen

Für das Land

Zu: „Schwarz-Grün am Horizont“ (Nr. 14)

Für die Nicht-Gewinner einer Wahl heißt es in der BRD (und in vielen anderen „westlichen“ Demokratien): „Nun gehen wir in die Opposition“, das heißt wir sind, auf Teufel komm raus, dagegen. Gegen alles! Lauern nur auf eine „taktische Schwäche“ des („politischen“) Gegners.

Ich finde, es sollte so heißen: „Ihr habt diesmal einige mehr Stimmen bekommen. Das respektieren wir. Nun werden wir gemeinsam gute Entscheidungen für das deutsche Volk treffen. Unsere Hilfe, unser Verstand sei Euch hiermit zugesichert. Zur nächsten Wahl soll man uns daran messen, wie gut wir Euch unterstützt haben, bei der schweren Aufgabe, die Nation zu regieren.“

Dr. Ulf R. Freiwald, Bludenz, Österreich

Immer öfter fragen Bürger ihren Bundestagsabgeordneten, wie er zur Euro-Rettung steht: Wer seinen Vertreter nicht kennt, findet ihn auch unter www.abgeordnetenwatch.de.

Erst Alternativen, dann Abschalten

Zu: „Fragwürdiges Paradies“ (Nr. 15)

Die Japaner haben sechs Kernkraftwerke in einer Erdbebenzone gebaut, weil es günstig am Meer ist. Das ist etwa so, als wenn ich mein Wohnmobil über Nacht auf der Überholspur der Autobahn abstelle, weil es so verkehrsgünstig ist. Wenn die erwartbaren Folgen eintreten, wird niemand verlangen, alle Wohnmobile zu verschrotten. Aber genau das verlangen unsere Grünlinge. Und bringen dafür einige zigtausende auf die Straße und zehn bis 15 Prozent der Wahlbürger an die Urnen, die sonst darüber erhaben waren.

Mich würde mal interessieren, wie diese Leute reagieren, wenn man ihre Wünsche erfüllt und 33 Prozent unseres Stromes schlagartig wegfielen, abends kein Fernsehen, kein Licht etc. Dass wir eines Tages von der Kernkraft weg müssen, scheint klar zu sein, aber nur zusammen mit unseren Nachbarn. Dann sollte man zuerst mal die nächtliche Lichtreklame reduzieren, das Beheizen von Fußballfeldern und das Flutlicht (Fußball kann man sogar tags im Sommer spielen) und ähnlichen Unsinn. Dann sollte man eine Speichermöglichkeit für Solar- und Windstrom finden und andere kluge Dinge. Nicht weiter treiben sollte man das Abholzen von Regenwäldern und das Verheizen von Nahrungsmitteln.

Wenn diese Probleme gelöst sind und der grüne Protest gegen neue Stromleitungen erledigt ist, kann man die Kernkraft abschaffen, dann bitte aber weltweit. Ich bin gespannt, ob der homo sapiens, der alte Hochstapler, dazu fähig ist.

Dr.-Ing. Karl Reißmann, Mittweida

Wir müssen unserem Bundestagsabgeordneten von unseren Sorgen bezüglich des Euros erzählen

Zu: „Mit in die Tiefe gerissen“ (Nr. 15)

Es ist schon ein Drama wie die jeweilig regierende Klasse den „Sozialstaat“ immer weiter aufbläht, so dass er auf Dauer nicht mehr bezahlbar ist. Als würde das nicht reichen, dehnt man ohne jede Not und gegen die EU-Verträge (Maastricht und Lissabon) die Zahlungen auf ganz Europa aus. Wir haben auch mit der D-Mark hervorragend gelebt. Aber es geht, wie wir alle wissen, ausschließlich um ein politisches Konstrukt Europa! Das wollte man irrsinnigerweise mit einer gemeinsamen Währung erreichen. Leider hat man ihn dann entgegen der Zusagen auch an Länder wie Portugal und Griechenland gegeben, obwohl diese die Konvergenzkriterien nicht erfüllten. Man hat hier einfach nur gewettet, diese Länder werden „sich schon angleichen“.

Was ist das eigentlich für eine Währung, die in Deutschland niemand wirklich gewollt hat, die nun ständig „gerettet“ werden muss? Muss man wirklich? Oder sollte man in dieser Situation als größter Nettozahler klugerweise aus dem Euro austreten? Das Recht dazu haben wir wie jeder andere Staat auch. Warum nehmen wir unsere Rechte nicht wahr und wenden „Schaden vom deutschen Volk ab“? Die sogenannten PIIGS-Staaten werden es ohnehin nicht tun, da sie nichts zu verlieren haben.

Meine persönliche Prognose: Der sogenannte Rettungsschirm wird sich beim nächsten „PIIGS-Gewitter“ umdrehen und wird Deutschland mitreißen. Am Ende steht immer ein Staatsbankrott mit Haircut der Bürger!

Mein Rat: Sprechen wir unbedingt mit unserem Bundestagsabgeordneten über unsere Sorgen. Obwohl wir ihn gewählt haben, werden wir ihn in den meisten Fällen gar nicht kennen. Unsere Volksvertreter haben immer Sprechstunden in ihrem Wahlkreisbüro, die mit unseren Steuergeldern finanziert werden. Besonders interessant sind diese Gespräche, wenn Sie sie mit einem direkt gewählten Abgeordneten führen.

H. Grundler, Wiesbaden

Unrichtigkeiten zum Deutschen Orden

Zu: „Vom Heiligen Land an die Ostsee“ (Nr. 8)

Dieser Artikel enthält leider viele Unrichtigkeiten, die so nicht stehen bleiben sollten:

1. Hochmeister Konrad von Feuchtwangen führte den Orden nicht seit 1290, er wurde erst im Herbst 1291 gewählt.

2. Ob Siegfried von Feuchtwangen sein Neffe war, ist unklar.

3. Der Deutsche Orden verlor seine Besitzungen im Veneto erst im 16. Jahrhundert, in Apulien (Neapel) erst am Ende des 15. Jahrhunderts, nicht schon um 1300.

4. Hochmeister Gottfried von Hohenlohe starb nicht am 5., sondern am 19. November 1309.

5. Ein zwischenzeitlicher Hochmeistersitz – zwischen Venedig und Marienburg – in Marburg ist nicht nachweisbar.

6. Marienburgs Gründung ist dem Landmeister Konrad von Thierberg zuzuschreiben, nicht dem späteren Hochmeister Konrad von Feuchtwangen.

Viele der Aussagen beruhen auf veralteter Literatur. 1998 erschien der Band „Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 bis 1994“. Dort hätte man sich über die meisten dieser Fragen besser orientieren können. Soeben sind auch die „Ostdeutschen Gedenktage“ 2009 und 2010 erschienen, wo man sich ebenfalls besser kundig machen kann.

Prof. Udo Arnold, Bad Münstereifel

Euro: Werte rechtzeitig in Sicherheit gebracht

Zu: „Mit in die Tiefe gerissen“ (Nr. 15)

Wenn bis 2014 (EU-weit) die fälligen drei Billionen refinanziert und hunderte von Milliarden neue Schulden entstanden sind, dann sehen wir weiter. Ich denke, dass die 168 Milliarden Aufstockung für den Rettungsschirm schneller verbraucht sein werden, als die Bareinlage von 22 Milliarden eingezahlt werden kann.

Seien wir ehrlich: Jeder weiß, dass es in einem Desaster enden wird. Aber wir möchten alle noch vorher schnell unser kleines Vermögen retten. Ich habe für die bald ungültigen Euroscheine 2009/10 Gold und Silber gekauft. Und Sie? Immobilien? Aktien?

Wirklich gekniffen sind die kleinen Sparbuchbesitzer, die mit ihren fasst fünf Billionen die Zeche bezahlen müssen; egal ob durch eine Währungsreform oder galoppierende Inflation. Die anderen machen dann dort weiter, wo sie vor der Währungsreform aufgehört haben: Altes Spiel, neues Glück, neues Geld, neue Milliardengewinne und neue Boni.

Und der geplünderte Sparbuchbesitzer schaut zu und versteht wieder einmal die Welt nicht mehr und legt ein neues Sparbuch an. Nach zwei bis drei Generationen wird er die Welt wieder nicht verstehen.

Helmut Josef Weber, Marbella, Spanien

Danke fürs Lob

Zu: „Slawisch oder doch eher deutsch“ (Nr. 15)

Zuerst möchten wir von „Slaskie Radio“ uns ganz herzlich für den Artikel in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bedanken. Es ist ein sehr schöner Artikel über unsere Arbeit geworden. Wir haben es schon auf unserer Internetseite platziert. Vielleicht können auch Sie auf unsere Internetseite www.slaskieradio.com verweisen.

Sie haben auch geschrieben, dass wir einen wirklich guten Job machen. Vielen Dank. Ja, ich finde in den vier Jahren haben wir so einiges geschafft und vor allem bewegt.

Ich hoffe, dass ich es irgendwann hauptberuflich machen kann. Es ist aber schwer, heutzutage einen Sponsor zu finden. Mal sehen wie es weiter geht. Nochmals vielen, vielen Dank.

Michal Otrzonsek, Hildesheim

Bisher mit Auslandskunden gute Erfahrungen gemacht

Zu: „EU-Richtlinien mit Pleitegarantie“ (Nr. 10)

Leider kann ich aus eigener Erfahrung als Betreiber mehrerer Webshops den von Herrn Hanert angemahnten Kritikpunkten nicht folgen. Was soll so schlimm daran sein, wenn man in alle 27 EU-Staaten liefern muss? Wir haben bisher mit Auslandskunden keine schlechten Erfahrungen gemacht. Wir wundern uns viel mehr, wie manchmal unsere eigenen Landsleute mit uns umgehen. Da werden von Kunden Waren als fehlerhaft reklamiert, wo jeder Laie sieht, dass diese auf nicht sachgemäßen Gebrauch zurückzuführen sind. Was macht man dann als Internet-Händler? Man beißt in den sauren Apfel und erkennt die Reklamation an. Denn mancher legt es regelrecht auf Zoff an. Auch haben wir mit ausländischen Kunden interessanterweise dank PayPal noch nie Probleme mit Zahlungsausfällen gehabt. Dagegen gehört es bei vielen Deutschen regelrecht zu einer Art Sport, bestellte Waren nicht zu bezahlen oder auch, wie bei Textilien gern realisiert, nach Urlaub beziehungsweise festlichem Anlass einfach zurückzusenden. So einfach kommt „dank“ deutschem Recht manch Dampfplauderer im Bewerbungsgespräch zu „seinem“ Armanianzug. Der Internet-Händler ist dann der Dumme, wenn er den zurückgesandten, total verschwitzten Anzug nur noch wegschmeißen kann und Zähne knirschend die Rücküberweisung tätigt, wohl wissend, dass er in einem Rechtsstreit vermutlich „dank“ oft linksdrehender Gerichtsentscheidungen unterliegen wird.

Dann gibt es Speditionen, die wie GLS Europe großspurig mit 24 Stundenzustellservice und einer Versicherung bis zu 750 Euro werben. Ist man dann gezwungen, diese in Anspruch zu nehmen, dann bleibt man im Regen stehen, weil sich GLS mit unendlich vielen Winkelzügen herauswindet.

Ein dritter Punkt ist die sehr oft fehlerhafte Warenauszeichnung deutscher Internet Versandhändler. Da gibt es Anbieter, die bewerben beispielsweise Blaubeersaft. Schaut man dann auf die Inhaltsstoffe, stellt sich heraus, dass besagtes Produkt gerade einmal elf Prozent Blaubeersaft enthält, also nach geltendem Recht gar nicht als Saft bezeichnet werden darf. Denn ein Saft muss bekanntlich einen Fruchtanteil von 100 Prozent haben. Sonst ist er kein Saft. Das heißt das ist offensichtlicher Betrug vor aller Augen.

In diesen Punkten liegen für uns Risiken und weniger in der Notwendigkeit, seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen in mehreren Sprachen zu publizieren. Das ist kein Problem für uns. In einem Punkt hat Herr Hanert vollkommen Recht: Er benennt exakt die deutschen Sonderlokken, die uns allen das Leben schwer machen. Die ganze Thematik „deutsche Abmahnpraxis“ kann keiner unserer ausländischen Geschäftspartner nachvollziehen. Sie ist darauf zurückzuführen, dass in deutschen Ministerien Entscheider sitzen, die bezüglich des Internet-Handels nicht wissen, was sie tun, weil sie vom grünen Tisch entscheiden. Jedes Mal wenn wir in Skandinavien unterwegs sind, fragen wir uns: Gibt es die EU zweimal? Denn viele von deutschen halb- oder gar nichts wissenden Politikern getätigte Entscheidungen werden gern von denselben mit irgendwelchen Regeln der EU begründet, siehe Kraftstoff E10. Fährt man dann in ein anderes EU-Land, staunt man, dass die Menschen das dort vollkommen anders lösten. In Schweden gibt es kein E10. Da gibt es seit Jahr und Tag E85 und es gibt vor allem die Autos, die E85 vertragen.

Gunter Flügel, BalticProducts & Manufakturwaren, Potsdam

Wowereit: Nur Luft

Zu: „Lange Wunschlisten – leere Kassen“ (Nr. 15)

Auf der Seite 3 erscheint ein Bild, das vier Personen zeigt, die einen Spaten voller Sand von sich werfen. Es zeigt, wie der Sand die Spaten verlässt und dann frei im Raum schwebt. Eine gelungene Momentaufnahme. Nur einer hat keinen Sand auf dem Spaten. Gemeint ist der Oberbürgermeister Klaus Wowereit. In diesem Bild zeigt sich mehr als deutlich, Wowereit schaufelt nur Luft wie im wirklichen Leben. Besser konnte sein politisches Tun nicht dargestellt werden.

Klaus Glagau, Münster

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 18 – 7. Mai 2011

MELDUNGEN

Suche nach Kriegsmaterial

Königsberg – Seit Anfang April sind im Innenhof des Museums „Friedländer Tor“ routinemäßige Grabungsarbeiten im Gange. Sie finden im Rahmen einer Untersuchung des gesamten Museumsgeländes statt. Mitarbeiter der Firma „Vorpost Baltiki Plus“ graben nach verschütteten Überbleibseln von Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg. Das Gelände wird deshalb untersucht, weil man schon einmal bei der Reinigung der Belüftungsanlage des Museums auf ein deutsches Sturmgewehr gestoßen war, das anschließend die Sammlung des Museums auffüllte. Im Innenhof war vor einigen Jahren eine große deutsche Mine gefunden worden, die allerdings nicht mehr scharf war. Bei Kampfhandlungen im April 1945 waren direkt auf dem Wall Fliegerabwehrkanonen aufgestellt worden, so dass die Wahrscheinlichkeit, dass sich in dessen Innerem noch Waffen befinden, hoch ist. *MRK*

Stadt geht gegen Kahlschlag vor

Tilsit – Der neue Oberbürgermeister Nikolaj Wojstschew geht energisch gegen Missstände vor. Unter strenge Kontrolle wird der verantwortungslose Umgang mit dem Stadtgrün gestellt. Allein im vergangenen Jahr seien etwa 600 Bäume aus dem Stadtbild verschwunden. Nicht ein einziger Baum wurde in der gleichen Zeit neu gepflanzt, Mittel dafür waren im Haushaltsplan auch gar nicht vorgesehen. Zu den abgeholzten Bäumen gehört die Napoleonslinde, die als Denkmal an die Zeit erinnerte, als Tilsit mit dem Friedensschluss von 1807 im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stand. Würde der Kahlschlag in diesem Tempo weitergehen – so Wojstschew – sei die einst grüne Stadt innerhalb von drei Jahren in eine Einöde verwandelt. Er forderte die sofortige Erarbeitung eines Pflanzplans, damit mit der Neupflanzung von Bäumen rasch begonnen werden kann. *H. Dz.*

Freiwilliger Einsatz für Fluss

Rauschen – Am 1. Mai waren Freiwillige und Schüler aufgerufen, die Flüsse in der Stadt zu reinigen, besonders den die Wolfsschlucht durchfließenden Fluss, der von Georgenwalde über Rauschen in die Ostsee fließt. In dem Gewässer badet niemand, was auch zur Zeit aufgrund der Verschmutzung gar nicht möglich wäre, denn er erinnert eher an eine Kloake. In der Schlucht kommt es häufig zu Erdrutschen, das Wasser wird durch aufgewühlten Schlamm und Erdbrocken verschmutzt, an manchen Stellen staut sich der Durchfluss fast ganz. Um die weitere Zerstörung des Flusslaufs aufzuhalten, kamen neben Schülern auch freiwillige Helfer mit Harken und Schaufeln aus der Hauptstadt nach Rauschen. *MRK*

Stößt die Kirche Kalinin vom Sockel ?

Pläne für Neubauten weiterer orthodoxer Gotteshäuser – Ablehnung und Unverständnis bei Bürgern

Die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) dehnt ihren Einfluss in Königsberg weiter aus. Auf dem „Kalininplatz“ gegenüber dem Südbahnhof soll ein Komplex ähnlich dem des Klosters in Sergijew Posad entstehen. Wird Kalinin der Kirche weichen müssen?



Gegenüber dem Südbahnhof: In unmittelbarer Nähe des Denkmals soll ein neuer Kirchenkomplex entstehen. Bild: Tschernyschew

Der Grundstein für die neue Kirche wurde rechtzeitig vor den Osterfeiertagen gelegt. Der Kirchenkomplex wird den Namen des Heiligen Sergius von Radonesch, eines in Russland höchst verehrten Heiligen, tragen. Als Bartholomäus zog dieser im 14. Jahrhundert gemeinsam mit seinem Bruder in die Einsiedelei in die Umgebung von Radonesch. Später entstand an dieser Stelle das Dreifaltigkeitskloster in der bekannten Stadt des „Goldenden Rings“ um Moskau, Sergijew Posad (in sowjetischer Zeit „Sagorsk“).

Als Ort für die neue Kirche wurde der „Kalininplatz“ direkt gegenüber dem Südbahnhof beim Kalinin-Denkmal gewählt. Am 16. April segnete Patriarch Kyrill das Fundament der zukünftigen Kirche und gab damit den Start frei für die erste Bauphase, in der eine kleine Kapelle mit Sonntagsschule entstehen soll. Bis zum Sommer soll die hölzerne Kapelle fertiggestellt sein. Die Kirche selbst wird im altrussischen Stil gebaut, jedoch soll sie den Bahnhof nicht übertreffen.

In einem Interview, das Chefarchitekt Oleg Kuperjadjew der Nachrichtenagentur „Klops“ gab, zeigte dieser sich überrascht über die plötzliche Änderung der Bauplanung. Offenbar hatte man ihn während seines Urlaubs nicht über die Verwendung des städtischen Grundstücks unterrichtet, auf dem eigentlich eine Filiale der Bürgermeister Alexander Jaroschuk gehörenden Kette „Baucenter“ entstehen sollte.

Die orthodoxe Diözese erklärte, dass im Generalplan der Stadt lediglich festgelegt worden sei, dass das Grundstück mit einem öffentlichen Gebäude bebaut werden müsse. Der letzte Pächter habe der Diözese das Grundstück überlassen. Die plant, in zwei bis drei Jahren einen ganzen Komplex von Gebäuden zu bauen, mit der Kirche im Mittelpunkt. Da die Finanzierung nicht sichergestellt scheint, hat die Kirche mit dem Sammeln von Spenden begonnen.

Chefarchitekt war nicht informiert

Angeblich hatten die Bürger selbst bei der ROK darum gebeten, am Südbahnhof eine Kirche zu bauen. Die Diözese erklärte, die benachbarten Kirchen seien schon überfüllt und ihr Ziel sei es, pro 10 000 Einwohner eine Kirche zur Verfügung zu stellen. Nach dieser Einschätzung müssten im Königsberger Gebiet mindestens 40 orthodoxe Kirchen vorhanden sein, zur Zeit sind es 17.

Die Bürger wurden nicht wirklich befragt. Anders ist nicht zu erklären, dass viele überrascht waren. Die meisten Menschen reagierten mit Unverständnis. Ihnen wäre ein neues Parkgelände oder ein Sportplatz lieber gewesen

Dass die ROK sich für ihren Kirchenneubau ausgerechnet den „Kalininplatz“ ausgesucht hat, beunruhigt vor allem die Kriegsveteranen. Sie befürchten, dass das Denkmal ihres Kriegshelden Michail Kalinin der Kirche wird weichen müssen. Das gleiche Schicksal erlitt das Lenin-Denkmal auf dem Hansaplatz, als dort die Christi-Erlöser-Kathedrale gebaut wurde. *Jurij Tschernyschew*

Diskussion um Denkmal

Elbing: Teil eines polenweiten Streits um die eigene Geschichte

Lange gab es in Elbing kein richtiges Stadtzentrum, da die Altstadt im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstört wurde. Erst nach vielen Jahrzehnten begann man mit einem mühsamen Wiederaufbau. Die neu entstandenen Gebäude finden jedoch nicht bei allen Gefallen, weil die Rekonstruktion der ehemaligen Giebelhäuser nicht originalgetreu, sondern recht willkürlich an die alten Baupläne angepasst worden ist. Deswegen macht die wiederhergestellte „Altstadt“ eher einen disneylandartigen Eindruck. Gleichzeitig wurde die Frage der Rekonstruktion anderer geschichtlicher Baudenkmäler Elbings aufgeworfen. Bereits in den 90er Jahren kam die Idee auf, den am damaligen Friedrich-Wilhelm-Platz (jetzt Plac Słowianski) befindlichen Brunnen, den bis 1945 die Gestalt des Stadtgründers Hermann von Balk zierte, wieder herzustellen. Da aber dafür eine Billigung des Stadtrates erforderlich ist, fiel die Idee bei einer internen Abstimmung durch. Vor einiger Zeit entflammte die Diskussion aber aufs Neue. Sowohl auf Internetforen als auch bei den Lokalmedien melden sich Befürworter und Gegner dieses Konzepts. Die Figur des Landhofmeisters Hermann von Balk, der außer Elbing auch Thorn und Marienwerder die Stadtrechte verlieh, gilt als höchst umstritten. Er gilt manchen Elbingern auch heute noch als ein Urbild des unerwünschten Einwanderers aus dem dunklen Mittelalter. Zur Bildung einer solch negativen Kreuzritter-Legende haben die harten Auseinandersetzungen der letzten 150 Jahre zwischen Deutschland und Polen wesentlich beigetragen. In der polnischen Literatur wird Hermann von Balk als rücksichtsloser Ritter dargestellt, der keine Untat scheute, um seinen Machtwillen und Eroberungsansprüche durchzusetzen.

Hermann von Balk als rücksichtsloser Ritter dargestellt

Da der Elbinger Streit ein Teil der polenweiten Diskussion über die Auffassung eigener und fremder Geschichte ist, wurde darin sogar einer der namhaftesten Historiker und ehemalige Kultusminister Polens, Henryk Samsonowicz mit einbezogen. In einem Interview in der Wochenzeitschrift „Polityka“ sprach er über die Einstellung der Polen zum Erbe des Deutschen Ordens sowie zu Hermann von Balk. Der renommierte Mediävist Samsonowicz erinnerte an folgende Fakten: „Die Burgen in Masowien wurden nach Entwürfen für die Kreuzritter-Burgen errichtet. Interessant ist der architektonische Ursprung Warschaus, weil die Stadt nach städtebaulichen Plänen des Deutschen Ordensstaates gebaut wurde. Ein Teil des Grundrisses von Warschau ist eine Replik jenes in Rosenberg, Deutsch Eylau und Riesenburg. Nicht nur die Architektur, sondern auch das masowische Stadtrecht orientierte sich an der Kulmer Handfeste des Deutschen Ordens.“ Abschließend nimmt der Historiker Stellung zur heiß diskutierten Sache des Hermann-von-Balk-Brunnens: Ein Denkmal dieses Kreuzritters mitten in einer jetzt polnischen Stadt würde den Mediävisten keineswegs stören. Es bleibt zu hoffen, dass diese ausgewogene und mit überzeugenden Argumenten belegte Stimme eines nahmhaften Wissenschaftlers nicht nur eine Schlichtung des Streits in Elbing, sondern auch eine Umwälzung bei der polnischen Wahrnehmung der Hinterlassenschaft des Deutschen Ordens bewirken wird. *Grzegorz Supady*

Frühjahrsputz

Königsberger kämpfen gegen Schmutz

Königsberg wiederholt Kasseler Erfahrungen: Waschbären sind lästig. Im Januar 2008 rissen die ersten „Enoty“ aus dem Königsberger Zoo aus und müssen seither mit Mühe eingefangen werden. Auch sonst gibt es in der Stadt viel zu tun, in Form des „Subbotnik“, den von Lenin eingeführten „freimüßigen“ Arbeitseinsätzen. Lenin gilt bei Königsbergern zwar als „swolotsch“ (Dreckskerl), aber wenn mit seinen Ideen Gutes getan und Geld gespart werden kann, dann nutzt Verwaltungschefin Swetlana Muchomor dies. Am 15./16. April rief sie zum zweitägigen „Subbotnik“ auf. Nur so war der Schutt wegzuräumen, der bei der Schneeschmelze zum Vorschein kam – tausende Kubikmeter.

Abfallräumung gehört zum Frühjahrsputz, offiziell „Monat der Sauberkeit“, der Königsberg bis Mitte Mai in Atem hält: 26 Hektar „Wald- und Parkzonen“, vier große Parks und über 50 kleine müssen „durchgekämmt“ werden, die Flussufer des Pregel brauchen „sanitäre Säuberung“, desgleichen die Randstreifen der großen Ausfallstraßen. Die Königsberger machten gern mit, warteten gar ungeduldig darauf, dass ihre Lieblingsecke, das Gebiet rund um den Dom, für Saubermänner freigegeben wurde. Die Stimmung in der Stadt ist aggressiv gegen „Schutt und Dreck“ und wird von Lokalzeitungen und der Nachrichtenagentur „Klops“ mit der Aktion „Gefährliche Bauruinen“ noch aufgeheizt. Die Bürger sollen mit Brief und Bild melden, wo in der Stadt Bauten bröckeln, Treppen zerfallen, Wände einstürzen, damit das Unternehmen „Städtischer Wegebau und Reparatur“ endlich aktiv wird. Die Meldungen sind zahlreich und unverblümt und haben die Stadtverwaltung zu Strafverfahren gegen staatliche Eigentümer verluderter Bauten angeregt. Derzeit werden in Königsberg Schilder aufgestellt, die Touristen zu Sehenswürdigkeiten leiten. „Die Stadt muss sich vor Gästen schämen, denn sie hat keine durchdachte urbanistische Konzeption“, rügt Gouverneur Nikolaj Zukanow. *Wolf Oschlies*

Härtere Strafen gegen Eigentümer verlotterter Bauruinen

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn ich mit Menschen spreche, die sich nie mit den Schicksalsfragen der Vertriebenen beschäftigt haben, dann stoße ich oft auf Unverständnis. Warum sollte man jetzt, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende, noch immer nach vermissten Angehörigen suchen? Gibt es denn noch authentische Zeugen, die etwas über die spurlos Verschwundenen aussagen könnten, ließen sich diese überhaupt finden? Aus Kindern wurden Erwachsene, die ihren Lebensweg unter fremden Menschen in einem fremden oder fremd gewordenen Land gehen mussten, die heute auf der Schwelle zu ihrem Lebensabend stehen oder ihn längst erreicht haben. Hat die Zeit die Erinnerungen an ihre Kindheit, die in unendlich erscheinender Ferne liegt, nicht längst gelöscht? Lasst doch die Vergangenheit ruhen! So sagen sie oder meinen es jedenfalls und sind dann sehr verwundert, wenn wir ihnen die Gründe der Suchenden erklären und von unseren Bemühungen um die ungelösten Schicksalsfragen berichten. Zu denen heute eine neue hinzukommt, die uns von Frau **Brigitte Hawertz** aus Remscheid übermittelt wurde. Die sie wiederum von Frau **Brigitte Trennepohl** aus Ibbenbühren erhielt, an die sich Frau **Ilse Berg** aus Diepholz als Suchende gewandt hat.

Das klingt etwas kompliziert, ist es aber nicht, denn beide Übermittlerinnen haben gute Vorarbeit geleistet. Frau Trennepohl als Betreuerin der „Wolfskinder“ aus ihrem Heimatkreis Gerdauen, Frau Hawertz als 2. Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Gerdauen und Gestalterin des Heimatbriefes, in dem dieser Suchwunsch erscheinen wird. Da aber viele Landsleute angesprochen werden sollen – und das möglichst schnell, Zeit ist kostbar – bat mich Frau Hawertz, ihn auch in unsere Kolumne aufzunehmen. Was hiermit gerne geschieht, zumal die Informationen von Frau Berg so formuliert sind, dass es vorerst keiner weiteren Nachfragen bedarf, zumal auch beide Übermittler eigene Recherchen angestellt haben.

Es handelt sich um ein „Wolfskind“, eines jener Kinder, die – zumeist aus Nordostpreußen nach Litauen geflohen – dort trotz russischem Ausweisebefehl verblieben, untertauchten oder von den Bewohnern versteckt wurden. Sein Name: **Erich Oelsner**, *14. 02. 1939 in Reuschenfeld, Kreis Gerdauen, als jüngster Sohn des Postboten **Fritz Oelsner** und seiner Frau **Minna**, geb. **Borchert**. Die ältesten Kinder waren bereits erwachsen: **Frieda** *1920 war in einem Altersheim tätig, **Fritz** *1925 kam nach der Dachdeckerlehre zur Marine, **Martha** *1923 war Köchin auf einem Gut, verheiratet mit **Erich Müller** und Mutter eines Sohnes, **Erna**, *1929 und **Ilse** *1935. Die heute 75-jährige ist die Schwester, die noch immer nach ihrem Bruder sucht. Auch sie war ein „Wolfskind“ – aber das soll sie selber erzählen:



Masuren: Roter Mohn blüht in der Natur.

Bild: Archiv

„Im Januar 1945 sind wir mit unserer Mutter, den Schwestern Martha und Frieda und anderen Reuschenfeldern zur Flucht aufgebrochen. Wir kamen aber nur bis Saalau, wo unsere Mutter an Entkräftung verstarb. Frieda, deren kleiner Sohn **Manfred** in Pr. Eylau verstorben war, beschloss mit Erich und mir nach Litauen zu gehen. Nach einigem Herumziehen sind wir nach Skaudville gekommen, wo ich von der Hebamme **Habdank** aufgenommen wurde, während mein kleiner Bruder keine Bleibe fand. Er zog in der Gegend umher und kam mal zu Frieda oder zu mir. Ich musste dann bei einer Bauernfamilie arbeiten, aber die Lage wurde unerträglich und so kam ich wieder zur Familie Habdank, wo ich es sehr gut hatte. Ich blieb auch dort, als Frieda nach Kaunas ging. Erich zog weiter als „Wolfskind“ herum, er wurde von den Litauern „Jürgi“ oder „Jörgi“ gerufen und sprach bald Litauisch. Als alle Deutschen 1951 schlagartig auf Befehl der Russen Litauen verlassen mussten, konnte ich ihn nicht suchen, weil die Miliz schon vor der Tür stand. Ich konnte mich nicht einmal von Frau Habdank verabschieden. Ganz allein musste ich die Ausweisung erleben. Mein Transport führte mich zunächst in das Auffanglager Fürstenwalde, wo ich bei jedem eintreffenden Zug nach den Geschwistern forschte. Dann kam ich in das Kinderheim Kyritz. Meine Hoffnung, dass dort auch Erich angelangen würde, hat sich leider nie erfüllt. Wir wissen nicht, ob er in Litauen blieb, sich als Litauer ausgab und dann unter anderem Namen dort lebt. Oder ob er in ein russisches Lager kam oder schon jung verstorben ist!“ Oder … oder … oder. Es gibt viele Möglichkeiten, wo und wie Erich weiter lebte, aber die Suche nach ihm blieb bisher ergebnislos. Ob über das Deutsche und Litauische Rote Kreuz, ob über Staatsarchive und andere Institutionen: Immer gab es nur negative Auskünfte. Sicher ist, dass Erich einen anderen Namen angenommen hat, er könnte vielleicht „Jurgis“ heißen. Da der Junge aber Anfang der 50er Jahre noch keinen festen Wohnsitz hatte, kann es auch sein, dass er aufgegriffen wurde und in ein russisches Lager kam. Mit Sicherheit hat er seine deutsche Herkunft verschwiegen, von der er gewusst hat, denn er hatte ja zu Beginn der 50er Jahre noch Verbindung zu seinen Schwestern. Da hielt sich der Zehnjährige im ländlichen Raum um Skandville auf, dort fühlte er sich wohl, nach Kaunas wollte er nicht. Wenn er noch lebt, dürfte der heute über 70-jährige längst eine eigene Familie haben. Nun heißt es also: Ostpreußische Familie, hilf! Natürlich ist der in Frage kommende Informantenkreis in unserer Leserschaft begrenzt, aber die *PAZ* wird ja auch von ehemaligen „Wolfskindern“ und ihrem Freundeskreis gelesen, und da docken wir unsere Hoffnung an. Vielleicht klingelt bald bei Frau Ilse Berg in 49356 Diepholz, Saaleweg 10, das Telefon: (05441) 3310.

Auch wenn eine negative Antwort kommen sollte – für die meisten Suchenden ist die Wahrheit wichtiger als die Ungewissheit, auch wenn sie schockiert. Und das nicht nur die Betroffenen, sondern auch für mitfühlende Leserinnen und Leser und vor allem die Landsleute, die sich als Mittler und Helfer um eine Aufklärung bemühen. Wie Herr **Dietmar Wrage**, der sich seit langem mit einem Vorfall beschäftigt, der sich im Februar 1945 in den Wirren der Flucht im Samland zugetragen hat. Herr Wrage hatte mir schon einmal eine Kurznotiz zukommen lassen, aber sie bestand nur aus wenigen Zeilen und bot zu wenig Information. Nun hat er sich erneut an mich gewandt, und da jetzt einige Fixpunkte vorhanden sind, die eine Veröffentlichung ratsam erscheinen lassen, erfülle ich gerne seinen Wunsch und bringe hiermit seinen Suchwunsch, den man als „Aufruf an eine Unbekannte“ ansehen kann, denn so hat er ihn formuliert:

„Sehr geehrte, liebe, unbekannte Landsmännin, nehmen Sie Ihr Geheimnis nicht mit ins Grab. Haben Sie und der **Hubertus**, dessen Namen Sie nicht kannten, überlebt? Es ist der 3. Februar 1945 auf dem Treck zwischen Goldschmiede und Fuchsberg im Samland. In einem schnellen Zugriff nehmen Sie das Kleinkind **Hubertus Grigull**, *13.08.1944, aus seiner sicher geglaubten Umgebung an sich und entschwinden unauffindbar. Auch jetzt nach über 66 Jahren kennt der Hubertus nicht seine wahre Identität. Haben Sie das Kind irgendwo abgegeben oder selbst aufgezogen, teilen Sie es mir mit!“

Was ist damals geschehen? Warum hat die unbekannte Frau das Kind von einem Treckwagen gegriffen und ist mit ihm weiter gezogen? Es war bitterkalt, und der erst fünf Monate alte Junge muss doch warm eingepackt gewesen sein, ein kleines Bündel Mensch. Hat es diese fremde Frau aus Mitleid getan, vielleicht, weil das hungernde Kind schrie und sie glaubte, dass sich niemand um es kümmerte? War es eine Kurzschlusshandlung, oder steckte eine Tragödie dahinter? Hatte sie vielleicht gerade ihr eigenes Kind verloren und ergriff sich ein anderes in ihrer verletzten Mütterlichkeit? Gewiss ist, dass der fremden Frau weder der Name noch die Herkunft des Kleinkindes bekannt waren, so dass die leibliche Mutter gar nicht gesucht werden konnte – aber wollte sie das überhaupt? Sind sie und das Kind umgekommen irgendwo auf der Flucht über Land oder auf See? Fragen über Fragen, und es sind wohl die schwierigsten, die wir je in unserer Ostpreußischen Familie gestellt haben, und wir dürften wohl kaum eine klärende Antwort bekommen. Trotzdem: Wer sich Herrn Dietmar Wrage mitteilen möchte, hier sind Anschrift und Telefonnummer: Am Steinkreuz 7 in 22941 Bargteheide, Telefon (04532) 400910, Fax (04532) 400980, E-Mail: pobethen-dietmar@t-online.de

Aber es gibt ja immer wieder Wunder! Denn wenn die Geschichte stimmt, die ein Leser bestätigt haben will, dann ist sie schon ein solches, denn sie klingt so, wie sie uns übermittelt wird, unglaubhaft. Allerdings muss sie schon vor längerer Zeit geschehen sein, da soll sie im *Ostpreußenblatt* gestanden haben. Leider kann sich niemand in der Redaktion an diese Veröffentlichung erinnern, ich auch nicht. In der „Ostpreußischen Familie“ dürfte sie nicht erschienen sein, jedenfalls nicht in den letzten drei Jahrzehnten, seit ich sie betreue – ich hätte sie nie vergessen. Genau wie Herr **Rolf Müller** aus Weeze, der sich an sie erinnerte, als er kürzlich ein Bild mit leuchtend rotem Mohn sah. Denn es war roter Mohn, der zu dem Wiederfinden eines Geschwisterpaares führte, das Krieg und Flucht auseinandergerissen hatten. Seine Frau hatte diese Geschichte genauso fasziniert, zumal sie ihre Heimat Ostpreußen betraf. **Gertrud** Müller war eine geborene **Waltereit** und stammte aus Pillupönen/Schlossbach, Kreis Stallpönen /Ebenrode Als sie vor zwei Jahren starb, blieb ihr Mann ein treuer Leser unserer Zeitung. Er suchte nun in ihrem Nachlass, in dem er auch den Zeitungsausschnitt mit der Mohn-Geschichte vermutete, nach dem Abdruck, konnte ihn aber nicht finden. Deshalb wandte er sich mit der Bitte an uns, ihm eine Kopie zu übersenden, aber wo suchen, wenn weder Titel noch Daten noch Namensangaben vorhanden sind? Der einzige Bezugsbegriff ist „roter Mohn“. Und das ist kurz gefasst die Geschichte, wie sie Herr Müller in Erinnerung hat: Irgendwo in Ostpreußen wächst während der Kriegsjahre ein Geschwisterpaar auf. Der Junge, der ein Muttermal hinter einem Ohr hat, malt mit Vorliebe Bilder von leuchtend rotem Mohn. Den finden er und seine Schwester ja auf den heimatlichen Feldern. Es kommt die Flucht, Eltern und Kinder werden auseinandergerissen. Die Schwester versucht immer wieder, ihren Bruder zu finden, gibt schließlich auf. Sie heiratet, bekommt einen Jungen. Als dieser in die Schule kommt, bringt er eines Tages ein von seinem jungen Lehrer gemaltes Bild mit. Es zeigt roten Mohn, von dem der Lehrer immer wieder erzählt. Sein Name sagt der Mutter aber nichts, doch sie geht mit ihrem Sohn in die Schule, um mit dem Lehrer zu sprechen: Es ist ihr Bruder. Den endgültigen Beweis erbringt das Muttermal hinter dem Ohrläppchen.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Fast klingt diese Geschichte zu schön, um wahr zu sein. Vielleicht handelt es sich ja auch um eine fiktive Geschichte, eine Erzählung, die vielleicht einen wahren Kern hat. Es wäre auch noch so vieles zu hinterfragen, aber das bringt uns nicht weiter. Was uns helfen könnte, wäre die Erinnerung einer Leserin oder eines Lesers an diese Veröffentlichung im „Ostpreußenblatt“. Sie müsste, wenn sie tatsächlich auf Wahrheit beruht, kurz nach dem Geschehen etwa in den 60er Jahren erfolgt sein. Der „rote Mohn“ könnte sich nicht nur Herrn Müller sondern auch anderen Lesern eingeprägt haben. Anscheinend hat seine Frau das betreffenden *Ostpreußenblatt* bewusst aufbewahrt, vielleicht, weil das Geschwisterpaar aus ihrer engeren Heimat stammte? Aber das sind Vermutungen. Wer konkrete Hinweise auf die Veröffentlichung geben kann, wende sich bitte an Herrn Müller oder an uns. Schon eine zeitliche Eingrenzung könnte weiter helfen. (Rolf Müller, Elisabethstraße 2 in 47652 Weetze, Telefon: 02837/95607)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Gedenken in Gdingen an die größte Schiffskatastrophe

66. Jahrestag der Versenkung der »Wilhelm Gustloff«, »Steuben« und »Goya« – Kranzniederlegung an der Ostseepromenade

Seit 1997 werden in Gdingen Gedenkveranstaltungen zum Tag der Versenkung der Evakuierungsschiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ abgehalten. 1945 fanden über 20 000 Menschen in der Ostsee den Tod, verursacht durch die sowjetischen U-Boote. Über 7000 Frauen und Kinder ertranken damals. Nur 176 Menschen überlebten diese Katastrophe. Die diesjährige Gedenkfeier wurde vom Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen unter der Leitung des Vorsitzenden Benedikt Reschke organisiert. Wie immer war der Ort der Gedenkfeier die Seemannskirche in Gdingen, wo sich die Gedenktafel für die Opfer dieser Seekatastrophe befindet. An der Veranstaltung nahmen der deutsche Konsul in Danzig, Gerhard Weicht, Mitglieder der deutschen Minderheit aus West- und Ostpreußen, Vertreter der deutschen Minderheit in Danzig, die Jugendgruppe der deutschen Minderheit in der Republik Polen sowie die Kulturassistentin der deutschen Minderheit, Vertreter der deutsch-polnischen Gesellschaften aus Danzig und Gdingen, der Chor „Vaterhaus“ aus Allenstein, Angehörige der evangelischen Gemeinde aus Stolp in Pommern mit Pastor Wojciech Fröhlich und zahlreiche Einwohner aus Gdingen, Danzig und Umgebung teil. Die Kirche war mit deutschen und polnischen Besuchern gefüllt.

Seit 1997 erinnern sich Deutsche und Polen gemeinsam

20 Minuten vor dem Gedenkgottesdienst gaben die Chöre der deutschen Minderheit „Vaterhaus“ aus Allenstein und „Stella Maris“ aus Gdingen in Begleitung des Trompetenbläsers Piotr Kukowski ein Konzert. Den Trauergottesdienst hielt Priester Edward Pracz, Seelsorger für die Seeleute, und der Pfarrer Wojciech Fröhlich von der evangelischen Gemeinde in Stolp. Die Messe zelebrierte der Schweizer Pfarrer Dr. Siegmund Iwicki, der selbst aus Westpreußen stammt.

Eva Reschke eröffnete die Gedenkfeier mit einem selbst verfassten Gelegenheitsgedicht „Den Gustloffopfern“. Pastor Wojciech Fröhlich erinnerte in seiner Predigt an die tragischen Ereignisse auf See am Ende des Krieges. Besonders hob er die tragische Situation der Frauen und der Kinder, die vor den Sowjets fliehen mussten, hervor.

„Bei diesem Begräbnis gab es keine Blumen, keinen Trauermarsch, keine Totenlichter, es gab nur Verzweiflung und die erbarmungslosen Fluten der Ostsee, die Tausende von Menschenleben verschlungen haben. Solche Namen wie Goya, Gustloff, Katyn und Auschwitz erinnern uns auf eine brutale Art an die Schrecken des Krieges. Die Jahrestagsfeier hat die Aufgabe, die kommenden Generationen vor der Barbarei zu warnen, welche der Mensch verschuldet, der einen Krieg entfachte, sozialen Hass schürt oder eine irre Idee der Überlegenheit über den Anderen verbreitet.“

Auf brutale Art an die Schrecken des Krieges erinnert

Die Kirche war voll und alle waren begeistert von dem Auftritt des Chores „Vaterhaus“ und darüber, dass dieser so wunderschön in der Muttersprache gesungen hatte.

Während der heiligen Messe wurde für die Opfer und für die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen gebetet. Auch für Papst Benedikt XVI.

Nach der Messe wurden Kränze und Blumen vor der Gedächtnistafel für die Opfer der versenkten Evakuierungsschiffe niederlegt. Als erster legte der deutsche Konsul einen Kranz in den deutschen Nationalfarben der Bundesrepublik Deutschland nieder. In seiner Ansprache sagte er: „Es ist inzwischen schon eine gute Tradition, dass wir Deutsche und Polen uns hier in Gdingen treffen, um gemeinsam der vielen Tausend Menschen zu gedenken, die vor inzwischen 66 Jahren in tragischer Weise Opfer einer der größten Schiffskatastrophen der Menschheit wurden.“

Im Anschluss an die Gedenkfeier in der Kirche kamen die Teilnehmer zur Uferpromenade am Skwer Kosciuszki. Auch hier wurde eine Gedenkstunde mit Kranzniederlegung abgehalten. Lichter und Kerzen wurden angezündet und anschließend das „Vater unser“ auf Deutsch und Polnisch für alle Opfer gemeinsam gebetet.

Im Rahmen des Treffens war auch ein Vortrag „Ostsee Exodus und die Flucht“ von Artur Kawinski gehalten worden. Die anwesenden Vertreter der deutschen Volksgruppe aus dem südlichen Ostpreußen hatten die Gelegenheit, sich näher kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. *B. R.*

Wir gratulieren ...

ZUM 106. GEBURTSTAG

Maas, Herta, geb. **Stangwald**, aus Elbing, Sonnenstraße 39, jetzt DRK-Altenzentrum, Warburghof 3, 30627 Hannover, am 11. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kannappel, Helene, geb. **Kannappel**, aus Wehlau, jetzt Gensler Weg 4 B, 21614 Buxtehude, am 13. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Handrock, Immanuel, aus Lyck, jetzt Burgstraße 31, 14467 Potsdam, am 12. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Burmester, Lise, jetzt Feuergräfenstraße 12, 23879 Mölln, am 14. Mai

Weinrich, Gertrud, geb. **Kröhnert**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, jetzt Spichernstraße 13, 31135 Hildesheim, am 10. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brasack, Paul, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Am Windfang 6 A, 31812 Bad Pyrmont, am 9. Mai

Bux, Otto, aus Ribben und Pustnick, Kreis Sensburg, jetzt Faberstraße 32, 44379 Dortmund, am 3. Mai

Kosakowski, Siegfried, aus Lyck, Yorkstraße 34, jetzt Am Eichenkamp 24, 51588 Nümbrecht, am 9. Mai

Olschewski, Ernst, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Kirchzartener Straße 14, 79117 Freiburg, am 14. Mai

Uhse, Elisabeth, aus Königsberg, jetzt Bayernstraße 10, 34131 Kassel, am 11. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kleinke, Elfriede, geb. **Szesny**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Orleansstraße 75 C, 31135 Hildesheim, am 9. Mai

Schick, Margarete, geb. **Lelewell**, aus Lyck, Hindenburgstraße 21, jetzt Schillerstraße 39, 21423 Winsen, am 14. Mai

Tabatt, Erna, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Lange Koppel 2, 22926 Ahrensburg, am 11. Mai

Wenzel, Gertrud, geb. **Kischke**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Walter-Schweter-Straße 23, 56112 Lahnstein, am 11. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breyer, Erich, aus Wehlau, Essener Straße, jetzt Hauptstraße 91, 40764 Langenfeld, am 12. Mai

Freiwald, Eugenie, geb. **Tauber**, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt Pommernweg 5, 29303 Bergen, am 14. Mai

Wagner, Magdalene, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, jetzt Schlangenweg 21, 70499 Stuttgart, am 13. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Harder, Gerda, geb. **Meschonat**, aus Lyck, Morgenstraße 31, jetzt Tönningweg 6, 22926 Ahrensburg, am 11. Mai

Ruddies, Else, geb. **Urbigkeit**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, jetzt 24361 Holzbunge, am 14. Mai

Stryewski, Hildegard, geb. **Ullisch**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Hohen Ufer 65, 28759 Bremen, am 13. Mai

Trosien-Belz, Hildegard, geb. **Pluquett**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Speyerer Straße 78, 68163 Mannheim, am 10. Mai

Wernik, Otto, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Liesendahler Weg 5-7, 51399 Burscheid, am 10. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adomeit, Curt, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Kettelerstraße 5, 50126 Bergheim, am 10. Mai

Alex, Grete, geb. **Hensel**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Gerhart-Hauptmann-Straße 2, 01465 Langebrück, am 13. Mai

Balschun, Klara, geb. **Ludorf**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Langenbochumer Straße 451, 45701 Herten, am 10. Mai

Chmielewski, Margarete, geb. **Berg**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Everskamp 36, 40885 Ratingen, am 13. Mai

Dost, Paul, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Dhünner Straße 5, 42929 Wermelskirchen, am 12. Mai

Hess, Erika, geb. **Thews**, aus Ebenrode, jetzt Sandhauser Straße 43 A, 13505 Berlin, am 9. Mai

Krause, Ingeburg, geb. **Canditt / Thimm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hinsbleek 11, Haus „Dahlie“, Zimmer 208, 22391 Hamburg, am 11. Mai

Neumann, Herta, geb. **Schnitzer**, aus Kreis Heiligenbeil, jetzt Stephanusplatz 9 A, 59075 Hamm, am 10. Mai

Pietrzyk, Harry, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wolfhagener Straße 28, 60433 Frankfurt, am 11. Mai

Quiring, Lisbeth, geb. **Schuppin**, aus Katzendorf, Kreis Mohrungen, jetzt Derner Straße 30, 59174 Kamen, am 10. Mai

Rowedder, Selma, geb. **Karbaum**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt Untere Grabenstraße 35, 88299 Leutkirch, am 15. Mai

Rubbel, Klaus, aus Wehlau, jetzt Elbinger Straße 10, 25335 Elmshorn, am 14. Mai

Szillat, Hedwig, geb. **Bolz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Mozartstraße 1, 07580 Ronneburg, am 15. Mai

Tallarek, Helene, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, jetzt Döhrener Weg 31, 27211 Bassum, am 9. Mai

Weber, Eva, geb. **Badt**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Bevenser Weg 10, 30625 Hannover, am 10. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brandt, Lisbeth, geb. **Podschun**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, jetzt Beguinenstraße 1, 47228 Duisburg, am 12. Mai

Briese, Friedrich, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Angermunder Straße 237, 47269 Duisburg, am 11. Mai

Dorroch, Wally, geb. **Grubert**, aus Geidingen, Kreis Elchniederung, jetzt Haus Pro Geriatrie, Fürst-Adolf-Straße 13, 31707 Bad Eilsen, am 11. Mai

Froese, Liesbeth, geb. **Port**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Schwenckestraße 3, 20257 Hamburg, am 13. Mai

Jacobeit, Prof. Dr. Wolfgang, aus Lyck, jetzt Gartenstraße 5, 16798 Fürstenberg, am 13. Mai

Kasperowski, Gertrud, aus Neidenburg, jetzt Natruper Straße 121, 49076 Osnabrück, am 13. Mai

Lask, Margarete, geb. **Borchmann**, aus Treuburg, jetzt Bolderbergweg 33, 40629 Düsseldorf, am 15. Mai

Panzer, Gerda, geb. **Sallowsky**, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Bülowstraße 14, 23566 Lübeck, am 12. Mai

Philipp, Frida, geb. **Philipp**, aus Heiligenbeil, Dreßlerstraße 14, jetzt Schornreuteweg 6, 88212 Ravensburg, am 5. Mai

Reszat, Eva-Maria, geb. **Brosowski**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Bahnhofstraße 2, 18510 Elmenhorst, am 14. Mai

Sbrzesny, Erich, aus Lyck, Litzmannstraße 9, jetzt Rönnauer Ring 51, 23570 Lübeck, am 9. Mai

Schröder, Ursula, geb. **Arndt**, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ohlenkamp 9, 24613 Aukrug/Innien, am 9. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bastek, Gertrud, geb. **Piotrowski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Selhofer Weg 69, 49324 Melle, am 9. Mai

Böhm, Dora, geb. **Pohling**, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dresdener Straße 14, 46238 Bottrop, am 5. Mai

Burdina, Grete, geb. **Grzanna**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Bunzlauer Straße 30, 45801 Gelsenkirchen, am 10. Mai

Christner, Edith, geb. **Knoch**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Kammweg 1, 72762 Reutlingen, am 11. Mai

Domke, Annegret, geb. **Gutzeit**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Otto-Hahn-Straße 31, 24211 Preetz, am 13. Mai

Ermel, Manfred, aus Roddau Perkuiken, Adamswalde, Kreis Wehlau, jetzt Am Rosenhag 5, 30974 Wennigsen, am 15. Mai

Göbel, Emmy, geb. **Tessarek**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 1-3, 58452 Witten, am 9. Mai

Goretzki, Walter, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Heideweg 1 A, 29342 Wienhausen, am 11. Mai

Grallert, Hildegard, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Seilerstraße 60, 31655 Stadthagen, am 9. Mai

Hopp, Bruno, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, jetzt Beckersbergring 46, 24558 Henstedt-Ulzburg, am 15. Mai

Jösten, Brigitte, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Sudetenstraße 25, 35039 Marburg, am 11. Mai

Kathage, Hildegard, geb. **Holstein**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Rapsstieg 11, 22941 Bargteheide, am 12. Mai

Küsener, Erna, geb. **Sotzek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, jetzt Starenschleife 41, 59071 Hamm, am 10. Mai

Kung, Edith, geb. **Alzuhn**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Kiefernweg 20, 47495 Rheinberg, am 15. Mai

Michaelis, Ursula, geb. **Berger**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Röhrenstraße 9, 40472 Düsseldorf, am 13. Mai

Randzio, Heinz, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, jetzt Deberndorfer Weg 10, 90449 Nürnberg, am 14. Mai

Rosinski, Christel, geb. **Meyer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Mauerstraße 6, 18439 Stralsund, am 12. Mai

Rywoll, Günter, aus Heiligenbeil, Karbener Weg 3, jetzt Hülsstraße 32, 45772 Marl, am 11. Mai

Siedelmann, Horst, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Stollrain 10, 34323 Malsfeld, am 11. Mai

Sternagel, Erna, geb. Katzwinkel, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenweg 32 A, 44809 Bochum, am 13. Mai

Templin, Gertrud, geb. **Ulke**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Ostlandstraße 14, 31157 Sarstedt, am 12. Mai

Woggon, Ruth, geb. **Palluck**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Jägerallee 11 C, Altenzentrum, 31832 Springe, am 13. Mai

Zeißig, Gertud, geb. **Baumgart**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Alte Hauptstraße 10, 04552 Thräna, am 12. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bromberg, Johannes, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Dornhoop 2, 27432 Bremervörde, am 11. Mai

Dinges, Herta, geb. **Gindler**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Kapellenstraße 22, 65527 Niedernhausen, am 12. Mai

Golembiewski, Alfred, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiehagen 84, 45879 Gelsenkirchen, am 10. Mai

Gräflich, Inge, geb. **Meyer**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schüberg 19, 22949 Ammersbek, am 14. Mai

Heisel, Walter, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Saalfelder Straße 73, 07381 Pößneck, am 11. Mai

Janz, Bruno, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, jetzt Findelsbrink 5, 32457 Porta Westfalica, am 13. Mai

Langer, Ursel, geb. **Tusnat**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Zum Runden Bruch 2 A, 29525 Uelzen, am 13. Mai

Lokowandt, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Bergenring 16, 24109 Kiel, am 15. Mai

Melion, Inge, geb. **Krupka**, aus Waldsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Haidmühlstraße 19, 83714 Miesbach, am 11. Mai

Milewski, Heinz, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Tramper Damm 1, 16259 Falkenberg, am 10. Mai

Pfannebecker, Käthe, geb. **Sauer**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Himmelstraße 31, 22299 Hamburg, am 15. Mai

Tarrach, Kurt, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, jetzt Pappelweg 9, 58453 Witten, am 11. Mai

Volkmann, Edeltraut, geb. **Bergmann**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Emmerichstraße 26, 45894 Gelsenkirchen, am 11. Mai

Voss, Ruth, geb. **Kontusch**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Ringstraße 54, 23714 Malente, am 9. Mai

Wachtel, Gundula, geb. **Schinz**, aus Ebenrode, jetzt Knopfstraße 1, 17489 Greifswald, am 14. Mai

Wagner, Klaus, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, jetzt Schneedeich 73, 21683 Stade, am 11. Mai

Wassenberg, Helga, geb. **Zeier**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Gartenstraße 34, 42653 Solingen, am 9. Mai

Zollgrever, Eva, aus Romitten, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Gewerbestraße 7, 25361 Steinburg, am 2. April



Lichtenstein, Eduard, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, und Frau Edeltraut, geb. **Hetzer**, jetzt Radelandweg 10, 04916 Herzberg, am 12. Mai

Von Profis vorbereitet

Trakehner-Verband bildet Nachwuchs aus

Seit vergangenem Jahr bietet der Trakehner Verband eine neue Ausbildungsförderung an: Vier- und fünfjährige Trakehner werden für drei Monate in ausgewählten Ställen von Profis auf künftige sportliche Herausforderungen vorbereitet. Ihre Besitzer erhalten vom Trakehner Verband für diese Zeit einen finanziellen Zuschuss. Im Rahmen dieses Ausbildungsprogramms werden zwei spezielle Verkaufstage angeboten: Diese finden am 2. Juni auf der Anlage des Reitvereins Darmstadt in Kranichstein und vom 8. bis 10. Juli auf dem Klövensteen in Schenefeld in Verbindung mit dem Dressur- und Springturnier statt.

Die „Youngster“ werden unter dem Sattel und in kleinen Parcours präsentiert – bei beiden Terminen besteht selbstverständlich die Möglichkeit, die Pferde im Anschluss auch auszuprobieren.

In Kürze werden die Kataloge zu den beiden Kollektionen unter www.trakehner-sportpferdemarketing.de online im Internet zu begutachten sein.

Ansprechpartnerin für beide Termine ist Alexa Bendfeldt, Telefon (0151) 17482350.

Trakehner Verband/PAZ

TERMINE DER LO

Jahr 2011

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 7. Mai, 18.45 Uhr, WDR: Unbekannte Karpaten.

Sonnabend, 7. Mai, 20.15 Uhr, BR: Sophie Scholl – Die letzten Tage.

Sonntag, 8. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 8. Mai, 12.05 Uhr, 3sat: Die große Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen.

Sonntag, 8. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die Flucht, Teil 1. 21.45 Uhr: Teil 2.

Montag, 9. Mai, 16.15 Uhr, 3sat: Storchenland Brandenburg.

Dienstag, 10. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Dresden (1/2).

Dienstag, 10. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Berliner Ecken und Kanten.

Mittwoch, 11. Mai,, 20.15 Uhr 3sat: Dresden (2/2).

Donnerstag, 12. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Es geschah im August – Der Bau der Berliner Mauer.

Donnerstag, 12. Mai,22.30 Uhr: Der Krieg – Die Welt in flammen.

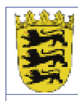
Donnerstag, 12. Mai, 22.45 Uhr, RBB: Unerkannt durch Freundesland. Verbotene Reisen in das Sowjetreich.

Freitag, 13. Februar, 19.20 Uhr, 3sat: Kulturzeit. Hintergründe, Gespräche und Porträts.

Freitag, 13. Mai, 20.15 Uhr, NDR: Die Gorch Fock zurück in Kiel. Dokumentation über die politische Debatte um das Schiff.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Mittwoch, 25. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Weinheim – Mittwoch, 11. Mai, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Auf dem Programm steht das Thema „Masuren, Teil 2“: Die Menschen, die Städte und Kreuze über Masuren.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ingolstadt – Sonnabend, 22. Mai, 14.30 Uhr, Gasthaus „Bonschab“, Münchner Straße 8, Ingolstadt: Monatstreffen der Gruppe.

München – Jeden Montag von 18 bis 20 Uhr trifft sich die Gruppe im Haus des deutschen Ostens zum Ostpreußischen Sängerkreis. Ansprechpartner: Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 12. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe. – Mittwoch, 18. Mai, 19 Uhr, Wengenkirche: Schlesische Maiandacht. – Sonnabend, 21. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Gruppe zum Schabbern.



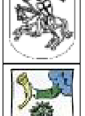
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE



Rastenburg – Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (03323) 221012.



Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 20. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 25 15 995.

FRAUENGRUPPE



Mittwoch, 11. Mai, 14.30 Uhr, „Wille“, Wilhelmstraße 102, 10953 Berlin: Muttertag mit Beiträgen der Frauen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon 771 23 54.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

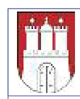
Oberhavel – Donnerstag, 12. Mai, 14 Uhr, Bürgerzentrum Oranienburg: Der Vorstand trifft sich zur monatlichen Sitzung. Die Themen werden entsprechend dem Arbeitsplan behandelt.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 27. bis Sonntag, 29. Mai: Fahrt der Gruppe zum Bundestreffen der Ostpreußen nach Erfurt/Thüringen.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

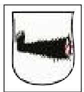
KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 7. Mai, 14 bis 17 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn Stadthausbrücke oder U-Bahn Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Fahrstuhl ist im Hause vorhanden! Thema: „Der Mai ist gekommen...“ Unter der Veranstaltungsleitung von Edelgard Gassewitz werden den Teilnehmern einige literarische Kostbarkeiten geboten. Gemeinsames Singen ist angesagt, zum Beispiel „Die linden Lüfte sind erwacht...“ und andere Frühlingsmelodien. Uns erwartet ein gemütlicher Nachmittag bei Kaffee und Kuchen. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Hans Günter Schattling, Telefon 5224379.



Osterode – Sonnabend, 14. Mai, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562 (Nähe Bahnhof Ohlsdorf): Die Gruppe lädt ein zu einem bunten Nachmittag bei Kaffee und Kuchen.



Sensburg – Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein mit Singen.

SALZBURGER

Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein /Nordniedersachsen: Zum Treffen am Samstag, 7. Mai 2011 um 13.00 Uhr im Hotel „St. Raphael“ in Hamburg, Adenauerallee 41, lädt der Verein herzlich ein zu folgenden Vorträgen: Ahnenforschung heute mit Computer und Internet, Schicksal der Kirchen der Salzburger Einwanderer von 1732 in Ostpreußen. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch im Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 14. Mai, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein: Monatstreffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel geht es mit musikalischer Begleitung und Gesang in den Frühling.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hildesheim – Donnerstag, 12. Mai, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Mitgliederversammlung. Frau Meyer hält ein Referat zum Thema Patientenverfügung.

Lüneburg – Zur ihrer **Jahreshauptversammlung** lud die Bezirksgruppe Lüneburg der Landsmannschaft Ostpreußen ein. Der Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, begrüßte in bekannter Art und Weise die Delegierten der örtlichen Gruppen, den Vorstand, die Vertreterinnen der Frauengruppen, die Kassenprüfer sowie die niedersächsische Landesgruppenvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Barbara Loeffke. Der stellvertretende Vorsitzende, Wolfgang Weyer, nahm die Totenehrung vor, zu der sich die Teilnehmer zu einer Gedenkminute von den Plätzen erhoben. Nach Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der vorherigen Jahreshauptversammlung legte Manfred Kirrinnis den Vorstands- und Geschäftsbericht dar. Dabei ging er auch auf die Veranstaltungen der örtlichen Gruppen im vergangenen Jahr ein. Im Anschluss folgte der Bericht des Kassenwartes, Walter Osten, sowie der dazugehörige Kassenprüfungsbericht von Regina Tödter und Roland Schluff. Antragsgemäß wurde dem Vorstand die Entlastung durch die Versammlung zuteil. Für die fälligen Neuwahlen wurde Dr. Barbara Loeffke zur Wahlleiterin ernannt. Gewählt wurden für eine dreijährige Amtszeit: Vorsitzender: Manfred Kirrinnis, Stellvertretender Vorsitzender: Wolfgang Weyer, Stellvertretender Vorsitzender: Gerold Plewa, Kassenwart: Walter Osten, Beisitzer (Schriftführer): Uwe Jäckel, Beisitzerin: Christa Harms, Leiterin der Frauengruppen: Gretel Gruze, Kassenprüfer: Gerhard Böttcher und Kassenprüfer: Roland Schluff. Die Amtszeit von Kassenprüfer Erich Wander läuft noch für zwei weitere Jahre. Aus ihren Ämtern ausgeschieden sind die bisherige Leiterin der Frauengruppen, Ute Plettau und Regina Tödter als Kassenprüferin. Dr. Barbara Loeffke überbrachte die Grüße der Landesgruppe Niedersachsen. Dabei lobte sie besonders die demnächst stattfindende Fahrt der Gruppe Buxtehude mit zwei Bussen und 99 Teilnehmern zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. Im kulturellen Teil führte Wolfgang Weyer einen Filmzusammenschnitt auf DVD von der Winterfahrt der Gruppe Buxtehude nach Ostpreußen vor. Vierzig Teilnehmer fuhren Anfang des Jahres 2010 nach Masuren, Sensburg und Rastenburg.

Osnabrück – Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 26. Mai, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Freitag, 13. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62 (6 Minuten vom Hauptbahnhof entfernt): Stammtisch. – Mittwoch, 18. Mai, 18.30 bis 20 Uhr, GHH /Eichendorffsaal, 1. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 19. Mai, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Essen – Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, Gaststätte „Stern“, Schäferstraße 17, 45127 Essen: Treffen der Gruppe.

Gütersloh – Montag, 16. Mai, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Bergstraße – Sonnabend, 14. Mai, 14.30 Uhr, Restaurant „Am Stadtgraben“ (Dörsam): Offene Mitgliederversammlung mit Filmvorführung. Zu der Veranstaltung ist jeder, der Interesse an der Kulturarbeit des Vereins hat, eingeladen – auch Nichtmitglieder. Ein besonderes Schmankerl wird diesmal vor allem für die Freunde des Segelfluges geboten mit dem Film „Ostpreußenflieger“, die Geschichte des Segelfliegens auf der Kurischen Nehrung, dem damaligen Zentrum des Segelfliegens. Dort entstand zum Beispiel auch der Film „Quax der Bruchpilot“ mit dem unvergessenen Heinz Rühmann in der Hauptrolle. Übrigens wussten Sie, dass der Ursprung des Segelfliegens von Studenten der Uni Darmstadt ausging, die auch das Segelfliegen auf der Wasserkuppe in der Rhön starteten? Die Ostseedeutschen freuen sich über einen guten Besuch. Nichts ist so spannend wie Zeitgeschichte! Wichtiger Hinweis: Am Mittwoch, dem 6. Juli fährt der Verein zur Bundesgartenschau nach Koblenz. Mitfahrgelegenheit ist noch gegeben. Anmeldung erbeten bei Brigitte Sattler (06251) 39305 oder Reinhard Sablowski (06252) 71476.

Mainz – Freitag, 13. Mai, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Donnerstag, 19. Mai, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.



SACHSEN

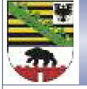
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Am 12. April wurde im Johann-Wolfgang-Goethe-Gymnasium in Chemnitz die **Wanderaussstellung „Unsere neue Heimat Sachsen“** vorgestellt. Gleichzeitig wurde die Erstausgabe der Begleitbroschüre zur Ausstellung überreicht. Der Leiter des Gymnasiums, Steffen Morgner, begrüßte dazu die 10. Klasse der Schule und einige prominente Mitarbeiter der Landesregierung Sachsen. Zu Beginn trug ein Schüler das Gedicht von Bertolt Brecht über die Bezeichnung „Emigranten“ vor. Dr. Baumann und Irmtraut Schirotzek stellten das neue Arbeitsheft und die Entstehungsgeschichte dazu vor. Die Schüler sahen sich die Broschüre interessiert an und stellten dazu Fragen an die anwesenden Vertreter der Erlebnisgeneration. Frau Langhammer, Frau Janelle und Frau Bartkowiak waren als Vertreter der Kreisgruppe Chemnitz anwesend. Sie erklärten den Schülern, dass sie und viele andere Mitglieder der Kreisgruppe jederzeit bereit sind, ihre Erfahrungen und ihre persönlichen Erlebnisse den Schülern weiterzugeben. Bei einem kleinen Empfang mit belegten Brötchen und ausgewählten Säften wurden die ersten Kontakte geknüpft. – In der Kreisgruppe stand schon sehr lange die Frage an „Wie war das Miteinander der Juden und der Ostpreußen“. Deshalb wurde am 26. März eine Veranstaltung zum Thema „Juden in Ostpreußen“ durchgeführt. Wir hatten das große Glück, als Gastreferentin Dr. Ruth Leiserowitz begrüßen zu können. Sie gab uns interessante Einblicke in ihre Forschungsarbeit im Rahmen ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte und Archäologie der Baltischen Region (BRIA) der Universität Klaipeda und als Privatdozentin am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Osteuropäische Geschichte und konnte dadurch viel Wissen vermitteln. In der Region zwischen Nimmersatt an der Ostsee und Wystiten an der heutigen Grenze zwischen Polen, Litauen und dem Königsberger Gebiet spielten sich im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfältige Modernisierungs-, Mobilisierungs- und Migrationsprozesse ab, die durch die Begriffe Nationalismus, Transnationalität und schließlich Judenvernichtung umrissen werden können. Die Juden kamen relativ spät nach Ostpreußen. Sie lebten in dem Landstrich Tilsit, Ragnit, Heydekrug, Pilkallen. Sie lebten vereinzelt in Dörfern und in kleiner Anzahl in den Städten. Sie verdienten ihren Lebensunterhalt vorrangig durch den Handel. Das Jahr 1881 markierte in der modernen jüdischen Geschichte einen entscheidenden Wendepunkt. Ausgelöst durch Pogrome in Russland, begann eine große

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Auswanderung der dortigen Juden. Die Juden spielten einst in Tilsit eine große Rolle. Die Stadt verzeichnete um die Jahrhundertwende eine beträchtliche jüdische Gemeinde. 1910 lebten über 1000 Mitglieder in Tilsit. Die jüdischen Bürger betrieben den Holzhandel und unterhielten zahlreiche Sägewerke am Memelufer. Viele Tilsiter Geschäfte waren in ihrer Hand und sie arbeiteten als Ärzte und Rechtsanwälte. Das Ehrenmitglied Hans Dzieran stellte der Kreisgruppe eine sehr interessante Broschüre zu diesem Thema zur Verfügung. In diesem Büchlein wird das Schicksal der Familie Silberstein beschrieben. Der Titel lautet „Es begann in Tilsit". Die Kulturgruppe „Simon Dach" unter Leitung von Ingrid Labuhn lockerte den Vortrag von Frau Dr. Leiserowitz mit einigen Liedern auf. Die Mitglieder waren sehr erstaunt, dass die Kulturgruppe auch in jiddisch Lieder vortragen konnte. Die Gruppe dankte Ruth Leiserowitz und wünschte ihr viel Erfolg für ihre weitere Arbeit.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Halle – Sonnabend, 7. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Ortsgruppe.

Magdeburg – Dienstag, 17. Mai, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – „Blütenreigen" im St. Johannis-Kloster. Am Wochenende 7./8. Mai 2011 stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch" wieder ihre erlesenen Handarbeiten aus Ostpreußen im Remter des St. Johannis-Kloster in Schleswig aus. Sie wurden in einem „Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekt" dort von Frauen gearbeitet, die sich damit für ihre Familien ein Zubrot erarbeiten. Sie bekommen die vorbereiteten Materialien von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft gebracht, die sie auf ihren Versorgungsfahrten vor Ort verteilen und besprechen. Auf späteren Fahrten werden die fertigen Sachen abgeholt und auf Ausstellungen zum Kauf angeboten. Der Erlös geht vollständig an die Frauen und mehrere Hundert weitere bedürftige Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit Jahren betreut. In der Ausstellung angeboten werden Decken und Kissen, Läufer und Bänder für den Wohnbereich, Schönes und Nützliches für Küche und Bad, feines Filetgehäkeltes und filigrane Weißstickerei. Die Ausstellung ist auch auf den Hochzeitsmonat Mai abgestimmt und bietet viele Aussteuer- und Geschenkartikel an, sogar festliche Kleidung für die kleinen und großen Gäste. Wer dennoch warme Socken braucht oder Strandartikel sucht, findet auch davon etwas im Angebot. Man kann auch Typisches aus Ostpreußen erwerben, etwa Bärenfang, Bernstein oder Honig. Kaffee und selbstgebackener Kuchen laden zum gemütlichen Plausch ein.

Neumünster – Die Kreisgruppe kommt am 11. Mai ab 15 Uhr im „Restaurant am Kantplatz" zusammen. Lachende Heimat – Quiddern, Grienen mit vielen Zatzkes, ganz nach ostpreußischer Art – ein bunter Nachmittag. Gäste sind willkommen. – Am 13. April traf sich die Kreisgruppe im „Restaurant am Kantplatz" zum gemeinsamen Mittagessen. Die 1. Vorsitzende, Brigitte Profé, begann mit dem Frühlingsgedicht von Fallersleben: „Schöner Frühling, komm doch wieder". Der Kräuterbraten mit Beilagen und das Lachsfiletgericht mundeten allen sehr. Dass dieses Treffen, das schon um 12 Uhr begann, so gut und mit so vielen Teilnehmern angenommen würde, damit hatte niemand gerechnet. Umso mehr freute es die Gruppe. Vorgetragen wurden viele lustige Gedichte und Geschichten. Landsmännin Hildegard Henning unterstütze Brigitte Profé und sie konnte für den Gesang den richtigen Ton angeben. Leider fiel die Akkordeonspielerin aus. Landsmann Lothar Stadtaus trug das Gedicht „Der Osterspaziergang" vor, das vielen noch aus der Schulzeit bekannt war. Hingewiesen wurde auf das Stadtteilfest am 6. Mai. Alle Vertriebenengruppen werden sich vorstellen und über ihre Aktivitäten berichten. Der Jahresausflug am 9. Juni geht nach Glückstadt zum Matjesessen und an der Elbe wird, hoffentlich bei sonnigem Wetter, Kaffee getrunken.



Uetersen – Auf der **Monatsversammlung der Uetensener Ostpreußengruppe** am Freitag, dem 8. April im Haus „Ueterst End", zu der der Vorsitzende Joachim Rudat zu seinem Vortrag über die Vorfahren der Ostpreußen, den „Prussen" eingeladen hatte, konnte er 33 Mitglieder und Gäste begrüßen. Nach der üblichen gemütlichen Kaffeestunde an österlich geschmückten Tischen erfuhren die Zuhörer, wie der baltische Volksstamm der Prussen dem späteren Staat Preußen seinen Namen gegeben hat. Anhand von historischem Kartenmaterial zeigte Rudat das Siedlungsgebiet der Prussen. Es lag zwischen den Flüssen Weichsel und Minge. Archäologische Funde konnten eine fortwährende Besiedlung der altpreußischen Kerngebiete seit dem Ende der Jungsteinzeit bis ins Mittelalter hinein belegen. Die Prussen hatten kein einheitliches Staatswesen, sondern bestanden aus zwölf Volksstämmen, die von Stammeshäuptlingen geführt wurden. Sie gehörten dem baltischen Volkstum an, das sich im Laufe der Zeit in die Prussen, Litauer, Letten und Kuren aufgegliedert hatte. Die prussischen Vorfahren haben am Anfang der Volksgeschichte von Ostpreußen gestanden. Sie sind Ureinwohner des Gebiets, das später Ostpreußen wurde. Mit dem Aufkommen des deutschen Ritterordens, der von den Polen zur Bekehrung und Unterwerfung der heidnischen Prussen ins Land gerufen wurde, beendete Rudat den ersten Teil seines Vortrags. Den zweiten Teil wollte er bei einer anderen Mitgliederversammlung fortsetzen. Die Zuhörer dankten Rudat mit starkem Beifall für diesen interessanten und informativen Teil seines Vortrags.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEYDEKRUG

Kreisvertreter: Herbert Jaksteit, Tulpenweg 9, 51061 Köln, Telefon (0221) 637163, E-Mail HJaksteit@t-online.de

500-Jahrfeier in Heydekrug. Das Jahr 2011 steht in Heydekrug (Silute) im Zeichen der 500-Jahrfeier. Viele Veranstaltungen werden im Laufe des Jahres angeboten. Die Memelländer sind auch dabei. Am Sonntag, dem 22. Mai treffen sich die Mitglieder in der Evangelischen Kirche der Stadt zu einem deutsch-litauischen Gottesdienst. Die Predigt hält Herbert Jaksteit, Pastor i.R. Anschließend ist das Anbringen einer dreisprachigen (litauisch, deutsch, englisch) Tafel auf dem alten Evangelischen Friedhof vorgesehen. Nach dem Mittagessen im Haus Heide wird der Tag mit einem Kulturprogramm fortgesetzt. Die deutschen Chöre aus Heydekrug und Memel werden die Teilnehmer mit ihren Beiträgen erfreuen. Uwe Jurgsties, der Vorsitzende der Memellandkreise, hält einen Vortrag über die Geschichte Heydekrugs und der Schauspieler Herbert Tennigkeit, Hamburg, wird Prosastücke, Gedichte, Anekdoten, Heiteres und Besinnliches aus Ostpreußen vortragen. Ein Vertreter der Deutschen Botschaft aus Wilna hat sein Kommen zugesagt. Natürlich wird auch viel Zeit für ein gemütliches Zusammensein mit den Landsleuten bleiben. Am darauffolgenden Wochenende werden weitere Veranstaltungen in Heydekrug angeboten, für die der Verein Heide verantwortlich zeichnet. An diesem Kulturprogramm beteiligen sich nicht nur die Deutschen aus dem Memelland, sondern auch aus Lettland und Estland werden Chöre kommen. Am Freitag wird der Alexandra-Freunde-Verein am Geburtshaus der berühmten Sängerin, die sich immer zu ihrer Heimatstadt Heydekrug bekannt hat, eine Gedenktafel anbringen. Die Kreisgemeinschaft lädt alle herzlich ein, nach Heydekrug zu kommen. Die Landsleute würden sich sehr freuen, wenn die Gruppe mit ihnen feiern könnte.

Eine Stunde Ruhe

Zwei Freundinnen auf Sonntagsausflug

Heiß war es am „Bayerischen Meer". Heiß und voll. Schon auf der Schiffsüberfahrt nach Frauenchiemsee hatten es die beiden Freundinnen bereut, ihren Ausflug ausgerechnet auf einen Sonnabend gelegt zu haben. Ob über oder unter Deck – es wimmelte nur so von schwitzenden Urlaubern, Eis leckenden Kindern und Wochenendtouristen. Und eben diese Menschenmasse ergoss sich nach dem Anlegen über das sonst so idyllische Eiland und verwandelte es in einen lärmigen Freizeitpark.

Einsamer Bootssteg – Nur für Hausgäste

Nachdem sich die beiden Damen beim Klosterwirt ein wenig frisch gemacht und Renken und Kartoffelsalat zugesprochen hatten, brachen sie zu ihrem Inselrundgang auf. Doch die rechte Muße und Erholung wollte sich nicht einstellen. Die Sonne stach, die wenigen Ruhebänke waren allesamt besetzt und der einzige Rundwanderweg völlig überlaufen.

Sehnsüchtig blickten die zwei Frauen zu den Fischerhäuschen, Bootsstegen und Blumengärten hinüber, die Schatten und Rast versprachen, aber leider nun mal in Privatbesitz und damit unzugänglich waren.

Sie hatten die Insel fast umrundet, als die jüngere der beiden Mittfünfzigerinnen einer Fata Morgana zu erliegen glaubte. Eine zum See führende große Rasenfläche breitete sich vor ihren Augen aus. Einsam und verlassen lag sie da, und weder Sperrkette noch Törchen verwehrten hier das Betreten des Bootssteges.

Die Freundinnen konnten ihr Glück kaum fassen. Entzückt, aber schon ein wenig verwundert, dass noch niemand dieses Idyll in Beschlag genommen hatte, ließen sie sich auf den sonnenwarmen Planken des Anlegesteges nieder, tauchten die Zehen ins kühle Nass und schwelgten im Blau von Himmel und See.

Nichts störte ihren Frieden. Erst, als sie sich nach einer guten Stunde wunderbar erholt, wenn auch ein wenig schwerfällig, von „ihrem" Bootssteg erhoben, um zum Rundweg zurückzukehren, entdeckten sie es: das seitlich zum Gebüsch in den Rasen gerammte Schild mit der alles erklärenden Aufschrift „Nur für Hausgäste!"

Renate Dopatka

Ein ostpreußischer Dickschädel

»Herr kann jeder sein, aber Meister nicht« lautete der Wahlspruch des Schmieds

Der hochgewachsene Mann mit dem wallenden weißen Bart war Gutsschmied in Peremtienen gewesen. Es hatte ihm aber auf die Dauer nicht gefallen. Zwar war der alte Gutsherr recht umgänglich und hatte die handwerklichen Fähigkeiten seines Schmiedes zu würdigen gewusst. Aber seine beiden Söhne, die jungen Barone, verwechselten doch allzu oft Höflichkeit mit Jovialität und waren dann von einer herablassenden Freundlichkeit, die der Schmiedemeister nun gar nicht vertragen konnte. Er hatte gehört, wie der alte Herr seine Söhne einmal ermahnte, etwas bescheidener aufzutreten. Aber die hatten ihn nur erstaunt angesehen und mit dem Wahlspruch der Hohenzollern geantwortet: „Suum cuique." Nun ja, jedem das Seine! Sie waren sich ihres Standes sehr bewusst.

Weil die Söhne des Chefs ihn nicht schätzten, zog er fort

„Herr kann jeder sein, aber Meister nur, wer was gelernt hat", murrte der Schmied in das Klingen des Schmiedehammers hinein, ließ sich aber weiter nichts anmerken.

So war die Überraschung groß in Peremtienen, als der Schmied dem Gutsherrn mitteilte, dass er Peremtienen verlassen und nach Gauleden ziehen würde, wo er die Dorfschmiede und etwas Land gekauft habe.

Das hatte man dem mit fast 50 Jahren für einen Schmied schon recht alten Mann nicht zugetraut und war auch überrascht, dass er den Kaufpreis hatte zusammensparen können. Aber das Angebot, die Bargeldzuwendung und das Deputat zu erhöhen, kam jetzt zu spät und hätte wohl auch vorher nichts bewirkt. Und so zog der Meister mit seiner Frau und der Familie seines jüngeren Sohnes Fritz, der das Handwerk bei ihm gelernt hatte – der ältere war Lokomotivführer geworden, und die drei Töchter waren in Königsberg verheiratet – nach Gauleden.

Dort war er in seinem Element. Hufeisen, Radnaben und Radkränze schmieden und alles genau einpassen, Pflüge, Eggen, Hungerharken, Mähmaschinen wieder in Ordnung bringen, Spaten, Schaufeln, Hacken, Feuerhaken schmieden – die Güte und Vielseitigkeit seiner Arbeit sprach sich weit herum. Das stärkte sein Selbstbewusstsein.

Natürlich nannte man sich auf dem Dorf beim Vornamen. Aber wenn jemand von außerhalb ihn ansprach: „Herr Naujokat", wurde die Abneigung des Alten gegen Herrschaftsverhältnisse wieder lebendig: „Herr kann jeder sein, ich bin Meister."

Und wehe dem Wandergesellen, der bei Meister Naujokat um Essen, Nachtlager und drei Tage Arbeit vorsprach und auf die Frage: „Wie heißt der Spruch?" keine Antwort wusste. Der bekam zwar das Essen und das Quartier, musste aber am nächsten Tag weiterziehen. Wer jedoch den Handwerkerspruch der wandernden Schmiedegesellen richtig hersagte, konnte dem Meister drei Tage zur Hand gehen, vielleicht noch etwas Neues lernen, und er bekam ein gutes Stück Geld mit auf die Wanderschaft. Geizig war der Alte nicht.

Was gab es Neues bei ihm zu lernen? Er und Fritz reparierten auch die neu aufgekommenen Motorräder. Die Maschinen versagten öfter den Dienst, und der Schaden hielt sich meist in Grenzen, wenn jemand auf einem Feldweg in eine Fahrspur oder eine allzu tiefe Pfütze geraten war und sich mit der Maschine in den Sand gelegt hatte.

Bald wurde aus der Dorfschmiede ein Motorradgeschäft

Der eigentliche Feind der Motorradfahrer aber war die mit Kopfsteinen gepflasterte Dorfstraße bei Regen. Da sie des besseren Wasserabflusses wegen eine leichte Schräge hatte, konnten die Maschinen abrutschen, und dann schepperte es gewaltig. Gabel- und Rahmenbrüche wurden von dem Alten behoben, Motor, Kabelzüge, Schaltung brachte Fritz wieder in Ordnung.

Und so wurde der Dorfschmiede bald ein Motorradgeschäft angegliedert. Der ostpreußische Dickschädel des alten Schmiedes hatte zum Erfolg geführt. Seine schlichte Übersetzung des Wahlspruchs der Hohenzollern „suum cuique" lautete nun: „Wer was gelernt hat, braucht sich nicht zu ducken."

Klaus-Dieter Kaspereit



Konkurrenz für Mucki

Peter Rottmanns hinterlistige Idee macht Tanja einsam

Anfangs war Her Rottmann sehr dagegen, dass seine neunjährige Tochter Tanja von Onkel Albert zum Geburtstag einen Zwerghasen geschenkt bekam. Schließlich verlangt so ein niedlicher Mümmelmann fürsorgliche Pflege, die allein mit zärtlichen Streicheleinheiten nicht abgegolten ist. Dann aber wurde für Mucki – so wurde der neue Hausgenosse getauft – eine geräumige Behausung gebaut. Mucki mit seinem lustigen braunen Knopfaugen sollte bald Mittelpunkt einer vielköpfigen Kinderhorde der ganzen Straße werden. Peter Rottmann hätte nie geglaubt, dass es so viele Kinder in ihrem Viertel gab. Sie belagerten bald Garten, Terrasse und tollten durch Haus und Flur. Tanja aber kostete es sichtlich aus, plötzlich im Rampenlicht der ganzen Kinderschar zu stehen. Lediglich Mucki schienen diese erdrückenden Liebesbekundungen längst unheimlich zu werden.

Peter stützte seinen Kopf in die Hand. Er wandte sich seiner Frau Rosi zu. „Meinst du nicht auch, dass dieses Treiben hier langsam unheimlich wird? Aber wir können ja die Kinder nicht fortjagen. Das können wir schon wegen Tanja

Alle wollen den Hasen streicheln

nicht machen“. Doch dann huschte ein spitzbübisches Lächeln über sein Gesicht. Sein Schmunzeln verstärkte sich noch, als er in den Ort ging und die drei Treppenstufen zur Tierhandlung nahm. Als Peter am anderen Tag von der Arbeit nach Hause kam, empfing ihn eine wohltuende Stille. „Nanu, wo sind denn die Kinder?“ fragte er scheinheilig. Rosi meinte: „In unserer Straße gibt es ein neues aufsehenerregendes Ereignis! Dem Jungen von gegenüber ist eine Schildkröte zugelaufen. Jetzt ist natürlich die ganze Kinderschar dort versammelt. „Und Tanja?“ „Sie kann einfach nicht begreifen, nun nicht mehr im Mittelpunkt zu stehen. Sie hat sich in ihrem Seelenschmerz mit Mucki in ihrem Zimmer verkrochen.“

Peter eilte nach oben. Dort saß Tanja und schluchzte herzergreifend, dann klang es fast wie ein Aufschrei und anklagend reckte sie die Hände in die Höhe. „Alle Kinder sind weg. Nur wegen dieser doofen Schildkröte. Nach Mucki und mir sieht niemand mehr. Das ist gemein!“ Damit schielte sie zur Seite. „Papi, kaufst du mir eine Giraffe oder einen Elefanten ...?“ „Damit alle Kinder wieder zu dir zurückkehren?“ Tanja nickte eifrig. Aber sicher wird das nicht nötig sein – Papa tröstete sie, dass es bald zwei Parteien geben würde bei den Kindern, die Mucki-Partei und die mit der langweiligen Berta.

Werner Hassler

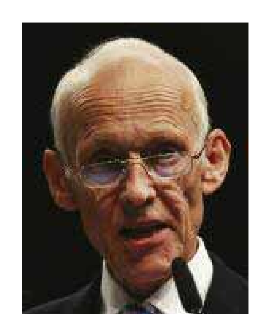
Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

An die geschätzten Abonnenten und Leser der PAZ, verehrte Damen, meine Herren,

die *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)*, das frühere Ostpreußenblatt, gibt es seit 1950. Die Zeitung hat sich von einem Publikationsorgan für heimatvertriebene Ostpreußen zu einer durchaus beachteten, unabhängigen Wochenzeitung entwickelt. Unsere Leser – teilweise seit Jahrzehnten – sind zu einem erheblichen Teil Ostpreußen und nachgeborene Ostpreußen, aber auch Menschen ohne Vertriebenenhintergrund, die die *PAZ* wegen ihrer unabhängigen Berichterstattung zum politischen Tagesgeschehen schätzen.

Herausgeber und Redaktion der *PAZ* sind intensiv bemüht, neue Leser für die PAZ zu gewinnen. Die Existenz unserer *PAZ* ist bei etwa 20000 Abonnenten dauerhaft gesichert.



Mein Appell an Sie :

„Bitte werben Sie für einen oder zwei neue Abonnenten. Sie haben auch die Möglichkeit, Geschenkabos für drei oder sechs Monate an Menschen zu vergeben, denen Sie eine Freude machen wollen. Die Geschenkabos vergeben wir mit einem Preisnachlass.

Bitte empfehlen Sie unsere *PAZ* als eine Wochenzeitung, die Tabuthemen aufgreift und Klartext redet. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* pflegt die Werte des Preußentums, verteidigt die Werte der christlich geprägten abendländischen Kultur gegen zunehmende Überfremdungstendenzen und strebt die Einheit Europas an auf der Grundlage der gleichberechtigten Partnerschaft der europäischen Vaterländer. Für diese Ziele bitte ich Sie, sich einzusetzen zum Wohle Deutschlands und zum Wohle der *PAZ*. Ich rechne mit Ihrer Mithilfe.

Wilhelm v. Gottberg
Altsprecher der LO
derzeitiger Chefredakteur der PAZ

Die Beförderung des Schrankenwärters Plewka

Walter war an der Kreuzung zwischen Bahnlinie und Chaussee zur Kreisstadt im Einsatz – Prüfung vor würdig dreinblickenden Beamten

Als die Eisenbahn nach Masuren kam, wurde auch in Stroppau eine Haltestelle eingerichtet. Und weil durch dieses Bauerndorf eine Chaussee führte, die zwei Kreisstädte miteinander verband, musste der darauf fließende Verkehr durch Schranken gesichert werden. Denn es hätte sonst ein Unglück geben können, wenn zum Beispiel ein Personenzug mit einem Mistwagen zusammengestoßen wäre, wovon in Stroppau nicht wenige vorhanden waren. Zur Bedienung dieser Verkehrsanlage war natürlich ein Schrankenwärter nötig. Und dieses Amt erhielt Walter Plewka, der nach vierjähriger Militärzeit mit einem Versorgungsschein entlassen worden war. Nun saß er Tag für Tag im Bahnwärterhäuschen und tat, was seine Pflicht erforderte. Die bestand darin, dass er beim Herannahen eines Zuges die Schranken zu beiden Seiten der Gleise mittels einer Handkurbel herabließ und anschließend wieder hochhievte.

Solche Tätigkeit hatte er in jeder Schicht etwa ein Dutzendmal auszuüben, so dicht war der Verkehr auf der von ihm betreuten Bahnstrecke. Und Walter Plewka verrichtete seine Arbeit zur Zufriedenheit der Bahnoberen. Die übrigen Einwohner von Stroppau, knapp 600 an der Zahl, erblickten ihn nur noch mit seiner roten Dienstmütze, denn die trug er voller Stolz selbst in der Freizeit und

Voller Stolz trug er auch abends seine Dienstmütze

sogar dann, wenn er auf dem von seinen Eltern ererbten Kartoffelacker zu tun hatte.

Nun könnte mancher meinen, der Beruf eines Schrankenwärters an einer Bahnstrecke im tiefsten Masuren sei ohne besondere Höhepunkte gewesen, sozusagen von Langeweile und Ereignislosigkeit erfüllt. Dem war beileibe nicht so, wie einige Szenen aus dem Arbeitsleben des Walter Plewka aus Stroppau zu beweisen vermögen. Das eine oder andere davon verdient durchaus, hier erzählt zu werden.

Es war ein Tag wie jeder andere, Walterchen hatte soeben die Schranken heruntergekurbelt, weil in wenigen Minuten der Frühzug in Stroppau eintreffen sollte. Wie üblich bildeten sich auf der Chaussee beiderseits der Gleise immer größer werdende Grüppchen, die geduldig darauf warteten, dass der Weg frei wurde. Da war etwa der Bauer Erich Sawatzki, der mit ein paar Säcken voller Roggen zur Mühle wollte. Ihm folgte die Witwe Amalie Stach mit ihrer einzigen Kuh am Strick, die auf die Weide musste. Dann kam Herr Marek, der Gutsinspektor in seinem Einspänner. Auf der anderen Seite stand der Milchwagen, welcher mit leeren Kannen von der Molkerei zurückkehrte. Und ganz dicht an der Schranke wartete Briefträger Rautenberg mit vollgepacktem Dienstfahrrad.

Es soll hier nicht jeder erwähnt werden, der dazu beitrug, was heutzutage „Verkehrsstau“ heißen würde. Denn die Schlange aus Menschen, Tieren und Fuhrwerken wurde immer länger. Doch keine Dampfwolke verkündete das Herannahen des Zuges. Stattdessen erschien Walter Plewka. Forschen Schrittes kam er heran und gab aus seiner Trillerpfeife ein schrilles Signal, das jedermann aufmerken ließ. „Alle mal herhören“, verkündete der Schrankenwärter mit lauter Stimme. „Ich habe zu bitten um Aufmerksamkeit. Denn es hat sich ergeben, dass gewartet werden muss noch ein ganzes Weilchen. Nämlich, man hat angeläutet bei mir, dass der Zug Verspätung haben wird, ein Dreiviertelstündchen oder noch bisschen mehr. Es ist also nötig, zu warten so lange!“ Walter Plewka wandte sich und schritt seelenruhig zurück zu seinem Wärterhäuschen.

Selbstredend machte diese Geschichte die Runde nicht nur in Stroppau und Umgebung, sondern auch in Eisenbahnerkreisen. Jedoch, über alles wächst mit der Zeit Gras und so kam es, dass Walter Plewka befördert werden sollte. Voraussetzung war freilich eine Prüfung, abzulegen in praktischen wie theoretischen Berufsfragen. Welches zu geschehen hatte vor einem Gremium würdig blickender Bahnbeamter aus der Stadt. Alles lief soweit ganz zufriedenstellend ab. Als Walterchen bereits erleichtert aufatmen wollte, kam aber eine allerletzte Frage, gestellt vom obersten der Prüfungskommission. Sie lautete so: „Mal angenommen, es kommt ein Eilzug von links und von rechts eine Lokomotive mit ein paar Güterwagen. Und das alles

»So einen Zusammenstoß haben die noch nie gesehen«

auf einer eingleisigen Strecke. Was, bitte sehr, wäre zu tun in solcher Lage?“

Der angehende Oberschrankenwärter kratzte sich erst einmal ausgiebig den Schädel. Dann gab er zur Antwort: „Ich möchte, Herr Inspektor, holen meine Frau und die Kinderchen.“ Der gestrenge Prüfer reagierte unwirsch: „Warum so was, zum Kuckuck!“ Und Walter Plewka aus dem masurischen Stroppau erklärte in aller Gemütsruhe: „Nu, weil die haben noch nie gesehen so einen Zusammenstoß.“ Er ist wenig später aber doch noch befördert worden, unser schlagfertiger Walter. Und sein höherer Rang brachte es mit sich, dass er gelegentlich auf dem Bahnhof eingesetzt wurde, zum Dienst am Kunden sozusagen. Auch dort erwies sich der frischgebackene Oberschrankenwärter als williger und brauchbarer „Bahner“, der gut umzugehen verstand mit den Fahrgästen.

So erschien eines Tages etwa der Altbauer Heinrich Maruttis auf der Stroppauer Station und wollte wissen: „Wo, bitteschön, kann man hier bekommen eine Fahrkarte?“ Walter Plewka rückte seine Amtsmütze zurecht und erklärte im „kategorischen Imperativ“ dieses: „Das heißt nich‘ mehr Fahrkarte, das heißt jetzt Billet!“ Heinrich Maruttis, der in die Kreisstadt wollte, um sich eine neue Tabakspfeife zu kaufen, nahm diese Belehrung mit nur leichtem Erstaunen zur Kenntnis. „Meinswegen“, sagte er gleichmütig, „und wo, Herr Beamter, wo gibt's diese Billets?“ Walter Plewka antworte hoheitsvoll: „Wo wird's sie geben? Am Fahrkartenschalter natürlich!“

Heinz Kurt Kays

Bunt wie das Leben

Aussteller und Anbieter zeigen auch in diesem Jahr auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt Kulturgut aus Ostpreußen

Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können." Dieses Zitat von Jean Paul wird in den Kreisen der Heimatvertriebenen oft und gern benutzt. Denn schließlich ist vielen von ihnen oft nicht mehr geblieben als die Erinnerung. Mehr als sechs Jahrzehnte nach der blutigen, unfreiwilligen Völkerwanderung von Ost nach West gehen die Gedanken zurück in die Heimat Ostpreußen. Man erinnert sich neben dem erlebten Schrecken auch an die unbeschwerte Kindheit, an eine glückliche Jugend.

Über Sitten und Brauchtum, über Land und Leute Ostpreußens kann man sich wieder bei den unterschiedlichsten Ausstellern informieren, die während des Deutschlandtreffens der Ostpreußen am 28. und 29. Mai in der Erfurter Messe in Halle 2 ihre Stände aufgeschlagen haben.

Zu denen, die ihre Erinnerungen in Worte umsetzen können, zählt der 2005 verstorbene Horst Michalowski. Aus seinem Nachlass hat seine Witwe Siegrid ein Roman-Fragment sowie seine Biographie und Stimmen zum Werk zu dem Buch „Wenn der Schnee geschmolzen ist" zusammengefügt. Sie wird mit einem Stand vertreten sein, auf dem das Buch aus dem Isensee Verlag zu erwerben sein wird.

Viele „gute alte Bekannte" wird der treue Besucher wiedertreffen. Allen voran die Ausstellung „Erhalten und Gestalten" der Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen, in der heimatliche Volkskunst zu bestaunen ist. Wer Fragen zu der einen oder anderen Handarbeitstechnik hat, der wird dort auch ganz gewiss fachkundige Auskunft erhalten.

Handarbeiten zeigt ebenfalls Regina Romahn, die sich engagiert für Deutsche in Königsberg einsetzt, und so heißt ihr Motto denn auch „Helfen mit Handarbeiten". Helfen steht auch im Mittelpunkt des Engagements von Ulrike Madeya und ihrer Initiative „Hilfe für Euch", die Handarbeitsaufträge an Frauen in Ostpreußen





Stand beim Deutschlandtreffen: Wie hier 2008, stehen auch diesmal Aussteller mit Tipps und Anregungen zur Verfügung. Bild: Archiv

vergibt, damit diese ihre Familien versorgen können.

Jürgen Peters von der Handweberei Peters wird mit seinem großen Webstuhl auch wieder mit von der Partie sein. Er wird zeigen, wie für das Ostpreußenkleid das Rauten- oder Kränzchenmuster entsteht. Der Ursprung der Weberei lag einst in Ostpreußen, genauer gesagt bei Annelore Nünninghoff (1914–1995), die ihre Kindheit auf dem Gut Saucken-Tartaren, Kreis Darkehmen (Angerapp) verlebte. Nach der Schule nahm sie in Insterburg ihre Lehre in der Handweberei von Marie Thierfeldt auf und legte 1937 ihre Gesellenprüfung ab. Drei Semester lang besuchte Annelore Nünninghoff dazu noch die Kunstakademie Königsberg und erhielt so eine solide und vielseitige Ausbildung. 1938 meldete sie die Handweberei als Gewerbe an und legte 1940 ihre Meisterprüfung in Braunschweig ab, wo sie eine Handweberei eröffnet hatte und auch Lehrlinge ausbildete.

1951 trat der Kaufmann Jürgen Peters in die Weberei und in das Leben von Annelore Nünninhoff ein und konnte sich der kunsthandwerklichen Faszination nicht entziehen. Bald lernte er, den Webstuhl zu bedienen und selbst Trachtenstoffe zu weben.

Handarbeiten, Bücher und Bernstein

Nach dem Tod seiner Frau erhielt er sogar die Ausnahmegenehmigung, die Handweberei weiterzuführen und Lehrlinge ausbilden zu dürfen. Mittlerweile ist die Weberei in Velpke bei Wolfsburg beheimatet. Allerdings ist Jürgen Peters mit seinem Webstuhl auf den Dachboden seines Hauses am Marktplatz 6 gezogen, um dort in kleinerem Rahmen zu arbeiten.

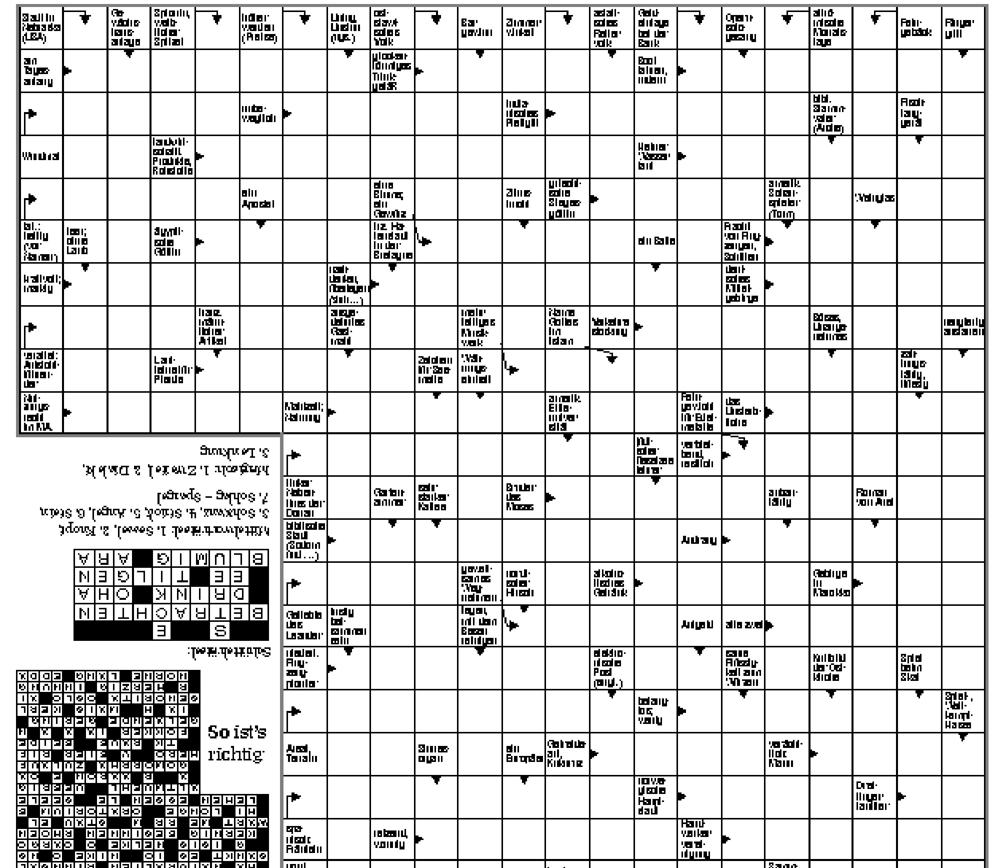
Das weitere Angebot ist so bunt wie das Leben in Ostpreußen einst war. Tief in die Historie Ostpreußens eintauchen kann man an den Ständen mit Ansichtskarten von Königsberg um 1900 und der Tolkemita e. V. Prußendeutsche Gesellschaft. Drei großen Dichtern Ostpreußens widmen sich mit Informationsständen und Ausstellungen die Agnes-Miegel-Gesellschaft, der Hermann-Sudermann-Fanclub und Sigrid Kaminsky zu Johannes Bobrowski. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sowie die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen wird ebenso mit dabei sein wie das Ostpreußische Landesmuseum, das zwei Ausstellungen (Flucht und Vertreibung aus der Sicht deutscher Künstler sowie eine Tafelausstellung zu Leben und Werk von Walter von Sanden) präsentieren wird. Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wird an einem großen Stand über seine Aktivitäten informieren. Das Museum Stadt Königsberg wird ebenfalls mit einem Info-Stand vertreten sein. Natürlich darf auch die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen nicht fehlen, über deren Arbeit man sich an dem Stand informieren kann.

Natürlich ist auch Bernstein als Synonym für Ostpreußen mit dabei. Dieses edle fossile Harz wird in all seinen Erscheinungsformen ebenfalls auf dem Deutschlandtreffen zu finden sein. Marlies Saul, Barbara Schütz und Rima Senkuriene (aus Polangen) zeigen Schmuckstücke, die sie aus dem fossilen Harz gefertigt haben.

Einen besonderen Augenschmaus bietet der Freundeskreis zur Erhaltung und Pflege Ostpreußischen Kulturgutes e. V., der mit einer umfassenden Ausstellung vertreten ist. Gemeinsam mit einem privaten Sammler zeigt das Ehepaar Tuschewitzki wieder außerordentliche Exponate zum Thema Cadinen und Bernstein. Apropos Bernstein, der Sänger Bernd Krutzinna, der als BernStein große Erfolge feiert, wird mit einem Stand und seinen CDs vertreten sein. Etwas fürs Auge zu bieten haben die Stände der Malerin Elsa Reiken-Bossen und des Fotografen Christian Papendick, der an diesem Wochenende mit dem Ostpreußischen Kulturpreis ausgezeichnet wird. Auch sind verschiedene Reiseveranstalter vor Ort, die Fahrten nach Ostpreußen organisieren. Wer sich vorab über das Land der dunklen Wälder informieren will, der kann das anhand einer Reihe ausgewählter Bücher, die auf dem Stand des Preußischen Mediendienstes, des Verlagshauses Würzburg sowie des Husum Verlags angeboten werden. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt: Zwei Anbieter für Marzipan sind in Halle 2 zu finden – Ewald Liedtke und Schwermer. Selbst Honig gibt es zu kaufen und zu bestellen.

Unmöglich, an dieser Stelle alle Aussteller zu erwähnen. Da hilft nur eines: Hingehen und selbst schauen. Vielleicht schaut der eine oder andere auch einmal beim Stand der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vorbei. Die Kolleginnen und Kollegen von Redaktion und Vertrieb sind gern bereit, Fragen zu beantworten und Anregungen entgegenzunehmen. Wir sehen uns am 28. und 29 Mai in Erfurt.

Silke Osman



Schüttelrätsel

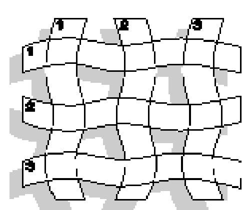
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABCEEHRTT	DEEL		ERSTU	AIRT		CEGIK	AGOT	EEHR	AAHH
DIKSR						AHO			
EGIL RU			EGIL RT						
						AAR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Gemüse.

1	KLUB		LIFT
2	DRUCK		LOCH
3	BREIT		FEDER
4	FALL		LEITER
5	FUSS		HAKEN
6	ZIEGEL		ADLER
7	DURCH		ZEUG



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Bedenken, Ungewissheit
2 Mundart
3 Vorrichtung zum Steuern

Ehrung für Monkowski

Auszeichnung für Engagement als »wahrer« Ermländer

Um Ermländer zu sein und sich Ermländer zu nennen, muss man das Ermland im Herzen tragen und für Ermland arbeiten. Mitglieder der ermländischen Gemeinschaft zeichnen sich durch Bescheidenheit, Fleiß, Sparsamkeit, Liebe zur Familie und zu unserer Region aus. Solch ein Mensch ist Herr Herbert Monkowski.“ Mit diesen Worten begann Purdas Gemeindevorsteher Jerzy Laskowski seine Laudatio zu Ehren von Herrn Monkowski.

Am 14. April 2011 fand eine besondere Feierlichkeit in der Kirche zu Groß Kleeberg statt. Dem Kreisvertreter Allenstein-Land – Herbert Monkowski – wurde die Auszeichnung „Verdient für Ermland und Masuren“ verliehen. Ein feierlicher Gottesdienst, konzelebriert von Bischof-Senior Edmund Piszcz, Protonotar Julian Zolnierkiewicz und Prälat Henryk Blaszczyk aus Groß Kleeberg leitete die Verleihung ein. Die Laudatio auf den Auszuzeichnenden hielt der Gemeindevorsteher aus Purda – Herr Laskowski, die Auszeichnung überreichte persönlich Jacek Protas, Marschall der Woiwodschaft.


Ausgezeichnet: Herbert Monkowski Bild: jsz

Nach den Feierlichkeiten nahmen die Anwesenden an der Übergabe des neuen Löschzuges an die freiwillige Feuerwehr in Groß Kleeberg teil. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Brief vom Stadtpräsidenten Grzymowicz an Herbert Monkowski vorgelesen, worin Glückwünsche und Anerkennung der Verdienste auch für die Stadt Allenstein geäußert wurden.

Der Verdienstkatalog von Monkowski für die Region und die dort lebenden Menschen war äußerst umfangreich. Er brachte Hilfstransporte für Ermland, auch mit Medikamenten und medizinischen Geräten für Allensteiner Krankenhäuser während des Kriegszustands in Polen auf den Weg. Als Vertreter der Deutschen Caritas organisierte er Kleidungs- und Nahrungsmitteltransporte für die ermländische Bevölkerung.

Aktiv unterstützt er auch heutzutage die Entwicklung der Region und der dort lebenden Menschen. Dank seiner Anregung stiftete die Gemeinschaft Allenstein-Land einen Gedenkstein für Bischof Maximilian Kaller auf dem Bischofsweg in Balden. 2010 überredete er Ordenshochmeister Bruno Platter, einen Gedenkstein für Bischof Anselm zu stiften und das Ermland zu besuchen.

Herbert Monkowski wird von seiner Frau Helga tatkräftig unterstützt. Sie steht immer an seiner Seite. Das Ehepaar Monkowski besuchen Allenstein zwei-, dreimal im Jahr. Dank hervorragender Polnisch-Kenntnisse nehmen sie am Leben der Stadt und der Region aktiv teil. Immer fröhlich und offen strahlen sie positive Energie aus. *j.sz.*

Einsatz für Wolfskinder

Freiherr von Stetten erhält BdV-Ehrenplakette

Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten erhält die BdV-Ehrenplakette als Würdigung seines humanitären Engagements für ehemalige „Wolfskinder“. Der Verein der „Wolfskinder“ in Litauen „Edelweiß“ wird auf Einladung des BdV vom 8. bis zum 10. Mai Berlin besuchen. Während des Besuchs wird Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet.

Die Verleihung der Ehrenplakette findet am 9. Mai statt. Der Bund der Vertriebenen würdigt damit das langjährige Engagement des Parlamentariers von Stetten für eine besonders hart vom Krieg und seinen Folgen gezeichnete Gruppe von Deutschen aus Ostpreußen.

Wolfgang Freiherr von Stetten war bis 2002 Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe, die er 1991 als Freundeskreis gründete. Ziel war es, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Länder des Baltikums und letztlich die Mitgliedschaft in der EU zu unterstützen.

Von Stetten, dessen Familie seit 900 Jahren im württembergischen Franken, in Künzelsau beheimatet ist, wurde in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe durch den Verein „Edelweiß“ auf das Schicksal der „Wolfskinder“ aufmerksam. Seitdem hilft er, mit Spenden und Patenschaften materielle Not zu lindern.

Es gelang ihm auch, vielen „Wolfskindern“ zu helfen, die deutsche Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen und ihnen die Ausreise nach Deutschland zu ermöglichen. Dabei unterstützte er erfolgreich bei vielen das Erlernen der deutschen Sprache. Am bekanntesten wurde seine Spendenaktion „100 Litas im Monat“, die dazu führte, dass jedes „Wolfskind“ monatlich eine finanzielle Unterstützung erhält.

> Vielen die Ausreise nach Deutschland ermöglicht

„Wolfskinder“ nennt man deutsche Waisenkinder, die am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der ersten Nachkriegszeit im russisch besetzten Ostpreußen elternlos geworden, auf sich alleine gestellt für ihr nacktes Überleben sorgen mussten. Säuglinge und Kleinkinder wurden von ihren Geschwistern mitversorgt. Sie versteckten sich in Kellern oder in den Wäldern und gingen nachts über die Grenze, um auf den litauischen Bauernhöfen um Nahrungsmittel zu betteln oder zu arbeiten. Manche durften bleiben.

Da aber Litauer keine Deutschen aufnehmen durften, war es den Kindern verboten, deutsch zu sprechen. Sie wurden als Litauer ausgegeben und blieben im Lande. Eine Schulbildung wurde den meisten verwehrt. Sie erhielten später einen litauischen Pass. Damit hatten sie nach deutschem Recht unwissend ihre noch bestehende deutsche Staatsbürgerschaft aufgegeben und galten nicht mehr als Deutsche. Nur dem Engagement von Persönlichkeiten wie Freiherr von Stetten ist es gelungen, diesen Menschen zu helfen.

Die „Wolfskinder“ gehören zu den Deutschen, die durch die Kriegsfolgen besonders hart leiden mussten. Erst seit Litauen seine Unabhängigkeit gewonnen hatte, konnten sie sich auch zu ihrer Herkunft als Deutsche bekennen.

Die „Wolfskinder“ sind heute im Verein „Edelweiß“ zusammengeschlossen, dessen Sitz sich in Wilna (Vilnius) in Litauen befindet. Es bestehen auch rege Kontakte zur Landsmannschaft Ostpreußen im Bund der Vertriebenen. *BdV*

Oma spielt keinen Fußball

Enkel Nikolai versucht bei einem Besuch seiner Großmutter Grundsätzliches über seinen Lieblingssport beizubringen und muss staunen

Eins sage ich dir, Oma“, sagt Nikolai, der mittlerweile zehn Jahre alt ist, „Fußball ist mein Leben! Ich bin jetzt Stürmer in unserem Verein, und da geht's richtig ab.“ Der Junge ist mit seinen Eltern zu Besuch bei den Großeltern. Er ist ein Wibbel, der nie stille hält. So müssten wir Erwachsenen dauernd in Bewegung sein, denkt Oma ein wenig neidisch, dann wären wir viel lockerer. Aber noch sitzt Nikolai ruhig auf einem der Gartenstühle und zieht ein buntes Kartenspiel aus seiner Hosentasche. „Guck mal, das sind Topps Match Attax-Karten. Darauf sind Fußballer abgebildet. Ich kenne sie alle.“ Für die alte Dame sind solche neumodischen Namen böhmische Dörfer. „Wollen wir mal ein kleines Spiel machen, Oma?“ Die wird blass. „Bloß nicht, ich mache mir nichts aus Fußball und kenne deswegen keinen einzigen Spieler.“ Nikolais Stimme klingt ein bisschen vorwurfsvoll: „Aber die kennt doch mittlerweile jeder!“ „Ich nicht!“ weist Oma seine Behauptung energisch zurück. „Oh Mann, dieses Spielchen ist doch nur ausgedacht. Bitte, mach doch mal mit!“

Oma seufzt: „Na gut, aber du wirst eine Enttäuschung nach der anderen erleben.“ Der Junge zeigt seiner Großmutter nach und nach alle Karten und fragt nach den Namen der Fußballer und in welchen Vereinen sie spielen. Resigniert schüttelt diese immer wieder den Kopf. „Ich hab's dir doch gesagt!“

Sie sieht genauer hin. Oh, das ist doch dieser Luca Toni! Und sie kann sogar sagen, dass er im Verein Bayern München spielt. Beim Kochen in der Küche hat sie das mal nebenbei mitgekriegt. „Guuut, Oma!“ Nikolai nickt beifällig. „Und wie heißt der hier?“ Oma blinzelt. „Ist das nicht Oliver Neuville von Borussia Mönchengladbach?“ „Krass!“ Der Enkel lächelt sie liebevoll an. „Geht doch, Oma!“

> Beim Arbeiten in der Küche hat die alte Dame doch vieles aus dem Radio mitgekriegt

Diese kennt zu ihrem eigenen Erstaunen auch noch Patrick Helmes im VfL Wolfsburg und Christian Lell, Hertha BSC. Ihre Augen leuchten vor Begeisterung über sich selbst, und der Junge freut sich. „Vielleicht weißt du noch mehr!“ Aber nun ist Omas Kenntnisstand erschöpft. Immer wieder muss sie verneinend den Kopf schütteln. Der Junge seufzt: „Das ist wirklich ein bisschen wenig. Warum interessierst du dich denn nicht für Fußball?“

„Ich habe andere Interessen, Nikolai. Es kann nicht jeder das gleiche Hobby haben, das wäre ja langweilig. Ich liebe die schönen Künste.“ „Aber Fußball ist auch eine Kunst, Oma. Was meinst du, wie man sich anstrengen muss, so einen Ball ins Tor zu kriegen!“ „Ja, da hast du Recht“, bestätigt die alte Dame, „ich bewundere die Spieler immer wieder, wie sie sich verausgaben – wenn ich schon mal hingucke.“ „Siehste!“ Plötzlich wirft sich Nikolai mit schmerzverzerrtem Gesicht ins Gras des Gartens, grätscht die dünnen Beine und demonstriert, wie er gerade gefoult worden ist. Und nun befördert er einen imaginären Ball in ein gedachtes Tor, stößt einen Ruf aus, einem Urschrei ähnlich, und sinkt ächzend auf die Erde. „Oje, Junge, was hast du denn?“ Nikolai guckt verschmitzt von unten zu seiner erschrockenen Großmutter hinauf. „Siehst du das denn nicht? Die Spieler schmeißen sich alle gleichzeitig auf mich und erdrücken mich bald vor Freude. Da bleibt einem schon mal die Luft weg!“

Dies war bei Oma aber gerade der Fall, aber jetzt atmet sie auf. „Guck mal, deine neue Hose! Die ist voller Flecken! Die Mama wird begeistert sein.“ Nikolai grinst. „Wenn man einen berühmten Fußballer im Hause hat, muss man immer auf sowas gefasst sein. Wofür gibt es denn Waschmaschinen, Oma!“ *Gabriele Lins*



Regenten beim Spiel der Könige

1000 Jahre Schachdorf Ströbeck – Dort gehen die Kinder mit dem Schachbrett zur Schule

Schach – das Spiel der Könige – ist längst zu einem Volkssport geworden. In Ströbeck aber, einem Dorf in Sachsen-Anhalt, hat es eine besondere Bedeutung erlangt.

Als der Preußenkönig Friedrich der Große 1773 in Ströbeck seine Pferde wechselte, wurde dem König als durchreisendem Gast eine Partie Schach gegen den Dorfschulzen angeboten. So war es Sitte in dem Ort. Nachdem Friedrich II. zwei Partien gewonnen hatte, äußerte er seinen Zweifel an den Schachkünsten der Ströbecker. Daraufhin antwortete ihm der Schulze, dass er ein Spiel gewonnen habe, weil er sein König sei, das zweite, weil er sein Gast sei. Nun aber brauche er keine Rücksicht mehr zu nehmen und man könne beginnen zu spielen. Die folgende Partie verlor der Alte Fritz, woraufhin er wortlos sein Pferd bestiegen haben und davon galoppiert sein soll.

Nur eine hübsche Legende? Die Wahrscheinlichkeit, dass sie wahr sein könnte, ist groß. Denn in Ströbeck, seit dem 1. Januar 2010 Ortsteil von Halberstadt in Sachsen-Anhalt, sind seit dem Mittelalter alle Bewohner des Dorfes mit dem Schachspiel vertraut. Der Überlieferung nach soll ein Adliger es im Jahr 1011 dort eingeführt haben. Als Gefangener des Halberstädter Bischofs habe er zum Zeitvertreib seine Bewacher damit vertraut gemacht. So erlernten die Ströbecker Schach zu einer Zeit, als das „Königliche Spiel" nur dem Adel und der Geistlichkeit vorbehalten war und die einfache Dorfbevölkerung weder lesen noch schreiben konnte.

Als der Alte Fritz gegen den Dorfschulzen spielte

Die Bewohner von Ströbeck hüteten dieses besondere Können wie einen Schatz. Allen Kriegen, Seuchen und Hungersnöten zum Trotz gaben sie ihre „Kunst" unbeirrt an die nachfolgenden Generationen weiter. Dabei spielten sie sehr lange nach den Regeln, die – so muss man vermuten – ihnen ihr legendärer Schachlehrer einst beigebracht hatte. „Spätestens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aber begannen sie, parallel das internationale Schach zu spielen. Das war auch die Zeit der zweiten, bis heute gültigen internationalen Schachreform. Die erste war um 1500", erklärt Kathrin Baltzer, Leiterin des Schachmuseums. Um an den Turnieren der immer zahlreicher werdenden Vereine und Verbände teilnehmen zu können, blieb den Ströbeckern auch nichts anderes übrig. Vergessen sind die alten Regeln jedoch nicht.

Auch das 1688 eingeführte Spiel mit lebenden Figuren besteht bis heute. Schauplatz ist von altersher der mit einem großen Schachbrett versehene Dorfplatz. Ihren großen Auftritt haben Türme, Bauern und Springer aus Fleisch und Blut traditionell beim internationalen Schachturnier am letzten Maiwochenende. Seit einiger Zeit tritt das Lebendschach ebenfalls zum Fest der Vereine am letzten Septemberwochenende auf, das immer zusammen mit dem internationalen Musikfestival stattfindet. Und seitdem Ströbeck zu Halberstadt gehört, ist es auch dort zu sehen, nach heutiger Planung wieder zum „TON am DOM" am 2. und 3. Juli 2011 jeweils um 14.30 Uhr. Weitere Termine ergeben sich über das Jahr. Damit alles klappt, probt Ströbecks Lebendschach, bestehend aus Schülern und Erwachsenen, jeden Montag.

Die Kostüme haben mit der Zeit gewechselt. Seit 2006 liegen sie in den Händen einer Stiftung, die großen Wert auf regionale Identität legt. Seitdem schlüpfen die Spieler wieder in Kleider, wie sie in Ströbeck und Umgebung um 1850 getragen wurden: König und Königin erscheinen als reiche Bauern, der Läufer als Botenfrau, der Springer als Halberstädter Kürassier, der Turm als Schäfer und die Bauern bleiben Bauern.

Die Nummer 9 der Piazza mit dem passenden Namen Platz am Schachspiel beherbergt das Schachmuseum mit sehenswerten Exponaten.

Nach dem 30-jährigen Krieg fiel Ströbeck dem Herrschaftsbereich des Kurfürstentums Brandenburg zu. Der Große Kurfürst soll ein Meister im Schachspiel gewesen sein. 1651 besuchte der neue Landesherr auf einer Inspektionsreise auch Ströbeck und schenkte dem Dorf ein wunderschönes Schachbrett mit einem Courierspiel auf der Rückseite, wertvollen Intarsienarbeiten und einer Widmung sowie einem Satz silberner Figuren, die leider verloren gegangen sind. Das Kurfürstenbrett jedoch ist noch heute als besonderer Schatz im Schachmuseum zu bewundern.

Die Ströbecker hatten es sich angewöhnt, jedem neuen Regenten als Huldigungsgeschenk ein wertvolles Schachspiel zu überreichen. Dafür hofften sie, ihre Privilegien zu behalten, was auch gelang. Der Große Kurfürst hatte sich über diese Geste dermaßen gefreut, dass er sich mit einem Gegengeschenk gleicher Machart bei den Ströbekkern bedankte.

Diese Sitte bestand noch 1861, als Wilhelm I. zum König von Preußen gekrönt wurde und eine Ströbecker Delegation zu den Feierlichkeiten anreiste. Dabei erkundigte sich der König interessiert nach ihrer Schachtradition. Die Delegierten erhielten Gedenkmünzen. Den Dankesbrief des Königs für das Huldigungsgeschenk kann man im Museum nachlesen.

Die Huldigungsgeschenke sind Geschichte, Schach als Schulfach ist geblieben – seit 1823. Damals gab es viele Neubürger in Ströbeck. Um die besonderen Gepflogenheiten des Dorflebens auf breiter Ebene zu erhalten, wurde Schach in der Schule eingeführt. Auf diese Weise hat man die Neubürger in die Tradition integriert. Nicht ohne besonderen Anreiz: Am Schuljahresende, damals im Mai, wurde um das „Handwerkszeug" gespielt. Die 8. Klasse spielte um drei Gewinner-Bretter, die 7. Klasse um drei Gewinner-Figurensätze. Dieser Wettkampf wird unverändert ausgetragen. Seit einigen Jahren allerdings in der 6. und 7. Klasse.

Schachunterricht ist in Ströbeck nach wie vor Pflichtfach und erscheint als Extrafach mit eigner Note auf dem Zeugnis. Versetzungsrelevant ist diese aber nicht. Der Schachunterricht steht einmal die Woche auf dem Stundenplan. Wem das nicht genügt, der kann zusätzlich in die Schach AG gehen. Zudem bietet der Schachverein Übungsstunden für Kinder an. Gelehrt wird das internationale Schach. Doch um die Tradition zu pflegen, gelten ein paar Stunden immer noch der alten Ströbecker Schachvariante.

„Die Lehrer haben mir erzählt", so Kathrin Baltzer, „dass die Schachtalente natürlich unterschiedlich ausgeprägt sind, aber dass eigentlich alle Kinder den Schachunterricht mögen, weil er eine Abwechslung zu den anderen Unterrichtsfächern ist."

Schachweltmeister wie Emanuel Lasker, nach dem die Ströbecker Grundschule benannt ist, hat die gut 1000 Seelen zählende Gemeinde bisher trotzdem nicht hervorgebracht. So bleibt ihr nur, ihre 1000-jährige Schachtradition mit einer Vielzahl von Veranstaltungen zu feiern. Dabei wechseln sich Theorie und Praxis ab, Literatur-Vorträge mit handfesten Schachturnieren.

Helga Schnehagen

Informationen zum Festprogamm 2011 im Internet unter www.schachdorf-stroebeck.de und www.schachmuseum-stroebeck.de



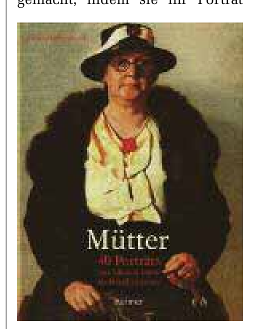
Spiel mit lebenden Figuren: Schachturnier in Ströbeck Bild: Schachmuseum Ströbeck

Für Sie gelesen

Mütter in der Kunst

An diesem Sonntag ist es wieder einmal soweit: Zum Muttertag werden all die Frauen geehrt, die ihr Leben den Kindern und der Familie widmen. Blumensträuße – seien es besonders prachtvolle aus dem Laden oder per Fleurop, seien es solche, gepflückt auf der nahen Wiese oder gar im eigenen Garten, von feuchter Kinderhand überreicht – sollen wenigstens einmal im Jahr die Anerkennung zeigen, die Mütter verdienen.

Ein ganz besonderes Geschenk aber haben Künstler durch die Jahrhunderte ihren Müttern gemacht, indem sie ihr Porträt gemalt oder gezeichnet haben. Nur ein immer zur Verfügung stehendes Modell oder Zeichen der Wertschätzung? Diente das Bildnis zur Erinnerung? Wurden ihre positiven Eigenschaften hervorgehoben oder körperliche Schwächen beschönigt? All diesen Fragen ist die Kunsthistorikerin Juliet Heslewood nachgegangen und hat Bildnisse aus mehreren Jahrhunderten untersucht. Entstanden ist ein kurzweilig zu lesendes Buch, das Einblicke gibt in die Beziehung zwischen Mutter und Kind, das zufällig ein Künstler oder eine Künstlerin ist. Die Bildnisse sagen nicht nur etwas über die Mütter aus, sondern natürlich auch über die Künstler. Wer komplizierte Verhältnisse erwartet, wird enttäuscht. „Wenn ein Künstler sich mit seiner Mutter nicht gut verstand, hat er sie auch nicht gemalt", so Juliet Heslewood. *os*



***Juliet Heslewood: „Mütter – 40 Porträts von Albrecht Dürer bis David Hockney"**, Dietrich Reimer Verlag, Berlin 2011, 96 Seiten mit 50 Farbabbildungen, gebunden, 19.90 Euro*

Nur ein Hund pro Familie

China geht rigoros gegen Liebhaber der Vierbeiner vor

In der wachsenden chinesischen Mittelschicht werden Hunde immer begehrter – nicht als Delikatesse, sondern als Haustiere. Die chinesische Metropole Shanghai will ihren Bürgern künftig pro Haushalt nur noch einen einzigen Hund erlauben. Grund dafür ist der Platzmangel in der 20-Millionen-Einwohnerstadt. Nach der Ein-Kind-Politik nun also auch die Ein-Hund-Politik.

Die Behörden schätzen, dass es allein in Shanghai 800 000 Hunde gibt, von denen allerdings nur ein Viertel registriert sei. Als Folge der Tierliebe beklagt die Stadtverwaltung vermehrt Hundehaufen in den Straßen und Parks, lautes Gebell und das wachsende Risiko von Beißattacken.

Das Gesetz bestimme weiterhin, dass Hundebesitzer bei Nachwuchs die Welpen an Haushalte ohne Hund oder an bestimmte, von den Behörden zertifizierte Adoptionsagenturen abgeben müssen.

In Guangzhou, der Hauptstadt der südchinesischen Provinz Guangdong, gilt die „Ein-Hund-Politik" bereits seit 2009. Die umstrittene Regelung darüber, dass nur ein Hund pro Haushalt gehalten werden darf, löste seinerzeit auch dort heftige Diskussionen aus; ihr zufolge können Hundebesitzer zu einer Geldstrafe von 2000 Yuan (220 Euro) verurteilt werden, wenn sie mehr als einen Hund haben.

Hohe Geldstrafen bei Missachtung

Luo Zhenhui, stellvertretender Leiter im regionalen Amt für Öffentliche Sicherheit, erörtert die Konsequenzen bei einem Verstoß gegen die Vorschrift: „Das Amt überwacht die Einhaltung der Regelung. Die Polizei wird Tiere aufgreifen, die illegal behalten wurden." Die Regelung verbietet außerdem die Haltung und Zucht von 36 Hundearten in bestimmten Gegenden der Stadt, die als aggressiv eingestuft werden oder über 71 Zentimeter groß sind.

„Wenn jede Familie nur einen Hund haben darf, bin ich sicher, dass die Zahl streunender Tiere zunimmt. Was wollen die Behörden mit denen machen? Warum darf ich die Hunde nicht behalten und mich um sie kümmern?" meint Frau Ye, die seit acht Jahren zwei Hunde hat. Auch viele Leute, die keine Hunde besitzen, finden die Ein-Hund-Regel hart. „Egal, wie viele Hunde jemand hält, das Wichtigste ist doch, dass der Besitzer die Hunde gut behandelt und dafür sorgt, dass andere Leute nicht belästigt werden", so ein Bewohner im Bezirk Huangpu. *Corinna Weinert*

Sprechen wir über Preußen

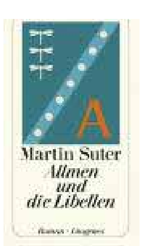
Besuch bei der *PAZ* am Zukunftstag für Mädchen

Mehr als 125 000 Mädchen haben in diesem Jahr aus Anlass des seit 2001 veranstalteten „Girl's Days" Technik und Naturwissenschaften in Unternehmen und Organisationen erkundet. Die Teilnehmerinnen erlebten meist an der Seite von Vater oder Mutter in Laboren, Büros und Werkstätten, wie interessant und spannend diese Arbeit sein kann. Doch auch andere Unternehmen waren bereit, jungen Mädchen die Türen zu öffnen, so etwa die *Preußische Allgemeine Zeitung*.

Wer war wohl aufgeregter an diesem Zukunftstag für Mädchen, die Tante oder die Nichte? Die zwölfjährige Dunja Nahif, Hamburgerin mit afghanischen Wurzeln, machte einen gelassenen Eindruck, als sie in der Buchtstraße eintraf, um der Tante bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Einmal zugucken, wie eine Zeitung entsteht, das war ihr Wunsch. Dass sie nebenbei noch viel über Ostpreußen und seine Kultur erfahren würde, hat sie wohl kaum geahnt. Was aber war hängengeblieben bei dieser Fülle von Informationen, die auf das Mädchen in kurzer Zeit eingeströmt waren? Bei einem Besuch eine Woche später sah man Dunja am heimischen Computer sitzen und die Seite der *PAZ* studieren, schließlich musste sie ja noch einen Bericht über ihre Erfahrungen beim „Girl's Day" schreiben. Da konnte man dann etwas über die Wolfskinder lesen, ein Thema, welches das Mädchen sehr interessierte, auch etwas über Bernstein und natürlich über die *PAZ*, wo sie lernte, wie man „Seiten baut" und Überschriften für Artikel findet. Für Dunja steht fest, sie will später auch einmal Redakteurin werden. Schreiben mag sie sowieso sehr gern. Und mit dem PC umgehen kann sie schon jetzt wie „eine Alte". *os*



Recherche über Preußen: Dunja Nahif am Computer Bild: Osman



Charme statt Nervenkitzel

Ein Gauner auf Mörderjagd

Man nehme einen abgebrannten Lebemann Anfang 40 als Ermittler, seinen guatemaltekischen Diener als Gehilfen, eine liebestolle Millionärstochter, einen Kunstdiebstahl und den Mord an einem Antiquitätenhändler – schon hat man die Zutaten für Martin Suters ersten Kriminalroman. In „Allmen und Libellen“ kehrt der Schweizer Bestsellerautor und Werbetexter die Logik von Detektiv und Assistent um. Während Johann Friedrich von Allmen das gesamte Familienerbe mit seinem ausschweifenden Lebensstil verprasst hat und aus der modernen Medienwelt lieber in seine Bibliothek zwischen Balzac und Simenon, in die Oper zu Mozarts Zauberflöte und Puccinis Madame Butterfly oder in die nächste Edelbar flüchtet, führt sein treuer Butler Carlos de Leon nicht nur den Haushalt. Er steht seinem Herrn als Gärtner, Koch, Hausmeister, Schuhputzer, Internet-Rechercheur und als lebenskluger Berater zur Seite. Zusammen leben die beiden im Gartenhaus der ehemaligen Allmen-Villa, für das der verarmte Aristokrat lebenslanges Wohnrecht genießt.

Trotz knapper Kasse ist Allmen weder gewillt auf Luxus zu verzichten noch einer Arbeit nachzugehen. Doch für gemütliche Teestunden bleibt bald keine Zeit mehr. Nach einem Opernbesuch landet Allmen im Haus der reichen, geschiedenen Joëlle Hirt, die ihn nach allen Künsten verführt. Während Joëlle schläft, entdeckt er wertvolle Glasschalen mit Libellenmotiven des französischen Jugendstilkünstlers Émile Gallé: „Es waren fünf Schalen in der Form von weit geöffneten, breiten Kelchen. Jede von ihnen schmückte eine große Libelle, jede mit goldenen Augen, jede anders, aber so, als wären sie mitten im Flug von diesem Glas eingeschlossen worden, als es noch flüssig war.“

Allmen, der sich mit kleinen Kunstdiebstählen über Wasser hält, ergreift die Gelegenheit und lässt eine der Schalen mitgehen. Vom Schwarzhändler seines Vertrauens Jack Tanner erhält er dafür 20 000 Franken. Der heruntergekommene Dandy beschließt, ein zweites Mal zuzuschlagen, und verabredet sich mit Joëlle zu einem äußerst kostspieligen Abendessen. Angelangt beim Objekt seiner Begierde wundert er sich, dass plötzlich wieder fünf Schalen in der Vitrine stehen, nimmt sie jedoch alle mit. Zum Verkauf des Diebesgutes kommt es allerdings nicht mehr, denn Allmen findet Tanner erschossen in dessen Antiquitätengeschäft vor. Bald wird er selbst Opfer eines Anschlags. Gemeinsam mit seinem listigen Diener Carlos begibt er sich auf die Suche nach den Tätern, führt Polizei und hohe Gesellschaft hinters Licht und wirtschaftet sich nebenbei in die eigene Tasche.

Bestseller-Autor gibt sich altmodisch

Suter zaubert eine charmante Gaunerkomödie alter Schule auf den Buchmarkt. Statt Nervenkitzel und rasanter Action serviert der Autor klassische Krimikost à la Sherlock Holmes, Jerry Cotton und Arsène Lupin ohne sprachliche Würze. Das eigenwillige Ermittlerduo wird dem Leser bald in zwei weiteren Bänden „Allmen und der rosa Diamant“ und „Allmen und Delfinsuite“ begegnen. Kurios: Die echten Gallé-Schalen sind 2004 tatsächlich aus einer Ausstellung im Chateau Gingins in der Schweiz gestohlen worden und bis heute nicht wieder aufgetaucht.

Sophia E. Gerber

Martin Suter: „Allmen und die Libellen“, Diogenes, Zürich 2010, geb., 208 Seiten, 18,90 Euro

Islam der Gegenwart anpassen

SPD-Politikerin Lale Akgün zeigt Fehler im Umgang mit ihrer Religion auf

Zwar ist der Titel „Aufstand der Kopftuchmädchen – Deutsche Musliminnen wehren sich gegen den Islamismus“ ein wenig verwirrend, vermittelt er doch den Eindruck, als gäbe es bereits einen Aufstand, ansonsten ist das Buch der ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Lale Akgün allerdings als eine absolute Bereicherung in der Islam-Debatte zu empfinden. Endlich schreibt eine bekennende Muslimin die Missstände ihrer Religionsgemeinschaft und bietet zahlreiche Ansätze für eine Diskussion innerhalb der eigenen Reihen. Allerdings war bis jetzt noch nicht zu vernehmen, dass die klaren Reformvorschläge und die differenzierte Kritik der 1953 in Istanbul Geborenen irgendwie zu einer Diskussion in den eigenen Reihen geführt hat.

Das dürfte schlicht daran liegen, dass Akgün zwar Muslimin ist, doch mindestens so sehr auch eine selbstbewusste, emanzipierte, gegenwartsbezogene Frau. So fordert sie eine völlige Gleichberechtigung und weist auch darauf hin, dass man den Koran aus seiner Entstehungsgeschichte heraus betrachten soll, also ihn nicht Wort für Wort auf die Gegenwart übertragen könne. Das scheint offenbar zu viel für jene zu sein, die sie mit ihrem Buch zu Reformen bewegen will.

Besonders „gefressen“ hat die Autorin das Kopftuch. Sie wundert sich, warum dieses vor 30 Jahren im deutschen Stadtbild kaum eine Rolle gespielt hat, inzwischen aber immer öfter auffällt, obwohl doch die jungen Deutschtürkinnen von heute gebildeter seien. Allerdings merkt sie an, dass einige Imame mit der Zeit gegangen sind und das Kopftuch plötzlich als eine Art feministisches Stück Stoff propagieren, was ein Symbol für die Selbstbestimmung der Muslimin sei. Was aus Sicht Akgüns absoluter Blödsinn ist.

Sie betont, dass sich die meisten Muslime in Deutschland keineswegs zuerst über ihre Religion definieren würden, doch die verschiedenen Islamverbände und auch die Medien würden den Eindruck erwecken, dass dem so sei. Allerdings würden die Muslime in Deutschland auch nichts unternehmen, um diesen Eindruck als falsch zu entlarven. Die Autorin meint, dass Angst hier der Grund dafür sei. Auch stellt sie die verschiedenen dominanten muslimischen Verbände vor. Ganz abstoßend findet sie die Inszenierung des Fastenbrechens, wozu Moscheegemeinden medienwirksam lokale Politiker und Vertreter christlicher Kirchen einladen. „Die Islamverbände gerieren sich als die großen Vertreter der Muslime in Deutschland. Und die Politik assistiert, indem sie die höchst unterschiedlichen Menschen der verschiedenen islamischen Strömungen in Deutschland zu einen Islambrei vermengt ...“

Bei den ganzen Debatten um Islam, Christentum und Deutschland tun ihr manchmal zudem die Atheisten leid, denn eigentlich sei Religion ja Privatsache, doch es sei in Deutschland kaum möglich, derartigen Debatten, die sich allerdings weitgehend im Kreis drehen würden, zu entgehen. Dabei sei Deutschland ideal, um in der muslimischen Religionsgemeinschaft eine Modernisierung zu bewirken. Hier, im Heimatland der Reformation und der Aufklärung, hätten die rund drei Millionen Muslime doch jegliches historische Rüstzeug, um selbst eine Reformation in Angriff zu nehmen. „Sapere aude!' Habt Mut, euch eures eigenen Verstandes zu bedienen! Kommt der Begriff ‚Verstand‘ nicht ganze 49 Mal im Koran vor“, fragt Akgün herausfordernd.

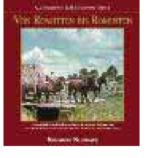
Der Islam ist eine Religion und keine Lebensweise

Zuerst einmal sollte der Koran nicht mehr schwerpunktmäßig auf Arabisch rezitiert werden. Den Gläubigen müsste in ihrer Muttersprache in den Koranschulen und Moscheen der Zugang zum Koran ermöglicht werden, damit sie sich das heilige Buch selbst erschließen können: „Schluss mit der Gehirnwäsche in den Koranschulen, jeder hat das Recht, die Botschaft des Korans zu verstehen.“ Und auch auf die fünf Säulen des Islam und den Koran geht sie ein und befasst sich mit dem aus ihrer Sicht möglichen legitimen Spielräumen zur Interpretation.

Zudem soll der Koran als das gesehen werden, was er ist: eine Religion. „Mit der Charta soll auch deutlich werden, dass der Islam keine Religion im engeren Sinne ist, sondern auch eine Lebensweise“, zitiert sie den ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Ayyub Axel Köhler, und betont, dass derartige Aussagen von der Gesellschaft und Politik nicht hingenommen werden dürften. Auch sollte die deutsche Politik aufhören, die Ditib, den deutschen Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet, zu hofieren.

Die erfrischend klaren Ausführungen der SPD-Politikerin sind aus Sicht eines jeden aufgeklärten Menschen zu begrüßen, doch leider ist davon auszugehen, dass sie nicht in den relevanten Kreisen gehört werden. *Rebecca Bellano*

***Lale Akgün: „Aufstand der Kopftuchmädchen – Deutsche Musliminnen wehren sich gegen den Islamismus“**, Piper, München 2011, kartoniert, 279 Seiten, 16,95 Euro*



Mehr Freude als Wehmut

Wunderschöne alte Farbaufnahmen »Von Rossiten bis Rominten«

Farbdiafilme wurden bis 1945 nur sporadisch genutzt, zumal im privaten Gebrauch. Insofern ist der schmale Bildband mit dem Titel „Von Rossitten bis Rominten“, der 170 der so seltenen historischen Farbfotografien aus Ostpreußen enthält, ein Kleinod von kulturhistorischem Wert. Von den Nachkommen der Fotografen sowie der Kreisgemeinschaft Angerburg erhielten die Herausgeber Hartmut Syskowski, ehemals Redakteur beim *Ostpreußenblatt*, und Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg die Erlaubnis, das Bildmaterial zu veröffentlichen. Überwiegend handelt es sich um Landschafts- und Tierfotografien von der Kurischen Nehrung, der Haffgegend und dem Rotwildgebiet Rominter Heide. Die stimmungsvollen Aufnahmen aus den Kreisen Angerburg und Angerapp entstammen dem Nachlass des seinerzeit bekannten Tier- und Naturschriftstellers Walter von Sanden (1888–1972), Besitzer der Güter Launingken und Klein Guja. Es sind Bilder von den Seen, von der Ernte und dem ostpreußischen Winter, aus denen die Liebe des Fotografen zu seiner Heimat spricht. Als passionierter Fotograf wirkte der 1936 zum Leiter der Vogelwarte Rossitten bestellte Prof. Dr. Ernst Schüz (1901–1991) gerade am rechten Ort. Für den gebürtigen Württemberger waren die in Ostpreußen verbrachten Jahre 1929 bis 1943 prägend. Schüz dokumentierte mit seiner Kamera auch die in die Dünenlandschaft eingebetteten Fischerdörfer und die Arbeit der Fischer von der Kurischen Nehrung und vom Haff. Als Fotograf sei ferner der Biologe Dr. Otto Steinfatt aus Jamel/Mecklenburg genannt. Im Reichsnaturschutzgebiet Rominter Heide führte er Untersuchungen zur Schädlingsbekämpfung durch und gründete eine ornithologische Forschungseinrichtung. Mögen die so unwahrscheinlich gegenwartsnah wirkenden Farbbilder allen Ostpreußen und allen, denen Ostpreußen am Herzen liegt, mehr Freude als Wehmut bereiten; diesen Wunsch äußert Syskowski in seinem Geleitwort.

Dagmar Jestrzemski

***C. Hinkelmann / H.M.F. Syskowski: „Von Rossiten bis Rominten – Ostpreußische Landschaften im Spiegel historischer Farbfotos“**, Verlag J. Neumann-Neudamm, Melsungen 2010, kartoniert, 141 Seiten, 19,95 Euro*



Viele Gemeinsamkeiten, gestörte Vielfalt

Politik-Beraterin und Balkan-Expertin über die Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert

Marie-Janine Calic steht in der ersten Reihe der deutschen Südosteuropaforschung und hat ihr Fach in denkbarer Vielfalt professionalisiert: Sie arbeitete in Forschungsinstituten, war Beraterin für Balkan-Politiker von UN und EU, Gutachterin internationaler Gerichtshöfe und ist seit 2004 Professorin für ost- und südosteuropäische Geschichte an der Universität München. Von dieser hat sie sich anderthalb Jahre beurlauben lassen, um ihre jetzt vorliegende Geschichte Jugoslawiens zu verfassen.

Das Grundproblem jeder Beschäftigung mit Südosteuropa ist die Gewichtung von ethnischer Einheit in politischer Vielfalt: Sind die dortigen Volksgruppen wirklich so verschieden, wie ihre älteren und jüngeren Staatsgründungen suggerieren? Sie waren sozioökonomische „Spätentwickler“, die laut Calic im Zusammenhalt ihre einzige Chance hatten: „Zunehmender internationaler Wettbewerb und aggressiver Imperialismus machten die Überwindung der Rückständigkeit buchstäblich zu einer Überlebensfrage. Vor diesem Hintergrund konkretisierte die südslawische Idee, das Projekt einer gemeinsamen politischen Zukunft von kulturell verwandten Völkern.“

Gute 700 Jahre haben die Südslawen ihre „Verwandtschaft“ über alle politischen, konfessionellen Gräben hinweg bewahrt, worauf Calic nur obenhin eingeht. Akribisch widmet sie sich dem 20. Jahrhundert, in welchem sich die Verwandtschaft gesamtstaatlich zu vollenden schien. Als Auslöser nimmt die Autorin die „drei Balkankriege“, rechnet also den Ersten Weltkrieg als dritten Balkankrieg. Das ist ungewöhnlich, aber einsehbar: Der Krieg begann gegen Serbien und endete mit der Niederlage und staatlichen Liquidation des österreichisch-ungarischen Aggressors. Auf der Siegerseite stand Serbien, dem Habsburgs slawische Untertanen dankbar zuströmten: „Jugoslawien war keineswegs ein von macchiavellistischen Großmachtinteressen diktierter künstlicher Retortenstaat ... Der neue Staat startete mit immensen euphorischen Zukunftshoffnungen.“

Für das neue „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“, ab 1929 „Jugoslawien“, war es „zu spät, die unterschiedlichen Identitäten auf ein gemeinsames Jugoslawentum umzupolen“. Warum eigentlich? „Jugoslawien bot einen sicheren Schutzschirm vor den ausgreifenden Territorialforderungen“ der Siegermächte und es gab damals kein Volk „gegen die Vereinnahmung durch Jugoslawien“. Aber diese Euphorie verkehrte sich bald in ihr Gegenteil, ethnisch-politische Zwistigkeiten, besonders zwischen Serben und Kroaten, trieben Jugoslawien in den Krieg. Der von Italien und Deutschland geführte „Feldzug“ war kurz und unblutig, aber ihm folgten über vier Jahre grausamster Partisanenkrieg. Bis Ende 1944 bekamen die Partisanen von keiner Seite Hilfe, schon gar nicht von Stalin, und sie ließen sich von niemandem in ihre Politik hineinreden.

Bürde: Kriege, Tito und bunte Ethnien

Jugoslawien war mit unglaublichen Kriegsfolgen konfrontiert – über eine Million Tote, 3,5 Millionen Obdachlose, 289 000 bäuerliche Wirtschaften zerstört etc. Der „Kommunist“ Tito überwarf sich bereits 1948 restlos mit Stalin und wurde folglich vom Westen großzügig unterstützt. „Politisch entpuppte sich der Konflikt mit Stalin für das Regime Titos als Segen“, denn Jugoslawien wurde zum „Scharnier“ zwischen den Blöcken, das beide Seiten mit riesigen Krediten „ölten“. Im Lande entwickelte sich eine ganz „unkommunistische“ Liberalität, bereits 1971 lebten 775 000 Gastarbeiter im Ausland, die meisten in Deutschland. Nach Jugoslawien kamen alljährlich Millionen Touristen, die dem Land gute Deviseneinnahmen sicherten. Und die Menschen legten sich eine „Doppelidentität und -loyalität“ zu, „als Bürger gegenüber dem jugoslawischen Staat und zugleich als Volksangehörige zu ihrer jeweiligen nationalen Großgruppe“, womit das alte Erbübel ethnischer Konflikte ausgeräumt erschien.

Tito starb am 4. Mai 1980, einen Nachfolger gab es nicht. Arbeitslosigkeit, Krise und Inflation kamen anstelle der alten Sorglosigkeit. Im Kosovo brachen bürgerkriegsähnliche Unruhen aus, die Belgrad massiv unterdrückte – mit Zustimmung aller jugoslawischen Teilrepubliken. Slowenien und Kroatien erklärten im Juni 1991 ihr Ausscheiden aus der jugoslawischen Föderation und mussten sich gegen die angreifende „Jugoslawische Volksarmee“ wehren. So begann der jugoslawische Bürgerkrieg, der bis 1995 dauerte und an diversen Schauplätzen ablief. Calic verbirgt ihre Abneigung gegen die Kriegsparteien nicht, auch nicht ihren Zorn auf täppische Bonner Vermittlungsversuche, die den Krieg förderten und die Partner Deutschlands „düpierten“.

Seit über einem Jahrzehnt ist der Krieg vorüber, aber alte Feindbilder sind noch lebendig. Mitunter kommt „Titostalgie“ (Calic) auf, das heißt Sehnsucht „nach einer Zeit des Friedens und eines geeinten, offenen und toleranten Landes“, die freilich auch strafbar sein kann. Die kroatische Verfassung verbietet in Artikel 141 „die Vereinigung zur Erneuerung der jugoslawischen staatlichen Gemeinschaft“. *Wolf Oschlies*

***Marie-Janine Calic: „Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert“**, Verlag C.H. Beck, München 2010, gebunden, 415 Seiten, 26,95 Euro*

Ostpreußen- Provinz- Polohemd



Klassisches Polohemd
aus 100% Baumwolle mit dem gestickten Provinzwappen Ostpreußens auf der linken Brust, Farbe dunkelblau
Größe M: Best.-Nr.: 7101
Größe L: Best.-Nr.: 7102
Größe XL: Best.-Nr.: 7103
Größe XXL: Best.-Nr.: 7104

je € 24,95



Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Schlesien-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7106, € 14,95

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105, €14,95

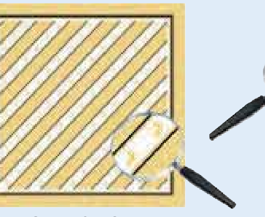
Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95

Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe

Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



€ 99,95



Andreas Kieling
Ein deutscher Wandersommer
Mit 52 farbigen Fotos, 12 sw-Fotos und mit einer Karte, Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7096, € 22,95



Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082, € 26,90



Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95



Heinz Nawratil
Die Versöhnungsfalle
Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewusstsein
Geb., 263 Seiten
Best.-Nr.: 7097, € 19,95

Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013





€ 149,95

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!





Christel Wels
Wir hatten immer Angst…
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945-1948

Dieses Buch beginnt in der Zeit, als Ostpreußen noch die östlichste Provinz des deutschen Reiches war. Zu der Zeit undenkbar, dass dieses sich so rasch ändern könnte, dass 700 Jahre deutsche Geschichte ein jähes Ende finden würden. Es wird die Zeit zwischen 1945 und 1948 beschrieben, die schrecklichen Erlebnisse der Familie Faust während der Flucht und ihrer Not leidenden Jahre unter den Russen. Ausgangspunkt ist Groß Pöppeln im Kreise Labiau. Dieser Kreis liegt an der Südostecke des Kurischen Haffs. 1939 wohnten dort ca. 51.000 Menschen, die Kreisstadt Labiau hatte ca. 6500 Einwohner. Groß Pöppeln, das Dorf aus dem die Autorin stammt, liegt ca. 6 km von Labiau entfernt. Dort lebten ca. 200 Menschen. Die Kriegszeit war bereits durch Entbehrungen gekennzeichnet. Das Schlimmste jedoch waren die Verluste der männlichen Familienangehörigen, die ihr Leben an irgendeiner Kriegsfront verloren hatten. Kaum eine Familie blieb verschont und somit waren das Leid und die Trauer ständige Begleiter in den Dörfern und Städten. So stand bereits das Weihnachtsfest 1944 unter keinem guten Vorzeichen. Doch es wurde noch, wie man später wusste, ein letztes Mal in der Heimat in der fest gefügten Dorfgemeinschaft gefeiert. Im Kreis Labiau wurde sehr spät, zumeist um den 20. Januar 1945, oftmals in den frühen Morgenstunden, der Räumungsbefehl gegeben. Alle Bewohner hätten sich unverzüglich vor der ganz nahen Roten Armee in Sicherheit zu bringen. In diesen frühen Morgenstunden machten sie sich mit ihren Habseligkeiten, mit Pferd und Wagen bei minus 20 Grad Celsius auf den Weg. Selbst der aufmerksame Leser dieses Buches wird sich in der letzten Konsequenz nicht vorstellen können, was damals alles passiert ist, es sei denn, er hat es selbst mitgemacht.

Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.:7099

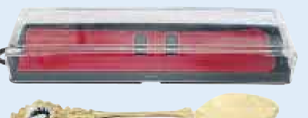
€ 12,90



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

nur € 12,95





Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen.



Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.

Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

statt € 7,95 nur noch € 4,95



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



NEU

Uschtrin, Günter (Hrsg.)
Wo liegt Coadjuthen?
Die Geschichte eines ostpreußischen Kirchspiels
Kart., mit Schutzumschlag, 531 Seiten
Best.-Nr.: 7100, € 39,00



2 CDs

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich,u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Mit dem Ostpreußenlied

CD

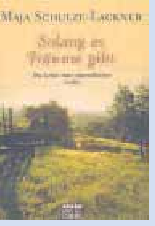
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Verteilkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



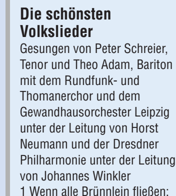
Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht“ dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

€ 19,95



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000, Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95



Maja Schultze- Lackner
Solang es Träume gibt
Das Leben einer ostpreußischen Gräfin
Kart., 365 Seiten
Best.-Nr.: 7098, € 7,99

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



CD

1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ostund Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen
auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 18/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Windradbauer am Pranger

Hamburg – Nachdem die angeblich umweltfreundlichen Energiesparlampen wegen des darin enthaltenen Quecksilbers in die Kritik gerieten, prangerte das ARD-Magazin „Panorama“ nun Windräder wegen Ökofrevels an: In den Geräten werde zur Effizienzsteigerung immer öfter das seltene Metall Neodym verwendet, bei dessen Gewinnung radioaktives Thorium frei werde. Im Hauptförderland China seien davon bereits viele Menschen krank geworden. *H.H.*

Wikileaks setzt auf Transparenz

Berlin – Das Enthüllungsportal Wikileaks hat 2010 gut 1,3 Millionen Euro eingenommen. Das gibt die gemeinnützige Wau-Holland-Stiftung bekannt, die die Spenden für Wikileaks aus Europa verwaltet. Davon gab Wikileaks insgesamt 400 000 Euro aus. Größter Posten: Kampagnen (143 000 Euro). Gut 104 000 Euro genehmigten sich die Enthüller als Aufwandsvergütung der Mitarbeiter. Für Reisen gab man 62 000 Euro aus. Die Computer-Infrastruktur kostete nur 59 000 Euro. *SV*

ZUR PERSON

Blickpunkt auf Ostpreußen

Wie leben die Menschen im heutigen Ostpreußen? Welches Schicksal erwartet Russlanddeutsche aus Kasachstan, die auf deutschem Boden ihr Glück versuchen? Welche positiven Aspekte lassen sich in dieser wirtschaftlich und kulturell interessanten Region entdecken? Diesen und ähnlichen Fragen rund um die Regionen zwischen Danzig und Reval war die am 25. April im Alter von 72 Jahren verstorbene NDR-Fernsehjournalistin **Heidi Saemann** in vielen Berufsjahren nachgegangen. In ihren Dokumentarfilmen „Abenteuer Ostpreußen“ und „Neue Heimat Ostpreußen“ ließ sie den in Kasachstan geborenen Leiter des ersten landwirtschaftlichen Großbetriebs nach der Wende in Gumbinnen, Viktor Hoffmann, zu Wort kommen sowie andere Menschen, die an eine positive Entwicklung glaubten.

Besondere Verdienste erwarb sich die Journalistin nicht nur mit ihren Reportagen aus Ostpreußen und dem Baltikum, sondern auch durch große Hilfsbereitschaft bei der Organisation von Behandlungen schwerkranker Kinder in deutschen Kliniken.



Heidi Saemann wurde am 27. April 1938 in Stuttgart geboren. 1959 kam sie nach Norddeutschland und arbeitete zunächst in Kiel bei der Deutschen Presse-Agentur. 1961 legte sie den Grundstein für ihre Karriere beim NDR. Als erste Fernsehfrau Schleswig-Holsteins war sie in den 60er und 70er Jahren in allen Bereichen tätig. 1987 erfand sie den „Ostseereport“, der zu einer der erfolgreichsten NDR-Sendungen wurde. Hier rückte sie das Leben, die Geschichte und die Menschen an der Ostsee in den Mittelpunkt. Heidi Saemann leitete die Sendung bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2002. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Genies und Trottel

Was Pakistanis alles nicht merken, was der Westen nicht merken will, und wie die Grünen in Stuttgart an die Wand gemerkelt wurden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das hat er jetzt davon: Statt sich mit einer einzigen Frau zu begnügen, umgab sich der „Emir“ gleich mit Fünfen. Einen solchen Harem im Blick zu behalten, ist viel schwieriger, als nur eine Gattin beschatten zu lassen. So nahm das Desaster seinen Lauf: Eine jener Frauen soll es gewesen sein, die Osama bin Laden an die Amerikaner verpetzt hat. Selber schuld.

Nun dümpelt sein Kadaver im Indischen Ozean. Da kann man also auch nicht mehr baden. Aber ist die Geschichte von Bin Ladens Tötung überhaupt wahr? Wer Verschwörungstheorien mag, kann sich dieser Tage wieder an eine reich gedeckte Tafel setzen.

Einen Freund, der „sich nichts vormachen lässt“, der „Bescheid weiß, was hinter den Kulissen läuft“, den hat ja wohl jeder im Bekanntenkreis. Meiner war über Hintergründe des 11. September ebenso im Bilde wie jetzt über die angebliche Erschießung. 2001 bestand für ihn kein Zweifel, dass Bin Laden überhaupt nicht existiert, sondern eine Erfindung der CIA oder gar eine Co-Produktion von Amerikanern und Mossad ist.

Und wer wurde jetzt erschossen? „Egal“, ließ mich der Freund abblitzen. „Aber der Bin Laden bestimmt nicht, der sitzt auf den Malediven oder in Alaska oder so und lässt sich unterm Schutz der Amis volllaufen!“ Wie das denn, wo er doch gar nicht existiert? „Gottchen! Du begreifst aber auch wieder gar nichts!“ Stimmt.

Spaß machen mir die Verschwörungstheorien trotzdem, die sind immer so tiefschürfend und bergen phantastische Überraschungen, auch wenn am Ende nichts zusammenpasst. Derzeit allerdings muss man gar nicht tief graben, um Stoff fürs Munkeln zu bergen: So, so, der Terrorchef hockte also gar nicht in einer Höhle im afghanischen Grenzgebiet oder irgendwo in den unkontrollierten „Stammesgebieten“ Nordost-Pakistans. Nein, der meist gesuchte Mann der Welt residierte seelenruhig in einem auffällig gesicherten Haus nur anderthalb Kilometer von der pakistanischen Militärakademie entfernt. Jahrelang ging das, und die Pakistanis wollen nichts bemerkt haben. Ja, sicher doch!

Andererseits, wer auf seine Schülererfahrung zurückgreift, der erinnert sich: Der Platz direkt vorm Lehrerpult war der sicherste. Ganz vorn, unter den Nüstern des Bösen, wurde man am wenigsten überwacht. So mag auch Bin Laden kalkuliert haben: Jagt mich nur in den Bergen, während ich es mir unter eurer Nase gemütlich mache.

Glauben wir das? Hm. Eher möchten wir doch hoffen, dass Amerikas neue libysche Freunde nicht ebensolche abgefeimten Doppelspieler sind wie ihre alten pakistanischen. In Libyen glitschen die USA und vor allem Briten und Franzosen ganz sachte in einen Krieg, bei dem bis heute nicht ganz durchschaubar ist, worum es eigentlich geht. Klar doch, die „Freiheit“, die „Demokratie“. Blöde nur, dass unter diesen Wörtern jeder etwas anderes versteht.

> Es gibt verschiedene Definitionen von Demokratie. Die afrikanische stammt von Ulbricht

Im afrikanisch-arabischen Raum scheint sich eine Definition gehalten zu haben, die entfernt an Walter Ulbricht gemahnt: Demokratie ist, wenn wir gewinnen! Deshalb haben wir es dort seit Jahrzehnten pausenlos mit „Befreiungsbewegungen“ zu tun, deren einziges hehres Ziel die Einführung der Demokratie sowie die Sicherung von Freiheit und Menschenrechten ist. Dafür müssen sie erst mal die alte Regierung aus dem Palast bomben („Feinde der Demokratie!“) und dann die Oppositionsparteien verbieten („ausländische Agenten!“) sowie jeden aufmüpfigen Mitbürger an die Wand stellen („Provokateure, auch vom Ausland bezahlt“).

Danach kann endlich „das Volk“ herrschen, in väterlicher Strenge vertreten von seinen sehr weisen (und meist bald auch sehr reichen) und geliebten Revolutionsführern. So einer ist auch Gaddafi, und es spricht derzeit nicht viel dafür, dass seine Gegner aus einem anderen Holz sind.

Das wird die westliche Öffentlichkeit jedoch erst merken, wenn es zu spät ist. So lange halten wir die Daumen für die libysche Freiheitsbewegung. Zunächst muss der Krieg gegen den Gewaltherrscher gewonnen werden, für bittere Einsichten ist dann immer noch Zeit. Es wäre nicht das erste Mal, dass jemand einen Krieg gewonnen hat, um dann im Frieden von den angeblichen Verbündeten furchtbar aufs Kreuz gelegt zu werden. Genauso kann man auch Wahlen strahlend gewinnen, nur um danach in der Regierungskoalition jämmerlich unterzugehen.

Die FDP kann ihr Desaster immer noch nicht fassen. Langsam dämmert den Liberalen, dass sie sich – wie vor ihnen die SPD – heillos verlaufen haben in der „Wüste Merkel“. Hätten sie das Schicksal der Sozialdemokraten in der Großen Koalition nur genauer studiert, wäre ihnen das nicht passiert. Wie in knochentrockenen Wüsten üblich, verdorrt in der „Merkel“ alles, was eben noch drall und prall war, das verbliebene Führungspersonal der Union auf die gleiche Weise wie jeder Koalitionspartner.

Kunststück, mag man sagen, die Union ist ja auch der größere Koalitionär und Merkel hat die Macht des Regierungschefs. Ja und? Das allein bedeutet gar nichts. Ein junger Schwabe hat bewiesen, dass man seinen Partner auch als kleinerer Koalitionär nach Strich und Faden an die Wand merkeln kann. Entweder ist Baden-Württembergs SPD-Chef Nils Schmid ein Verhandlungsgenie oder Deutschlands erster grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann ein ausgemachter Trottel.

Für die Einschätzung „Trottel“ sprach Kretschmanns öffentliches Lamento darüber, dass es auf der Welt viel zu viele Autos gebe. Kam im Land von Mercedes, Porsche und ihren zahllosen Zulieferern an wie eine Kampfansage an den Seehandel aus dem Munde eines Bremer Bürgermeisters.

Bei der Verteilung der Ministerposten blieb der neue Landesvater sich treu. Vorausgesetzt, es ist sein Ziel, den grünen Wahlsieg so schnell und gründlich wie möglich zu verjuxen. Wer die Kabinettsliste studiert, traut seinen Augen nicht: Die (kleinere) SPD hat sich fast alles gekrallt, was wirklich wichtig ist: Finanz- und Wirtschaftsminister wird Schmid selber. Damit sitzt er auf dem Geld und hält alle Fäden in der Hand. Ein geschickter Finanzminister ist sozusagen die letzte Instanz, denn fast alle Politik kostet ja Geld. Und wenn er dann sagt, geht nicht, dann wird es sehr schwierig. Aber auch Innen, Justiz, Kultus (Schulpolitik!), Arbeit und Soziales, das neue Ressort „Integration“ und der Bundesratsminister (der Mann in Berlin also) gehen an die SPD.

Und was holte Kretschmann für seine Grünen raus? Umwelt, gut, das müssen sie haben. Dann Verkehr, da dürfen sich die Grünen dann für „Stuttgart 21“ schlechte Presse holen und Bürgerinitiativen von Straßenbauprojekten überzeugen. Das wird ihnen gewiss Freunde machen.

Damit das rote Übergewicht nicht ganz so auffällt, hat man den Grünen noch einen weiteren Staatssekretär und eine Staatsrätin im Kabinettsrang zugestanden, deren Ressort „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ lautet. Klingt fast zu grün, um wahr zu sein, ist aber die Realität: Baden-Württemberg bekommt ein reinrassiges Blabla-Ministerium. Zu beneiden ist die Staatsrätin dennoch nicht. Denn womit wird die wohl ihre Tage verbringen? Sie wird sich mit den beteiligten Bürgern von der Zivilgesellschaft beispielsweise über neue Windräder, Gas-, Öl- oder Pumpspeicherkraftwerke und Hochspannungsleitungen zanken dürfen, die wir für den „Ausstieg“ alle dringend benötigen. Da warten lauter nette Erfahrungen auf sie. Und was die Sache noch ein wenig trüber macht: Entscheiden kann sie in all diesen Sachen natürlich gar nichts, denn sie ist ja nur für die „Beteiligung“ zuständig, für die „neue Kultur des Miteinanders“.

Politik reift so zur reinen Kunst, die den Bezug zu wirklichem Handeln nicht mehr nötig hat. Doch was soll's, wir haben's ja: Die Wirtschaft brummt, der Steuerrubel rollt, da darf man sich mal ein bisschen bunten Tinnef leisten.

MEINUNGEN

Die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei, ***Pia Kjærsgaard****, umreißt ihre Abneigung gegen* ***„nicht-westliche Zuwanderer“*** *so:*

„Ein 30-jähriger Somalier, der nichts kann, das taugt einfach nicht.“

Der ehemalige Hamburger Bürgermeister ***Klaus von Dohnanyi*** *(SPD), kritisiert im „Spiegel“ (2. Mai) den* ***Umgang mit Thilo Sarrazin****:*

„Dass solche Überlegungen angesichts unserer Geschichte auch Irritationen auslösen können, musste man verstehen. Allerdings wäre es hier endlich an der Zeit, zu einer internationalen Normalität zurückzukehren. Wissen muss man wissen dürfen. Was man daraus macht, ist eine andere Frage. Auch sollte man einen Autor nur für das verantwortlich halten, was er geschrieben hat, nicht jedoch für etwas, was andere aus historischer Besorgnis über ihn vermuten.“

Der FDP-Finanzexperte ***Frank Schäffler*** *mokiert sich im „Focus“ vom 23. April über die Begründung für die* ***Euro-Rettung****:*

„Ach, das kann ich nicht mehr hören. ‚Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.‘ Es scheitert vielleicht das Europa der Bürokraten oder der Planwirtschaftler, aber nicht ein wirklich freies Europa, das sich wirtschaftlich sinnvoll entfalten kann. Wir müssen eher aufpassen, dass uns der Euro nicht spaltet.“

Entsorgter Ladenhüter

Es hieß, für lebend oder tot
gibt's fünfzig Millionen –
das Höchste, was man jemals bot
beim Jagen nach Personen.

Drum fragt sich jetzt der kleine Mann:
Wer mag das wohl kassieren?
Und wird man Bild und Namen dann
ins Internet kopieren?

Das Kopfgeld ist indessen nicht
der ganze Preis gewesen,
denn zwei, drei Kriege kommen schlicht
dazu als Nebenspesen.

Entsorgt in vorgeschriebner
Frist
ist immerhin die Leiche,
wenngleich – was nicht so
koscher ist –
versenkt im tiefsten Teiche.

Und falls nicht gar das Photo narrt
vom Manne auf der Bahre,
war frisch gefärbt Osamas Bart
wie Berlusconis Haare!

Vorüber ist Obamas Tief
– die Meldung war ein Segen –
und läuft auch sonst das meiste schief,
wen kann das noch erregen?

Nur was nicht jeder leicht versteht:
Die Börsenkurse stiegen!
Geschah's aus Solidarität?
Gewiss, dran wird es liegen.

Doch muss man schnell, wie einzusehn,
ein neues Feindbild finden,
so diabolisch photogen,
dass alle Zweifel schwinden.

Denn ohne solches fällt es schwer,
als Retter aufzutreten,
und ohne ist das Militär
im Gastland ungebeten!

Vielleicht war Regisseuren klar,
dass ohnehin seit Jahren
Bin Laden Ladenhüter war
in ihren Inventaren ...

Pannonicus